



# Plenarprotokoll

## 26. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 21. März 2001

<b>Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten Georg Rösler</b> .....	1879	Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie.....	1896
<b>Aktuelle Stunde</b>			
<b>a) Haltung der Landesregierung zu weiteren Anhebungen der Ökosteuer</b> .....	1879	<b>Konzept zur Sicherung des Lehrbedarfs in Schleswig-Holstein</b> .....	1897
Antrag der Fraktion der F.D.P.		Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/796	
<b>b) Äußerungen der Ministerpräsidentin zur Ökosteuer in der Fernsehsendung „Vorsicht! Friedman“ des Hessischen Rundfunks</b> .....	1879	Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/825	
Antrag der Fraktion der CDU		Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] .....	1897, 1911
Wolfgang Kubicki [F.D.P.] .....	1879	Jost de Jager [CDU] .....	1900
Martin Kayenburg [CDU] .....	1881	Jürgen Weber [SPD] .....	1902
Günter Neugebauer [SPD] .....	1882	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1904
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1884	Anke Spoorendonk [SSW].....	1906
Lars Harms [SSW].....	1885	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur .....	1908
Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	1887	Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss.....	1912
Dr. Johann Wadephul [CDU].....	1888		
Bernd Schröder [SPD].....	1889	<b>Kürzer und besser: Weiterentwicklung des Gymnasiums</b> .....	1912
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	1890	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/813	
Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU].....	1891	Jost de Jager [CDU] .....	1912
Konrad Nabel [SPD] .....	1893	Dr. Henning Höppner [SPD] .....	1913
Rainer Wiegard [CDU] .....	1894		
Dr. Heiner Garg [F.D.P.] .....	1894		
Manfred Ritzek [CDU].....	1896		

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] .....	1914	Bernd Schröder [SPD].....	1942
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1915	Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	1943, 1947
Anke Spoorendonk [SSW].....	1916	Lars Harms [SSW] .....	1945
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	1918	Wolfgang Kubicki [F.D.P.] .....	1946
Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss.....	1919	Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	1947
<b>Kraft-Wärme-Kopplung sichern und ausbauen</b> .....	1920	Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss.....	1948
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/806 (neu)		<b>Verfassungsklage auf Beteiligung der Länder am UMTS-Auktionserlös</b> .....	1948
Gudrun Kockmann-Schadendorf [SPD]..	1920, 1931	Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/795	
Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU].....	1921, 1931	Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] .....	1948
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	1923	Ursula Kähler [SPD] .....	1949
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] .	1925, 1932	Dr. Johann Wadephul [CDU] .....	1951
Lars Harms [SSW].....	1927	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1952
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie.....	1928	Anke Spoorendonk [SSW].....	1954
Konrad Nabel [SPD] .....	1932	Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie.....	1955
Beschluss: Annahme .....	1933	Beschluss: Ablehnung.....	1957
<b>Förderung des Ehrenamtes</b> .....	1933		
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/778		* * * *	
Rainer Wiegard [CDU] .....	1933	<b>Regierungsbank:</b>	
Wolfgang Fuß [SPD].....	1934	Heide Simonis, Ministerpräsidentin	
Günther Hildebrand [F.D.P.].....	1935	Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie	
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1936	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	
Silke Hinrichsen [SSW] .....	1938	Klaus Buß, Innenminister	
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie.....	1939	Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten	
Beschluss: Überweisung an den Finanzausschuss.....	1939	Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie	
<b>Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau</b> .....	1939	Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/793		Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus	
Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/833		Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/837			
Dr. Heiner Garg [F.D.P.].....	1939	* * * *	
Martin Kayenburg [CDU] .....	1941		

**Beginn: 10:00 Uhr**

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 11. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt sind die Abgeordneten Frau Aschmoneit-Lücke und Herr Rother. Ich wünsche beiden in Ihrem Namen gute Genesung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

Am 5. März ist der ehemalige Abgeordnete, Herr Georg Rösler, im Alter von 69 Jahren verstorben. Herr Rösler gehörte von 1975 bis 1987 dem Schleswig-Holsteinischen Landtag an. Er war Mitglied der CDU-Landtagsfraktion. Der Landtag gedenkt seines ehemaligen Abgeordneten in dankbarer Erinnerung. - Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnungspunkt in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 5, 7, 8, 12 bis 14 sowie 22 bis 24 ist eine Aussprache nicht vorgesehen.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Punkte 2, 28 und 30, Regierungserklärung zur Situation nach BSE, Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen, Vorsorgemaßnahmen zur Verminderung weiterer BSE-Erkrankungen.

Der Antrag zum Tagesordnungspunkt 20, Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein, wurde von den Antragstellern zurückgezogen. Fragen zur Fragestunde liegen nicht vor.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung in dieser 11. Tagung. Unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause werden wir jeweils längstens bis 18:00 Uhr tagen. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich begrüße zunächst Besucherinnen und Besucher. Auf der Tribüne haben Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrkräften der Fritz-Reuter-Schule in Eckernförde Platz genommen sowie der Realschule St. Michaelisdonn. Herzlich willkommen.

(Beifall)

In der Loge haben ebenfalls unter anderem Platz genommen die ehemaligen Abgeordneten Zahn und Johna. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich werde einen anderen Besucher noch ausdrücklich begrüßen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Aktuelle Stunde**

**a) Haltung der Landesregierung zu weiteren Anhebungen der Ökosteuer**

Antrag der Fraktion der F.D.P.

**b) Äußerungen der Ministerpräsidentin zur Ökosteuer in der Fernsehendung „Vorsicht! Friedman“ des Hessischen Rundfunks**

Antrag der Fraktion der CDU

Ich erteile zunächst Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrter ehemaliger Kollege Wiebe - den ich von dieser Stelle aus auch herzlich begrüße!

Wir wollen heute aufgrund einer Äußerung der Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein Heide Simonis in der Fernsehendung „Vorsicht! Friedman“ der Frage nachgehen, wie die **Haltung der Landesregierung**, insbesondere die Haltung der Ministerpräsidentin, zu einer weiteren **Erhöhung der Ökosteuer** nach dem Jahre 2003 aussieht, weil - jetzt zitiere ich einfach nur Passagen aus der Presse - Heide Simonis mit ihrer Bemerkung eine heftige Debatte ausgelöst hat. Das ist die „Bild“-Zeitung vom 15. März 2001!

(Lothar Hay [SPD]: Oh, oh! Was ist das bloß für eine Quelle!)

- Ja, das steht auch in der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“ vom 15. März 2001, Kollege Hay! Das ist ja Ihr Beritt.

(Lothar Hay [SPD]: Oh nein!)

Bis jetzt ist aber nicht ganz klar geworden, welche Haltung die Ministerpräsidentin tatsächlich einnimmt, denn just zu einer verbreiteten AP-Meldung ließ sie verlautbaren: „Weitere Erhöhungen der Ökosteuer - kein Thema!“ - „Kieler Nachrichten“ vom 15. März 2001.

Nun könnte man meinen, was muss uns interessieren, was Sozialdemokraten zur Frage einer weiteren Erhöhung der Ökosteuer nach dem Jahr 2003 sagen, wenn

(Wolfgang Kubicki)

wir davon ausgehen, dass sie möglicherweise gar nicht mehr regieren werden, Kollege Wadephul?

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Widerspruch bei der SPD)

Es ist aber schon sehr spannend festzustellen, Kollege Nabel, dass die Sozialdemokraten dieses Landes - mit sehr verdienstvollen Persönlichkeiten wie dem Bundeskanzlerkandidaten in spe, Herrn Thönnies, an ihrer Spitze -

(Heiterkeit bei der F.D.P.)

auf ihrem Landesparteitag beschlossen haben, dass sich die SPD in der kommenden Wahlperiode mit einem Stufenplan in gleichen berechenbaren Schritten für die Fortsetzung, das heißt für die weitere Steigerung der ökologischen Steuer - das ist der Titel - einsetzen wolle.

Ich will Ihnen sagen: Bedauerlicherweise scheinen Sie wieder nicht an der Spitze der Bewegung zu stehen, sondern an deren Ende.

(Zuruf von der CDU: Das ist normal!)

- Wir haben ja bereits bei den anderen Fragen immer schon festgestellt, dass bei den Sozialdemokraten dieses Landes hinten vorn ist.

Jedenfalls hat sich der neue Stern am sozialdemokratischen Frauenhimmel, die Kandidatin zur Wahl des Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg - Ute, die Gute -, mit der Erklärung vernehmen lassen, mit ihr sei eine Anhebung der Ökosteuer nach 2003 nicht zu machen. Die Frau will ja Wahlen gewinnen. Wahrscheinlich hat sie diese Erklärung deshalb abgegeben. Nicht nur der Bundeskanzler - wie gesagt - ist offensichtlich auf dem richtigen Trip, sondern auch verdienstvolle sozialdemokratische Frauen, von denen wir feststellen werden, dass sie möglicherweise auch wegen dieser vernünftigen Haltung in dieser Frage durchaus beachtenswerte Zuwächse erringen können, jedenfalls so, wie sie bisher von sozialdemokratischen Frauen noch nicht errungen wurden.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Heute - als hätten wir nur eine Vorlage für die Grünen bieten sollen, die in Baden-Württemberg ja auch ums parlamentarische Überleben kämpfen - lässt sich der Kollege Kuhn, jetzt Parteivorsitzender der Grünen, auch aus Baden-Württemberg kommend, in der „Süddeutschen Zeitung“ vernehmen: „Ich kann mir vorstellen, die Ökosteuer nicht zu erhöhen.“ - Wohl wahr!

Wahrscheinlich haben mittlerweile auch die Grünen eingesehen, dass mit dem Begriff der Ökosteuer

Schindluder getrieben wird, weil die Steuer, wie wir wissen, alles andere ist nur nicht ökologisch. Sie hat große Ausnahmetatbestände gerade für vermeintlich dramatische CO<sub>2</sub>-Produzierer wie die Kohlekraftwerke und den Kohlebergbau. Sie hat überhaupt keine Lenkungsfunktion: Weil diejenigen, die auf dem flachen Land leben und zur Arbeit kommen müssen, gar keine Alternative zum ÖPNV haben, dürfen wir feststellen, dass trotz einer sehr massiven Erhöhung der Mineralölsteuer die **CO<sub>2</sub>-Belastung** in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2000 zugenommen und nicht abgenommen hat. Auch dies ein Erfolg der rot-grünen Politik!

Kollege Neugebauer, wie widersinnig mittlerweile die Einführung der so genannten Ökosteuer zur **Finanzierung der Altersvorsorge** geworden ist, zeigt Folgendes: Die demographische Entwicklung hat bei uns ja nicht abgenommen oder sich verändert. Im Gegenteil! Wir müssen sehen, dass wir nach wie vor alle dankenswerterweise älter werden und immer weniger junge Menschen immer mehr alte finanzieren müssen. Dass jetzt aber grüne Finanzpolitiker auf die Idee kommen, die Altersvorsorge zu besteuern, damit man den Verbraucherschutz finanzieren kann, schlägt dem Fass nun wirklich den Boden aus!

Unabhängig davon, dass das Non-Affektationsprinzip damit völlig über den Haufen geworfen wird. Zunächst die Ökosteuer mit dem Argument einzuführen, man müsse die Altersvorsorge verbilligen, jetzt aber auf Altersvorsorgeprodukte eine Steuer erheben zu wollen, um den Verbraucherschutz zu finanzieren und damit die Altersvorsorge zu verteuern, das ist schlichter Widersinn, der jedenfalls mit vernünftigen Kräften im Lande - das sind zumindest die Liberalen und die Christdemokraten - nicht zu machen ist. Ich denke auch, dass das mit vernünftigen Sozialdemokraten nicht zu machen sein wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, Herr Präsident! - Wir wollen der Ministerpräsidentin Gelegenheit geben, hier noch einmal ihre Haltung nicht nur darzustellen, sondern auch sinnvoll zu begründen, damit die Bevölkerung des Landes Schleswig-Holstein entscheiden kann, ob wir gut regiert werden.

Ein letzter Satz: Wir haben gerade lesen müssen, dass die Ministerpräsidentin eine Wellness-Offensive für Schleswig-Holstein starten wollte, damit dem Land Gutes geschehe. Wir können jetzt feststellen: Die Wellness-Offensive ist leider im Sumpf der Finanzpolitik des Landes Schleswig-Holstein stecken geblieben. Es ist kein Geld dafür da. Das zeigt das ganze Dilemma Ihrer Politik. Wir erwarten konsequentes und strin-

(Wolfgang Kubicki)

gentes Handeln. Setzen Sie sich mit uns dafür ein, in Anlehnung an die Haltung des Bundeskanzlers, dass die Ökosteuer nach 2003 nicht weiter angehoben wird!

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Holger Astrup [SPD]: Der sechste Aufguss!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, will ich meine ins Stocken geratene Begrüßung zu Ende bringen: Ich begrüße also den ehemaligen Abgeordneten Wiebe hier in der Loge

(Beifall)

sowie Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus Belarus. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile jetzt das Wort dem Herrn Abgeordneten Kayenburg.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Simonis, man muss Ihnen gratulieren: Es hat schon etwas, wie Sie es geschafft haben, einen Antrag, der im Dickicht eines Leitantrages auf dem SPD-Landesparteitag verschwunden war, an die Öffentlichkeit zu bringen. Gratulation! Ich frage mich nur, wie das Ihr Bundesvorsitzender sieht und was möglicherweise Herr Thönnies zu Ihren Einlassungen sagt.

(Zuruf von der SPD)

Da ich davon ausgehe, dass Frau Simonis sich gleich hier hinstellt und sagt, das sei alles wieder nicht so gemeint gewesen, will ich Ihnen, Frau Simonis, dann doch vorhalten, was Sie wirklich gesagt haben. Es ist nicht ganz leicht, aus so einer Talkshow zu zitieren, weil dort immer so viel durcheinander geredet wird, wenn Frau Simonis auftritt. Es war also nicht einfach,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

die einzelnen Beiträge herauszufiltern. Ihnen, Frau Simonis, hilft da auch nicht Ihr Dementi, das in den „Kieler Nachrichten“ vom 15. März 2001 abgedruckt wurde. Was Sie gesagt haben, haben Sie gesagt. Es gilt bekanntlich das gesprochene Wort. Ich sage Ihnen, Frau Simonis: Ihr Dementi enthält schlichtweg die Unwahrheit. Ich will einmal versuchen, aus Ihren Aussagen in der Talkshow den Kern herauszufiltern, damit klar wird, was Sie wirklich gesagt haben.

Erstens. Auf die Frage von Michel Friedman: „Also sind Sie dafür, dass die Ökosteuer nach 2003 beibehalten wird?“, sagen Sie: „Auf jeden Fall soll sie beibehalten werden.“

(Lars Harms [SSW]: Sehr gut!)

Zweitens. Sie berufen sich mehrfach auf den Beschluss des SPD-Landesparteitages und sagen dann zum F.D.P.-Vorsitzenden Gerhard: „Und wir haben beschlossen, dass wir die Ökosteuer weiter brauchen, weil wir damit bestimmte Ziele erreichen wollen, die, wie beispielsweise in Dänemark, die Arbeitslosigkeit herabgesetzt haben.“

(Beifall bei der SPD - Lars Harms [SSW]: Ausgezeichnet!)

Das ist zwar, Herr Harms, kein klarer Satz, aber eindeutig ist: Frau Simonis hat gesagt, wir brauchen weiterhin die **Ökosteuer**. Das ist eindeutig und nicht zu widerlegen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Drittens. Ihre Antwort wird auch vom Moderator richtig interpretiert: „Also, wir haben gerade gelernt, Frau Heide Simonis ist gegen einen Stopp der Ökosteuer.“

Jetzt werden Sie, Frau Simonis, wahrscheinlich einwenden, dass Sie sich damit aber noch nicht für die Erhöhung ausgesprochen hätten. Sie haben sich aber mehrfach auf den Beschluss des Landesparteitages bezogen. Ich sage es gemäß dem Protokoll - damit Sie mir nicht vorwerfen, ich zitierte aus dem Zusammenhang, und weil Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, ja möglicherweise vergessen haben, was Sie in diesem Leitantrag zum Thema ökologische Steuerreform wirklich beschlossen haben.

(Lothar Hay [SPD]: Man kriegt das raus!)

Dort heißt es:

„Die ersten Schritte zur ökologischen Steuerreform in der laufenden Legislaturperiode waren richtig. Dabei ist das Ziel einer ökonomisch stimmigen Belastung des Energieverbrauchs bei weitem nicht erreicht.“

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

„Die SPD wird deshalb in der kommenden Wahlperiode mit einem neuen Stufenplan in gleichen berechenbaren Schritten die ökologische Steuerreform fortsetzen.“

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

„Zur Verbesserung der Lenkungswirkung der Ökosteuer ist es notwendig, die sehr großzügigen Ausnahmeregelungen für das verarbei-

(Martin Kayenburg)

tende Gewerbe abzuschaffen.“

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Das trägt dazu bei, Energie einzusparen, den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen zu reduzieren, überflüssigen Verkehr zu vermeiden und effizientere Fahrzeuge zu nutzen.“

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können das nachlesen. Das heißt aber doch: Sie wollen den **Energieverbrauch** weiter belasten, einen neuen Stufenplan zur Erhöhung der Ökosteuer aufstellen und in gleichen berechenbaren Schritten die ökologische Steuerreform fortsetzen. Daran ist nichts zu deuteln und zu interpretieren. Fest steht, die SPD in Schleswig-Holstein will die so genannte Ökosteuer beibehalten und auch erhöhen.

Weil Sie sich, Frau Simonis, in der Fernsehsendung mehrfach ausdrücklich auf diesen Beschluss bezogen haben, ist auch die AP-Meldung vom 14. März 2001 richtig, in der es heißt:

„Die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Simonis hat sich für eine weitere Erhöhung der Ökosteuer nach 2003 ausgesprochen.“

Dieser Logik kann man sich nicht entziehen. Ich finde, Frau Simonis, Sie sollten aufhören herumzueiern. Sie sollten das jetzt zugeben. Sie stehen damit im Gegensatz zu Ihrem „Basta!“-Kanzler. Sie haben das Bekenntnis zur Mitte bisher nicht ernst genommen, sondern behandeln es wie ein Lippenbekenntnis. Der SPD-Landesverband Schleswig-Holstein wird mit diesem Beschluss zur Ökosteuer die Mitte dieses Landes und die Mitte der Bürger niemals erreichen. Sie sind wieder einmal dabei, Frau Simonis, die Belastbarkeit der Menschen und die Belastbarkeit der Wirtschaft zu testen. Damit ist diese SPD wirklich auf dem Weg zurück zu ihren sozialistischen Fundamenten.

(Beifall bei der CDU)

Wie gesagt, ich gratuliere Frau Simonis. Sie haben im Gegensatz zu Ihrem „Kanzler der Beliebigkeit“ jedenfalls insoweit für Klarheit gesorgt. Die Pendler in Schleswig-Holstein und die auf Energie angewiesenen Betriebe werden Ihnen das sicherlich bei der Bundestagswahl danken. Deutlich ist geworden, wo Ihre Partei wirklich steht.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, das war der letzte Satz. - Sie sind die Steuererhöhungspartei und die Steuererhöhungsmi-

sterpräsidentin. Das ist schäbig, das ist verantwortungslos! So schaden Sie unserem Land.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf von der SPD: Ihre Rede ist schäbig!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Neugebauer.

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn die Herren Kubicki und Kayenburg jetzt in 14 Monaten das fünfte Mal den Landtag mit dem Thema **Ökosteuer** konfrontieren, dann kann es dafür nur drei Gründe geben.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Ich sage nur „Eisenbahnbrücke“!)

- Ihre Argumentation ist genau so lächerlich wie Ihr Zwischenruf.

Erstens. Die Regierung bietet ansonsten keine Angriffsflächen.

Zweitens. Der vereinigten Opposition - Sie haben sich ja wieder einmal zusammengetan; das geschieht eigentlich nur beim Thema Ökosteuer - sind die Themen ausgegangen.

(Beifall des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Drittens. Sie wollen für Ihre bedrängten Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz Wahlkampfhilfe leisten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Lachen bei der F.D.P.)

Sie wollen erneut die Lufthoheit über die Stammtische gewinnen. Sie setzen auf das schlechte Gedächtnis der Bürger, denn natürlich erinnern sich die Bürger gut daran, dass während der Regierungszeit von F.D.P. und CDU die Benzinsteuern achtmal um insgesamt mehr als 50 Pf erhöht worden ist.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist wahr!)

Um mit den Worten des Kollegen Kayenburg von eben zu sprechen: Das war das sozialistische Fundament von CDU und F.D.P. während ihrer Regierungszeit.

(Reinhard Sager [CDU]: Hessen!)

Warum, meine Damen und Herren von der vereinigten Opposition, freuen Sie sich nicht mit uns, dass wir in den letzten zwei Jahren das umgesetzt haben, was die CDU im Programm zur Bundestagswahl den Bürgerinnen und Bürgern versprochen hat und was die SPD seit Jahren fordert, nämlich die Besteuerung des Ver-

**(Günter Neugebauer)**

brauches der Ressource Umwelt und die Senkung der Kosten des Faktors Arbeit, sprich der **Lohnnebenkosten**? Wir haben das umgesetzt; wir haben die Beiträge zur Rentenversicherung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer von 20,3 auf 19,1 % reduziert. Ich sage ganz bewusst: Durch die bescheidene Anhebung der Benzinpreise ist der Verbrauch des Benzins allein im letzten Jahr um 4,3 % zurückgegangen.

Wenn Sie schon nicht auf uns hören - wofür ich natürlich wenig Verständnis habe -, dann hören Sie doch wenigstens einmal auf Ihren ehemaligen CDU-Bundesminister Töpfer.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Neugebauer, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kayenburg?

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Nein, nicht in der Aktuellen Stunde, Herr Präsident!

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

In Ordnung! Das müssen wir nicht weiter kommentieren.

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Herr Kayenburg, Sie wollen mich nur davon abbringen, Ihnen vorzulesen, was Ihr ehemaliger Bundesumweltminister Töpfer Ihnen ins Stammbuch geschrieben hat.

(Heiterkeit)

Er hat im Herbst letzten Jahres gegenüber dem „Spiegel“ in einem Interview Ihre Kampagne gegen die Ökosteuern bewertet. Ich will Ihnen das nicht vorhalten, weil Sie ja wahrscheinlich - wie Ihr Kollege Kohl, Ihr Altvorderer - den „Spiegel“ nicht zu Ihrer Lieblingslektüre gemacht haben.

(Thomas Stritzl [CDU]: Herr Neugebauer, so kommen wir nicht weiter!)

Herr Töpfer sagt:

„Ich halte solche Kampagnen“

- er meint die CDU-Kampagne gegen die Ökosteuern -

„nicht für richtig. Wir müssen der Bevölkerung deutlich machen, dass dies nicht eine Spielwiese irgendeines Abkassierens sein darf.“

(Martin Kayenburg [CDU]: Das machen Sie doch gerade! Das ist doch das Problem!)

„sondern eine Investition für eine bessere, ökologisch sichere Zukunft sein muss.“

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben das Interview offensichtlich überhaupt nicht verstanden!)

Er sagt weiter:

„Wir dürfen von dem Signal, dass die Preise für fossile Energie steigen, auf längere Zeit nicht ablassen.“

Recht hat Herr Töpfer, meine Damen und Herren!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Holger Astrup [SPD]: Genau! - Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Und nun sagen Sie uns bitte, warum Sie von Ihrer früheren Politik nichts mehr wissen wollen, und sagen Sie uns auch, wie Sie die dann entstehenden Lücken bei der Finanzierung der Rente sichern wollen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Da gucken Sie doch mal in Ihren Leitantrag! Da steht das Gegenteil drin! Das ist doch unglaublich!)

Die heutige Aktuelle Stunde ist doch nichts anderes als eine weitere Verzweiflungstat der Opposition; denn was hat Frau Simonis in der Talkshow, die Sie zum Gegenstand der Aktuellen Stunde gemacht haben, wesentlich Neues gesagt? - Nichts Neues hat sie gesagt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wenn sie nichts Neues gesagt hat, dann brauchte sie dieses Interview nicht zu machen!)

Sie hat über den Beschluss des Landesparteitages informiert. Und da kann ich nur sagen: Na und? Der Landesparteitag war ja öffentlich und ich vermute, Ihre Pressesprecher waren auch anwesend und haben sich informiert. Das heißt, Sie haben noch einmal kurz vor dem Wahltag in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg längst Bekanntes zum Anlass genommen, alte Parolen wieder aus der Schublade hervorkramen.

Nun kann ich mir ersparen, Ihnen vorzulesen, was der Landesparteitag beschlossen hat. Herr Kayenburg war ja so freundlich, das zu tun.

(Martin Kayenburg [CDU]: Was habe ich vorgelesen?)

Er hat zwei Punkte ausgelassen, die ich jetzt stich-

**(Günter Neugebauer)**

wortartig nennen will. Wir wollen das Aufkommen zur Verbesserung der Umwelt - -

(Martin Kayenburg [CDU]: Also nicht zur Senkung der Personalkosten?)

- Ja, das ist richtig. Da haben Sie völlig Recht. Ab 2003 wollen wir es zur Sicherstellung der Lebensqualität und der Zukunftschancen der nächsten Generation einsetzen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Seien sie doch endlich ehrlich! Da haben Sie eben wieder gelogen!)

- Herr Kayenburg, dieser Beschluss ist zukunftsorientiert.

(Beifall bei der SPD - Reinhard Sager [CDU]: Ach so! - Glocke des Präsidenten)

Was ist daran auszusetzen, wenn eine Parteigliederung sich im Rahmen der üblichen Meinungsbildungsprozesse zum Beispiel an der Arbeit des Bundestagswahlprogramms für die nächste Bundestagswahl beteiligt?

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Neugebauer! Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Ich komme zum Schluss! Das ist ein normaler Prozess zumindest in unserer demokratischen SPD. Es gibt also keinen Handlungsbedarf. Wir werden nach der nächsten Bundestagswahl vor dem Hintergrund der dann bestehenden Benzinpreise, der Konjunkturlage, aber natürlich auch vor dem Hintergrund der Situation der **Rentenversicherung** neu entscheiden. Hören Sie also auf, die Ökosteuer schlechtzureden!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die ist schlecht!)

Machen Sie das, was wir tun: Wir orientieren uns am Grundsatzprogramm der CDU.

(Heiterkeit bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Neugebauer, kommen Sie zum Schluss!

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Im Grundsatzprogramm der CDU heißt es, die Preise unserer Mobilität müssen die Kosten der Umweltbelas-

stung und der Naturnutzung widerspiegeln. Das wollen wir, meine Damen und Herren!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Heinold.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD hat einen guten Parteitagbeschluss; die Ministerpräsidentin nimmt öffentlich Stellung dazu und die Opposition beantragt eine Aktuelle Stunde. Wir nutzen diese Gelegenheit, um hier und heute im Landtag noch einmal für die **Ökosteuer** zu werben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Was uns besonders freut ist Folgendes: Wir sind einig mit dem Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn Sie sich auch sonst auf ihn berufen, ist das in Ordnung!)

der sich dafür ausgesprochen hat, die Ökosteuer auch nach 2003 fortzuführen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Berufen Sie sich auch sonst darauf, dann ist das in Ordnung!)

Wahrscheinlich hat er erkannt, was Herr Kubicki nicht erkannt hat: Ökonomische und ökologische Vernunft ist die Leitlinie dieser Steuerreform. Wir nehmen die Zukunftsverantwortung wahr und dabei sind viele gute Argumente auf unserer Seite.

Die positive Wirkung der Ökosteuer macht sich bereits bemerkbar. Die kommunalen und regionalen Verkehrsbetriebe vermelden 1,3 % mehr Fahrgäste und das Interesse an Spar- und Erdgasfahrzeugen ist spürbar gewachsen. Der Absatz von Mineralölprodukten ist um zirka 1,7 % gesunken und der von Benzin um zirka 4 %. Das ist vorhin schon erwähnt worden.

Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Arbeitsplätze um 560.000. Das gab es seit Jahrzehnten nicht mehr. Die Steuerbelastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen sinkt durch die Steuerreform der rot-grünen Regierung um 45 Milliarden DM; das ist neunmal so viel wie die Belastung durch die höheren Energiepreise.

Und, Herr Kayenburg, Falsches wird durch Wiederholung nicht richtig. Wenn Sie immer wieder sagen,



(Monika Heinold)

die Rot-Grünen seien die Steuererhöher, dann ist das wissentlich falsch.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nein, das ist absolut richtig! Sie erhöhen doch dauernd und pausenlos!)

Steuern und Lohnnebenkosten wurden unter CDU und F.D.P. am allermeisten erhöht. Schauen Sie sich die Zahlen an!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Die plumpe Verunglimpfung der ökologischen Steuerreform durch die Opposition zu Wahlkampfzwecken hat nicht geklappt. Die öffentliche Debatte läuft inzwischen eher ruhig und sachlich, vor allem auch, weil die Benzinpreise sich wieder eingependelt haben; sie liegen inzwischen um die 2 DM.

Einen besseren Beleg kann es dafür nicht geben, dass nicht die Ökosteuer schuld am dramatischen Preisanstieg des letzten Jahres war; da haben Sie hier im Landtag immer besonders getobt, als die Benzinpreise gestiegen sind. Es ist schon ein Armutszeugnis für die Opposition, wenn Sie darauf angewiesen ist, dass die Mineralölpreise steigen, dass die Mineralölkonzerne ihre Preise erhöhen, um überhaupt noch Politik machen zu können. Das ist mir zu billig und zu einfach.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Viele Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande unterstützen inzwischen die Ökosteuer, weil sie erkannt haben, dass dieses Reformprojekt für die Umwelt und den Arbeitsmarkt wichtig ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das werden wir am nächsten Wahltag sehen!)

Allerdings ist der Zusammenhang zwischen hohen Energiepreisen und stabilen beziehungsweise sinkenden Beiträgen zur **Rentenreform** schwer zu vermitteln.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Sehr schwer!)

Das Bestreben, die Energie zu verteuern und die Arbeit billiger zu machen, ist zwar in sich logisch - auch die CDU-Politikerinnen und -Politiker haben das immer wieder aufgegriffen, denn wir leisten dadurch einen wichtigen Beitrag zur mehr Beschäftigung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Völliger Quatsch!)

Aber die Überlegungen - das ist der Presse immer wieder deutlich zu entnehmen - zielen darauf ab, dass eine Fortführung der Ökosteuer so gemacht werden

sollte, dass wir einen Teil der Einnahmen auch in ökologische Projekte investieren und die Steuer nicht nur zur Senkung des Rentenbeitrages hernehmen. Das wird die Richtung sein, in die wir nach dem Jahre 2003 weiterdenken.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sieht Ihre Spitze aber anders!)

Wir haben die Debatte um die Ökosteuer hier im Landtag schon sehr oft geführt. Die CDU hat sich bisher noch nicht bewegt, aber ich verfolge ja aufmerksam die CDU-Parteitage.

(Heinz Maurus [CDU]: Sehr gut! - Klaus Schlie [CDU]: Das bildet!)

Da stelle ich fest: Die CDU kommt langsam, aber wenn sie kommt, kommt sie gewaltig.

(Heiterkeit bei der CDU - Beifall des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Ich denke nur ans letzte Wochenende: Ja zur Basisdemokratie! - Das finde ich gut. Ja zur Ganztagschule! -

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das fordern wir seit Jahrzehnten und das finde ich absolut klasse. Ja zur Direktwahl von ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern! - Dafür haben Sie uns noch vor kurzem ausgelacht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Schade, bei der Ökosteuer haben Sie uns nicht gelobt!)

Meine Damen und Herren von der CDU, bei so viel Zukunftsorientierung traue ich Ihnen zu, dass Sie in drei bis fünf Jahren mit uns gemeinsam für die ökologische Steuerreform streiten, und darauf freue ich mich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Martin Kayenburg [CDU]: Das wird wohl nichts!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe die Sendung selbst sehen dürfen

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

und muss ganz ehrlich sagen, ich habe nichts Anstößiges daran gefunden. Das einzig Anstößige, das ich da gefunden habe, ist eigentlich, dass eine schwarz-gelbe

(Lars Harms)

Troika sich getroffen hatte, um auf eine rote Ministerpräsidentin einzudreschen.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Deswegen auch das Durcheinandergerede in dieser Sendung, Herr Kayenburg!

(Zurufe von der CDU)

Ziel war einfach, unsere Ministerpräsidentin aus dem Konzept zu bringen. Ich muss ganz ehrlich sagen: Sie hat sich recht gut verteidigt, hat sich recht gut gehalten.

(Beifall beim SSW)

Ich habe auch nichts anderes erwartet.

Zur **Ökosteuer** sagte sie eigentlich nur, dass diese zu Einsparungen im Verbrauch von mehr als 4 % führe und dass damit das Ziel erreicht sei. Das ist sachlich richtig und begrüßenswert. Dass wir das geschafft haben, ist eigentlich auch entlarvend für die Kritiker dieser Regelung. Es zeigt nämlich, dass eine ökologische Wirkung dieser Steuer durchaus gegeben ist.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Welche?)

- Wir sparen, Herr Kollege Garg! Ist Ihnen noch nicht aufgegangen, dass auch das Ökologie ist?

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der SSW ist aus diesem Grunde schon immer für verbrauchsabhängige Steuern eingetreten. Derjenige, der verbraucht, zahlt. Das ist echte **Marktwirtschaft**. Vielleicht ist das der F.D.P. noch nicht aufgegangen. Derjenige, der verbraucht, hat somit eigene Möglichkeiten, die Steuern zu senken: indem er spart, indem er sich etwas Kluges einfallen lässt.

(Zuruf von der SPD)

- Eben!

Die Bundesregierung hat dabei drei abschwächende Komponenten eingebaut: zum Ersten die Heizkostenbeihilfe für Niedrigverdiener und sozial Schwache, zum Zweiten die Entfernungspauschale und zum Dritten den geringeren Steuersatz für energieintensive Wirtschaftsbereiche. Diese drei Komponenten machen das Ganze sozial. Das ist schon einmal in Ordnung: Man hat sich vorher Gedanken gemacht, welche Auswirkungen eine solche Steuer haben könnte, und versucht, die Belastungen abzuschwächen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Aber das Ergebnis ist doch anders!)

Ich stelle mir allerdings die Frage, ob ein geringerer Steuersatz für energieintensive Betriebe überhaupt noch vertretbar ist. Sonst hieße es - da gebe ich Ihnen Recht -, die kleinen Leute sollen bezahlen und die großen Firmen brauchen es nicht. Ich bin der Meinung, wir müssen versuchen, den Verbrauch gerade auch dort, wo viel verbraucht wird, zu senken. In Kyoto wurde ein CO<sub>2</sub>-Ziel festgelegt: Reduzierung um 23 Millionen t. Wenn wir als verantwortliche Politiker dieses Ziel wirklich erreichen wollen, dann müssen wir auch entsprechend handeln. Ich komme von der Küste, lebe unter Normal Null und habe ein massives Interesse daran, nicht abzusaufen, meine lieben Leute!

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vom Kurs abzuweichen, hätte im Übrigen genau die gleichen Effekte in der Öffentlichkeit wie die wenig vorausschauend denkenden Äußerungen des amerikanischen Präsidenten. Bush hat gesagt, er wolle das vereinbarte Ziel zur Verringerung des Kohlendioxid-Ausstoßes ablehnen. Das ist, glaube ich, ein verheerendes Signal. Ich habe nicht übel Lust, die Bundesregierung aufzufordern, über Sanktionen nachzudenken, wenn sich die Amerikaner nicht an die Beschlüsse von Kyoto halten wollen. Das wäre wirklich eine Aktuelle Stunde wert.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wird die unglaublich beeindrucken!)

Stattdessen veranstalten Sie heute einen solchen Eier-tanz.

Wir haben jetzt noch eine Frist bis 2005, innerhalb der wir alle anderen Unternehmen an die heutige Ökosteuer angleichen können. Ich denke, wir sollten jetzt das Signal setzen - das tut ja auch die Regierung -: Bereitet euch darauf vor, liebe Firmen, ihr müsst damit rechnen, ab 2005 die volle Ökosteuer zahlen zu müssen. Damit haben die Unternehmen schon heute die Chance, entsprechend zu investieren und sich auf diesen Schritt vorzubereiten. Ich denke, das ist auch fair. Das wäre die Umsetzung der Regelung, dass die energieintensiven Betriebe zunächst noch nicht zu zahlen brauchen, dass sie später aber sehr wohl zahlen müssen. Sie sind darauf vorbereitet; sie wissen, was auf sie in der Marktwirtschaft zukommt.

(Beifall bei SSW und SPD)

Hohe Energiekosten und höhere Benzinpreise sind auch eine Chance zur Weiterentwicklung von neuen Energieformen, für Maßnahmen zugunsten eines Besseren Ausnutzungsgrades von Energie. Möglicherweise bieten sie auch einen Anlass für die Weiterentwicklung der Forschung bezüglich der Speicherung

(Lars Harms)

von Energie, was für uns enorm wichtig sein wird. Dies erhält unsere Lebensgrundlagen. Gerade für ein Land wie Schleswig-Holstein, zwischen den Meeren, ist das besonders wichtig.

Sie, liebe Kollegen von der CDU und der F.D.P., scheinen dies nicht zu wollen. Oder aber Sie sind nur willens, bis zu einem bestimmten Horizont zu denken und bloß nicht darüber hinaus. Diese eingeschränkte Sichtweise wollen wir uns in keinem Fall zu Eigen machen. Wir fordern: Die Ökosteuer muss bleiben. Sie muss über kurz oder lang für alle gelten. Auf EU-Ebene muss eine Harmonisierung erreicht werden.

Darüber hinaus sagen wir: Steuererhöhungen stehen immer erst dann zur Debatte, wenn sie auch wirklich beschlossen werden sollen. Dann aber sind sie in einem Kontext zu sehen, dann muss das Für und Wider abgewogen werden. Vorher darüber ohne jeden konkreten Grund zu philosophieren und Aktuelle Stunden zu beantragen, ist Kaffeesatzleserei und purer Populismus.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort der Frau Ministerpräsidentin.

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einer Zeitungsnotiz habe ich heute Morgen entnommen, dass ich einen neuen Fanklub habe. Die CDU-Opposition hat sich gestern das Videoband „Vorsicht, Friedman“ angesehen. Das hat etwas: Alle Abgeordneten aus der Opposition hängen staunend und strahlend an meinen Lippen und schauen sich das an, um sich alles noch einmal einzuprägen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich biete an, Ihnen zum Dank ein paar Autogrammkarten zukommen zu lassen.

Wenn Sie nun aber schon zugesehen haben, dann ist das, was Sie hier heute Morgen geliefert haben, Herr Oppositionsführer, für mich nicht mehr nachvollziehbar. Denn ich habe an keiner Stelle etwas von Erhöhung gesagt. Der Hessische Rundfunk hat mich vollkommen richtig zitiert: Ich bin für eine Beibehaltung der **Ökosteuer**. Das ist auch gar kein Geheimnis. Dafür hätte es keiner Aktuellen Stunde bedurft. Sie hätten mich einfach nebenher fragen können. Dann hätte ich Ihnen erzählt: Das habe ich immer gesagt, das habe ich hier vor aller Öffentlichkeit gesagt, genauso wie in allen Wahlkämpfen. Wo eigentlich ist die

Neuigkeit, die Sie in dieser Aktuellen Stunde verkaufen wollen?

(Beifall bei der SPD)

Nebenbei gesagt, Herr Oppositionsführer und Herr CDU-Landesvorsitzender: Ich bin eine strikte Anhängerin des Rechtes einer Partei, sich eigene Gedanken über die Gestaltung der Zukunft zu machen - auch wenn ich sie nicht teilen würde. Dazu hat die Basis einer Partei immer das Recht.

(Beifall bei SPD und SSW)

Bei Ihnen ist das offensichtlich anders. Wir haben in meiner Partei übrigens demokratische Wege, wie man mit solchen Beschlüssen umgeht. Irgendwann kommt heraus, ob sie angenommen sind oder ob nicht. Nun warten Sie doch erst einmal in aller Ruhe ab! Sie müssen allerdings noch ein bisschen bei sich üben, wie man so etwas macht, stelle ich fest. Sie haben noch keine innerparteiliche Demokratie, bei Ihnen darf man keine eigenen Köpfe haben, wenn man die Regierung stellt, sondern das ist dann strikt verboten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU)

- Sie liefern Ihrem Nachfolger schon die Interpretation. Aber auch ich habe die abgeschriebene Version. Ich habe mit keinem Wort von Erhöhung gesprochen, lieber Herr Oppositionsführer! Lediglich von Beibehaltung steht dort eine Menge drin.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben nicht zugehört!)

Dann habe ich mich den Gründen zugewendet. Das sind dieselben Gründe, die ich immer nenne, weil es sich um Fakten handelt, die Sie nicht aus der Welt schaffen können: Erstens - darauf wurde bereits hingewiesen - ist der **Benzinverbrauch** allein im letzten Jahr um 4,3 % gesunken. Das ist doch gut, weil damit unsere Abhängigkeit von den Ölproduzenten gelockert wird und dies zudem einen umweltpolitischen Effekt hat.

(Beifall bei SPD und SSW)

Zweitens. In der Zeit von 1998 bis heute haben wir die **Rentenbeiträge** von 20,3 auf 19,1 % senken können. Bei Ihnen ging es mit den Beiträgen immer nur herauf. Bei uns dagegen sinken die Beiträge. Deswegen können Sie sich das nicht vorstellen. Sie haben den falschen Blick.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht sollten Sie einmal einen Kopfstand machen, damit Sie Ihre komische Einstellung zur Wirkung der Ökosteuer richtig begründen können.

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

Die Senkung der Lohnnebenkosten ist gerade für die mittelständische Industrie positiv, weil die Arbeitskosten für sie leichter zu verkraften sind. Denn mittelständische Firmen können nicht, so wie große Firmen, ad hoc ihre Firmensitze verlegen, um damit überhaupt keine Steuern mehr zu zahlen. Ich finde, dass dieser Schritt eine große Hilfe für den Mittelstand ist.

Abgesehen davon, dass Sie uns schon zugestanden haben, dass wir im Jahre 2002 gewinnen werden - sonst würden Sie sich ja nicht so aufregen -, möchte ich nun einmal von Ihnen wissen: Wie wollen Sie die 32,8 Milliarden DM, die wir bis dahin in der Rentenversicherung eingenommen und zur Senkung der Lohnnebenkosten verwandt haben werden, aufbringen? Machen Sie einen Vorschlag, dann können wir uns darüber unterhalten.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Sie wollen das doch gar nicht mehr in die Senkung der Lohnnebenkosten stecken!)

Ich halte diese Debatte für eine Phantomdebatte. Im Übrigen: Dass Sie sich auf einmal auf das berufen, was Herr Kuhn von den Grünen gesagt hat, das hat auch etwas! Schwarz-rote, gelb-grüne und sonstige Koalitionen tun sich ja schon am Himmel auf; jetzt kommt eine schwarz-grüne dazu. Was Herr Kuhn zu diesem Thema sagt, ist interessant, aber für die SPD nicht bindend. Wir machen uns unseren eigenen Kopf. Anschließend werden wir das unserem grünen Koalitionspartner und den Wählern mitteilen.

(Beifall bei der SPD)

Von Herrn Schäuble bis zu Frau Merkel, von der CSU bis hin zum Chefvolkswirt der Deutschen Bank sind alle der Meinung, dass die Ökosteuer beibehalten werden soll, auch wenn sie der Meinung sind - das ist in Ordnung, darüber kann man sich unterhalten -, dass sie besser ausgestaltet werden sollte. Sie soll beibehalten werden, weil sie ihre Ziele erfüllt: Lenkungs-funktion in Sachen Umweltschutz und Energieverbrauch und hinsichtlich eines Arbeitsmarktes, der noch nicht als in Ordnung zu bezeichnen ist. Genau so haben uns das die Dänen vorgemacht.

Weil wir aus meiner Sicht mit der Ökosteuer gut gefahren sind und weil ich nie vor Sachen kneife, die ich gesagt habe - wie Sie mir das unterstellen -, sondern anders als mancher Mann immer dazu stehe, muss ich sagen: Ich bin der Meinung, dass ich das Richtige gesagt habe, als ich - wie übrigens meine Partei in Schleswig-Holstein auch - für eine Beibehaltung der Ökosteuer plädiert habe.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Wadephul.

**Dr. Johann Wadephul [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! So ist das also, Frau Ministerpräsidentin, mit Ihrem Sprechenden, für das Sie ja bekannt sind. Sie haben eben schon wieder eine Aussage getroffen,

(Zurufe von der SPD)

von der ich sage: Ich empfehle Ihnen, in Zukunft erst zu denken und dann zu sprechen.

(Widerspruch bei der SPD - Lothar Hay [SPD]: Nein! Das ist ja wie im Kasperletheater!)

Sie haben gerade gesagt, dass Sie sich in der Talkshow nicht für eine Erhöhung ausgesprochen hätten. Leider ist das Gegenteil richtig.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Sie haben in der Talkshow den Beschluss des SPD-Landesparteitages in Lübeck unterstützt, und in dem heißt es nun einmal - als Parteivorsitzender lege ich auch sehr viel Wert darauf, dass wir Beschlüsse ernst meinen; da bin ich mit Ihnen einer Auffassung -,

(Günter Neugebauer [SPD]: Nehmen Sie einmal Ihr Grundsatzprogramm ernst!)

die SPD werde deshalb in der kommenden Wahlperiode mit einem neuen Stufenplan in gleichen berechenbaren Schritten die **ökologische Steuerreform** fortsetzen. Ich empfehle die Lektüre.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört! - Zurufe von der SPD)

Das heißt, Sie haben eine Erhöhung beschlossen und die Ministerpräsidentin hat öffentlich eine Unterstützung zugesagt. Das, was Sie hier gesagt haben, war nicht wahr.

(Beifall bei der CDU)

Ein Zweites. Was gilt denn nun hinsichtlich der Verwendung der Mittel, Frau Ministerpräsidentin? Sie haben eben auch schon wieder gesagt, sie sollten verwendet werden, um die **Rentenversicherung** zu finanzieren. Dieses Modell hält keiner für richtig, auch der von Ihnen zitierte Chefvolkswirt der Deutschen Bank nicht. Wir sind das einzige Land, das seine Rentenversicherungsbeiträge an der Tankstelle bezahlt. Das ist doch großer Unsinn.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**(Dr. Johann Wadehul)**

An der Stelle verweise ich Sie nur auf den Beschluss des SPD-Landesparteitages, auf dem man zumindest schon einmal zu neuen Erkenntnissen gekommen ist. Dort hat man dann gesagt: In der nächsten Legislaturperiode nicht mehr zur Senkung der Lohnnebenkosten, sondern zur Finanzierung von ökologischen Modernisierungsmaßnahmen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Hört, hört! - Zurufe von SPD und SSW: Sehr gut!)

Ich mache hier auf Parteitagsbeschlüsse aufmerksam, zur Abwechslung einmal nicht auf die der CDU - das werden wir zu einem späteren Zeitpunkt tun -, sondern auf die der SPD. Herr Kollege Neugebauer, Sie haben sich in Ihrer Rede zweimal widersprochen. Halten Sie sich doch in Ihrer Argumentation an Ihre eigenen Beschlüsse! Dann wissen wir jedenfalls, wo Sie stehen.

(Beifall bei der CDU - Günter Neugebauer [SPD]: Das müssen gerade Sie sagen!)

Frau Kollegin Heinold, was Sie gesagt haben, nehme ich gern auf. Wenn hier gesagt wird, man solle über eine sinnvolle und intelligente ökologische Steuerreform miteinander diskutieren, dann ist die Christlich-Demokratische Union die letzte, die an dieser Stelle nicht - um Ihre Worte aufzunehmen - gewaltig kommen würde und auch gewaltig mitmachen würde. Aber dann machen Sie erst einmal intelligente Vorschläge zu diesem Thema.

(Beifall bei der CDU - Lothar Hay [SPD]: Wieso? Das tun Sie doch auch nicht!)

Das, was wir jetzt haben, ist eine Steuer, die der Umwelt überhaupt nichts bringt. Allein deswegen verdient sie den Namen Ökosteuer nicht. Sie ist nur Steuer, überhaupt nicht „öko“

(Beifall bei der CDU)

und sie ist eine Steuer - das sage ich Ihnen auch als Vorsitzender einer Volkspartei -, die die sozial Schwachen ganz besonders belastet.

(Lachen bei der SPD)

Rentner, Hausfrauen und Arbeitslose bekommen keine Entfernungspauschale. Die Schwachen der Schwächsten werden am stärksten belastet, liebe Sozialdemokraten, und das ist unsozial und das vertreten wir nicht!

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dann höre ich von Rot-Grün immer wieder, wir müssten auf den ÖPNV, auf die Bahn umsteigen. Wissen Sie eigentlich, dass der größte Ökosteuerzahler die Deutsche Bahn ist? Das zeigt doch, wie unsinnig diese Steuer ist.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist es! Das ist völliger Unsinn!)

Sie kassieren bei denjenigen am meisten ab, von denen Sie eigentlich erwarten, dass sie den Transport von Menschen übernehmen. Das ist widersprüchlich bis zum Gehnichts mehr. Diese Ökosteuer muss - und das wird unser Kampf bleiben - abgeschafft werden. Sie ist unsinnig. Sie verdient den Namen nicht und sie belastet die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes viel zu stark. Die Ministerpräsidentin unseres Landes sollte sich in der Zukunft nicht nur darum kümmern, die Interessen ihres Parteitages zu vertreten, sondern sollte endlich die Interessen der Menschen in Schleswig-Holstein vertreten.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Nun erteile ich Herrn Abgeordneten Schröder das Wort.

**Bernd Schröder [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wadehul, eine solche Rede hätte ich zurzeit Ihrer Regierungsverantwortung erwartet, in der Sie auf Bundesebene 32 Milliarden DM eingenommen haben. Der elementare Unterschied zur heutigen Situation ist folgender: Sie haben damals diese 32 Milliarden DM ausschließlich zum Stopfen von Haushaltslöchern benutzt; wir haben die Gelder, die durch die **Ökosteuer** hereingekommen sind, dazu benutzt, den Faktor Arbeit und die Lohnnebenkosten herunterzufahren.

(Beifall bei der SPD)

Was mich wirklich wundert, meine Damen und Herren von der CDU und der F.D.P., ist Ihre Aufgeregtheit über diesen Beschluss des jüngsten SPD-Landesparteitages zur Ökosteuer. Vor allen Dingen wundert mich, welche Schlussfolgerungen Sie daraus ziehen.

Ob Ihnen das nun passt oder nicht, es ist doch zunächst einmal festzustellen: Die SPD wird das Thema Ökosteuer auch weiter beraten. Sie wird es aber ganz anders tun, als Sie es den Leuten draußen gern weismachen möchten.

Wir Sozialdemokraten werden erstens rechtzeitig vor der nächsten Bundestagswahl bewerten, was die Ökosteuer gebracht hat, wie sie weiterzuführen ist und wo sie verbessert werden kann, und zwar zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger und vor allen Dingen der

(Bernd Schröder)

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die von der Ökosteuer profitieren,

(Martin Kayenburg [CDU]: Reden Sie doch den Parteitagbeschluss nicht schön!)

weil nämlich, Herr Kayenburg, durch die Einnahmen aus der Ökosteuer zum Beispiel bereits die Renten- und Sozialversicherungsbeiträge gesenkt wurden.

Zweitens werden wir Sozialdemokraten mit der Wirtschaft und insbesondere auch mit dem Mittelstand, aber auch mit den Gewerkschaften und Verbänden über die Ökosteuer reden und ausloten, was und vor allen Dingen in welchem Umfang dies zu tun ist. Ich bin mir ganz sicher: Die Fachleute in der Wirtschaft werden erkennen und haben bereits erkannt, dass zum Beispiel durch die genannte Absenkung der **Renten- und Sozialversicherungsbeiträge** der Faktor Arbeit hierzulande billiger wird. Das ist auch eine Maßnahme, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhöhen. Dies ist ganz nebenbei im Zusammenhang mit den Entlastungen zu sehen, die die große Steuerreform bringen wird, an der Sie von der CDU im Bundesrat, wenn auch erst am Ende, tatkräftig mitgewirkt haben.

Drittens. Wir Sozialdemokraten werden den Beschluss des Landesparteitages in den Gremien der Partei behandeln und auf dem Bundesparteitag beraten. Am Ende wird dann darüber abgestimmt werden. Das machen wir in der SPD seit weit über 100 Jahren so.

(Lachen bei der CDU - Klaus Schlie [CDU]: Das kommt dabei heraus!)

Dieses Verfahren, meine Damen und Herren von der CDU, ist ja bei Ihnen erst wenige Stunden alt und wurde erst vor kurzem versuchsweise eingeführt.

(Zurufe von der CDU)

So viel zum Verfahren, damit deutlich wird, dass der Beschluss des Landesparteitages nun wirklich nichts mit dem zu tun hat, was Herr Kayenburg und Herr Koppelin den Bürgerinnen und Bürgern draußen gern einreden möchten! Weder will jemand in der SPD den Mittelstand plündern noch befinden sich Sozialdemokraten aus diesem Hause oder in der Landesregierung auf Konfrontationskurs mit dem Kanzler. Das hätten Sie natürlich gern.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie können das gar nicht wegdiskutieren!)

Es hat auch niemand von uns vor, so wie es Herr Koppelin in die Presse gebracht hat, einen „Tanküberfall“ durchzuführen. Allerdings beabsichtigen wir, die Vorteile, die eine Ökosteuer hat und die in der Zwischenzeit deutlich geworden sind, herauszustellen. Wir

wollen, was den Faktor Arbeit angeht, die Kosten senken und im Gegenzug die Energie teurer machen. Das ist zweifellos der richtige Weg. Es ist übrigens das, Herr Kayenburg, was Sie in Ihrem Zukunftsprogramm selbst gefordert haben.

Natürlich haben wir in mehreren Debatten darauf hingewiesen, dass gerade in einem Flächenland besondere Belastungen auftreten. Ich will hier nur das Stichwort „Pendlerpauschale“ einbringen. Alles andere ist in den Debattenbeiträgen nachzulesen.

Abschließend noch ein Wort zu den befürchteten rotgrünen Raubzügen an den heimischen Tankstellen. Im vergangenen Jahr, als die Spritpreise auf Rekordniveau waren, haben Sie, meine Damen und Herren von der CDU und von der F.D.P., hier krakeelt, der Preisschub sei ausschließlich durch die Ökosteuer ausgelöst worden. Inzwischen sind die **Spritpreise** gesunken, die **Ökosteuer** ist aber wie geplant angepasst worden. Mir scheint, Ihre ökonomische Logik kommt dabei ein wenig ins Wanken. Denn es hat sich schon so entwickelt, wie wir es seinerzeit gesagt haben. Die Preistreiber waren im vergangenen Jahr die Ölförderländer der OPEC, die jetzt erneut versuchen, durch die Drosselung der Fördermengen den Rohölpreis hoch zu treiben. Was Deutschland betrifft, dürften die Ölförderländer künftig weit weniger von ihrem schwarzen Gold absetzen können. Im vergangenen Jahr ist hierzulande der Spritverbrauch um 4,3 % gesunken - nicht zuletzt ein Erfolg der Ökosteuer.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Wadephul, Modernisierung ist ein schwieriges Geschäft. Das wissen wir. Die Modernisierung einer Volkswirtschaft gegen Widerstände ist nicht einfach machbar.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Richtig!)

Man ist nie gefeit, immer wieder auf kurzfristigen Populismus hereinzufallen und Rückschläge zu erleiden. Das erleben Sie gerade.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Damit haben Sie große Erfahrungen, Herr Hentschel!)

Der Bund Junger Unternehmer hat sich eindeutig zur

(Karl-Martin Hentschel)

**Fortsetzung der ökologischen Steuerreform** bekannt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer? - Martin Kayenburg [CDU]: Wer?)

Es handelt sich dabei um einen Verband mit zirka 3.000 Unternehmern,

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Wie heißt der?)

deren Firmen alle konkursfähig sind, die mit durchschnittlich 80 Beschäftigten - beim Bund Junger Unternehmer mit Mitgliedern von einem Altersdurchschnitt von unter 40 Jahren kann man das wohl sagen - zu dem kreativsten Potenzial der Unternehmer in diesem Land gehört.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Leute wie Hentschel!)

Sie haben darüber hinaus gefordert, dass Steuerbefreiungen für Kerosin und Schiffbrennstoffe abgeschafft werden sollen, und fordern, dass die besonderen Ausnahmen für energieintensive Industrien schrittweise abgebaut werden. Damit befinden Sie sich in Übereinstimmung - darüber freue ich mich - mit Herrn Kubicki von der F.D.P., der das schon mehrfach gesagt hat. Offensichtlich denken Sie, Herr Wadephul, auch in diese Richtung.

Unser Parteivorsitzender Kuhn hat gestern in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ gesagt: Wir sollten uns im nächsten Schritt darauf konzentrieren, die **Ausnahmen bei der Ökosteuer** abzubauen und dann mit der allgemeinen Entwicklung weiterzumachen; das nämlich ist erst einmal wichtiger, um die Wirkungsweise der Ökosteuer zu vergrößern. Wenn Sie bereit sind mitzumachen, die Ausnahmen bei der Ökosteuer abzubauen und die Ökosteuer kreativ weiterzuentwickeln, kommen wir in diesem Landtag vielleicht zu einem gemeinsamen Antrag. Das würde mich sehr freuen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Martin Kayenburg [CDU]: Das wird etwas länger dauern!)

Dänemark hat Folgendes gezeigt. **Dänemark** hat zunächst, in der ersten Phase, 1993, die gleichen Ausnahmen gehabt, wie wir sie gemacht haben, insbesondere für energieintensive Unternehmen weit gehende Reduzierung der Ökosteuer, hat diese Ausnahmen dann, ab 1998, in der zweiten Phase, deutlich zurückgefahren und teilweise abgeschafft, und zwar im nationalen Alleingang. Damit hat Dänemark demonstriert, dass es machbar ist.

Wenn wir bei dieser Frage eine überparteiliche Übereinstimmung bekämen, wären wir einen großen Schritt weiter.

(Martin Kayenburg [CDU]: Gibt es nicht!)

Was nicht geht, ist, dass Sie über die Ausnahmen, die wir zurzeit haben und die deswegen existieren, weil die Industrie sie gefordert hat - die Ausnahmen haben wir nicht, weil wir sie lustig finden oder weil wir uns das ausgedacht haben, sondern weil die Industrie gesagt hat, es muss solche Ausnahmen geben -, reden, sich darüber lustig machen und anschließend sagen: Die ganze ökologische Steuerreform wollen wir nicht und außerdem ist es eine Steuererhöhung.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Der Mittelstand durfte belastet werden, ja?)

Herr Wadephul, in Ihrem Grundsatzprogramm steht, dass Sie eine ökologische Steuerreform wollen, und zwar zur Finanzierung von Lohnnebenkosten - genau, wie sie jetzt gemacht wird. Ich fordere Sie auf, Herr Wadephul: Halten Sie sich endlich an Ihre Beschlüsse!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Graf Kerksenbrock das Wort.

**Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist nicht neu, dass die Grünen von dem Folterinstrument „Ökosteuer für die mittelständische Wirtschaft“, das besonders in Schleswig-Holstein schmerzt - der Kollege Wadephul hat eben darauf hingewiesen -, nicht lassen wollen. Sie wollen weitermachen, den Konjunkturmotor zum Stottern zu bringen - er ist schon ins Stottern gekommen -,

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie nehmen die Entwicklung im Land nicht wahr!)

bei den Bürgern unter dem Vorwand ökologischer Effekte, die es nie gegeben hat, abzukassieren.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie reden lauter Blödsinn! Die Entwicklung ist ganz anders!)

Neu ist, dass es der Bundeskanzler auf sich nimmt, den lange überfälligen Stopp dieses unheilvollen wirtschaftspolitischen und steuerpolitischen Projekts zu versprechen, dabei möglicherweise ein neues Wahlversprechen macht, das er später nicht einlösen will,

**(Dr. Trutz Graf Kerssenbrock)**

und damit das Ende des Lieblingsprojekts des grünen Koalitionspartners einleitet.

Ausgerechnet die Ministerpräsidentin aus Schleswig-Holstein, die einstmals als Finanzexpertin galt - lang ist es her -, deren Land unter der **Ökosteu**er besonders stark blutet, redet in Talkshows abfällig über die kleinen Leute. „Ach, die kleinen Leute“, haben Sie mit abfälliger Handbewegung gerufen.

(Widerspruch bei der SPD)

Die kleinen Leute, die unter der Ökosteu

er besonders leiden, werden sich das merken.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was sagen Sie zu Ihrem eigenen Parteiprogramm?)

Ausgerechnet Sie und Ihre Landespartei, Frau Simonis

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Seien Sie doch mal ehrlich!)

- der Beschluss ist eben zitiert worden -, fallen Herrn Schröder in den Arm und verdeutlichen, was bei diesem Thema wirklich los ist. Jedem von Ihnen fällt zu diesem Thema jeden Tag etwas Neues ein - und das bei einem für die Volkswirtschaft höchst sensiblen Thema.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Muss man Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, denn wirklich sagen: „Die Steuerpolitik ist kein Spaßobjekt für Talkshows, sondern eine wichtige Voraussetzung für die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen“?

Beim Thema Ökosteu

er geht es bei Ihnen in der Koalition zu wie bei einem Kegelklub nach der zehnten Lokalrunde. Sie glaubten in der Talkshow, Anlass zum Triumph zu haben, als Sie behaupteten, der Benzinverbrauch sei um 4,3 % zurückgegangen. Auch diese schöne Legende zur Rechtfertigung Ihres Abkassiermodells trägt nicht. Tatsächlich ist der **Benzinverbrauch** nach Mitteilung des Mineralölwirtschaftsverbandes von Januar 2000 auf Januar 2001 angestiegen, Super Plus beispielsweise um 24,5 %, Super um 1,2 % und Diesel um 11,8 %.

Nein, Sie sind die Abkassierer der Nation, die Steuererhöhungs- und -erfindungspartei und bleiben es mit völlig sinnlosen und falschen Instrumenten

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

ohne jeden Lenkungseffekt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wissen Sie, es kommt ja auf das **Gesamtsaldo der Steuerbelastung** für die mittelständischen Unterneh-

men an. Wenn Sie die einseitig belasten, diese auf diese Weise in gravierende Schwierigkeiten kommen und Sie hinterher mit einer Steuerreform wedeln, die die mittelständischen Unternehmen überhaupt nicht trifft, bringt denen das überhaupt nichts, sondern sie sind im Endeffekt belastet.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich habe Ihre Energiepolitik schon mehrfach - -

(Glocke des Präsidenten)

- Ich bin gleich zu Ende, Herr Präsident!

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hentschel?

**Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU]:**

Bitte, gern. Wer wollte? - Herr Kollege Hentschel, bitte schön.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Bestreiten Sie, dass die Steuern durch die Steuerreform um ein Vielfaches der Einnahmen aus der Ökosteu

er gesenkt worden sind?

(Zuruf von der CDU: Das ist falsch!)

- Ja, natürlich bestreite ich das. Wissen Sie, die Steuerreform wird doch erst 2003 für die mittelständischen Unternehmen wirklich wirksam. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Günter Neugebauer [SPD]: Das stimmt doch einfach nicht, was Sie hier sagen! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wissen überhaupt nicht, worüber Sie hier reden!)

Sie tun uns mit dieser Wiederbelebung und Weiterbelebung der Ökosteu

er, der weiteren Fortschreibung der Ökosteuer einen unglaublichen Gefallen.

Bei Ihren Äußerungen über die Ökosteu

er denke ich immer an folgende Geschichte. Sie könnte sich so zugetragen haben. Stellen Sie sich vor: Claus Möller und Heide Simonis

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ein Traumpaar!)

fahren auf der A 7 und denken, sie führen nach Kiel. Da kommt im Radio eine Meldung, dass auf der A 7



**(Dr. Trutz Graf Kerssenbrock)**

ein Geisterfahrer unterwegs sei, und Heide Simonis sagt zu Claus Möller: „Einer? - Hunderte!“

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alter Witz!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Nabel das Wort.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich darf um etwas mehr Ruhe bitten.

**Konrad Nabel [SPD]:**

Nach diesem niveauvollen Abgang von Graf Kerssenbrock, dem Anwalt der kleinen Leute, zurück zur Sache.

(Heiterkeit bei der SPD)

Die **Rente** wird zum Juli um zirka 2 % erhöht. Der Beitrag wird über Jahre hinweg unter 20 % liegen. Das ist festgelegt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das werden wir sehen!)

Die **Arbeitslosenzahlen** sinken. Ob die Zahl unter 3,5 Millionen erreicht wird, sei dahingestellt.

Fakt ist aber, dass die Zahl der Beschäftigten kontinuierlich zunimmt.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Rentenkompromiss wird im Bundesrat beschlossen werden. Ich bin sicher, dass es nach den Wahlen in Süddeutschland Wege geben wird, die der CDU die Zustimmung erleichtern werden.

Alles zusammengenommen gilt für die Zeit nach 2002: Es wird für die Finanzierung der Rentenversicherung keinen Mehrbedarf aus dem Aufkommen der Ökosteuer geben.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Aus dem Ökosteueraufkommen insgesamt!)

Der Zuschussbedarf aus der **Ökosteuer** - wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie zugeben, dass es unter allen Bundesregierungen staatliche Zuschüsse für die Rentenversicherung gegeben hat - wird mit zunehmender Versichertenzahl abnehmen. Deshalb gilt bereits jetzt: Die Ökosteuer hat sich zur **Stabilisierung der Rentenversicherung** bewährt und sie hat sich darüber hinaus - Herr Dr. Kerssenbrock hat vorhin etwas anderes behauptet; das belegen aber unsere Zahlen - min-

dernd auf den **Benzinverbrauch** ausgewirkt, ein ebenso gewünschter Effekt.

Gerade in der letzten Woche war in den Zeitungen zu lesen - das sind Nachrichten, die jetzt häufiger auftauchen; diese nehmen Sie anscheinend nicht zur Kenntnis -, dass es ein ansprechendes Ein-Liter-Mittelklasseauto geben wird, dessen Aggregate modular aufgebaut werden und das deshalb für den Einsatz von Brennstoffzellen geeignet ist. Das ist ein Weg nach vorn.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Angesichts der derzeit drastisch sinkenden Zahl der Neuzulassungen wird auch die Automobilindustrie diesen Weg gehen; denn dieser Weg ist modern und ermöglicht Innovationen.

In diesem Zusammenhang passt auch die Diskussion um die endlich absehbare **Entflechtung der Bahn AG** sehr gut. Die Schienenwege vom Bahnbetrieb zu trennen ist eine alte sozialdemokratische Forderung und ist Voraussetzung für die Umsetzung so ehrgeiziger Ziele wie die Verdoppelung des Güterverkehrs innerhalb von 15 Jahren. Diesen Weg wollen wir gehen. Er ist ein Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung. Dafür lohnt es sich - vor allem für den Mittelstand -, in den Bereich Solarenergie und Wasserstofftechnik zu investieren. Für die Erreichung dieses Ziels wird die Ökosteuer über das Jahr 2003 hinaus weiterentwickelt. Nichts anderes hat der SPD-Parteitag am letzten Wochenende beschlossen.

Meine Damen und Herren von der CDU - die Kollegen von der F.D.P. kann ich da nicht ausnehmen -, Sie krebzen mehr schlecht als recht mit der Bewältigung der Gegenwartsaufgaben herum. Sie nennen das einen Aufbruch; so steht es jedenfalls in den Zeitungen. Sie sind aber nicht in der Lage, über den Tellerrand nach vorn zu blicken und Konzepte für die Zukunft zu entwerfen. Sie haben keine Visionen für die nächsten 20 bis 30 Jahre.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vernünftige Zukunftsentwürfe sind heute nötiger denn je. Die Ökosteuer wird uns dabei helfen, diese umzusetzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Wiegard.

**Rainer Wiegard** [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ministerpräsidentin hat vorhin gefragt, was denn an dieser Debatte aktuell sei.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Antwort sind Sie uns schuldig!)

Ich denke, jeder kann etwas anderes darunter verstehen, was aktuell ist.

Für mich ist aktuell, dass der Kanzler gesagt hat: 6 Pf und - „Basta!“ hat er damals noch nicht gesagt - dann ist Schluss.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist schon länger her, dass er das gesagt hat!)

Inzwischen gibt es drei Erhöhungen um 6 Pf, aber damit ist aber immer noch nicht Schluss. Sie haben soeben beschlossen, dass Sie nach 2003 neue Stufen einführen werden. Wenn das nicht aktuell ist, dann weiß ich nicht, was aktuell sein soll.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin eigentlich ans Rednerpult gekommen, um ein Versprechen einzulösen, das ich gegeben habe. Der Kollege Neugebauer hat gesagt, das sei die fünfte Beratung zur Ökosteuer.

(Günter Neugebauer [SPD]: Mindestens!)

Fünf Beratungen haben noch nicht ausgereicht, Herr Neugebauer, um Sie davon zu überzeugen, dass Sie unser Programm einmal zu Ende lesen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lesen Sie das doch mal vor!)

Ich habe versprochen - ich bekräftige dieses Versprechen -, dass ich jedes Mal nach vorn komme, wenn Sie uns falsch zitieren.

(Heiterkeit bei der CDU)

Sie haben gesagt, Sie würden mit dieser **Ökosteuer** endlich das umsetzen, was wir in unserem Zukunftsprogramm beschlossen haben. Wenn Sie das wirklich täten, würden wir nah beieinander liegen. Wir haben nämlich beschlossen, dass die Ökosteuer aufkommensneutral, sozial gerecht und ausgewogen sowie europaweit sein soll. Es ist vorhin von Herrn Wadephul und Herrn Kayenburg dargestellt worden, dass Ihre Ökosteuer all dies nicht erfüllt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Um mit Ihrer Eingangskritik zu enden: Wir brauchen bestimmt noch fünf weitere solcher Debatten, bis Sie

verstehen, wo der gemeinsame Nenner für eine echte Ökosteuer zu finden ist, die diesen Namen verdient.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Garg.

**Dr. Heiner Garg** [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Teil ist die Debatte zwar spannend, zum Teil finde ich sie aber angesichts Ihrer Beiträge heute Morgen schlichtweg albern.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

- Freuen Sie sich nicht zu früh!

Ich habe hier immer wieder gehört, dass Union und F.D.P. bis 1998 die Benzinpreise über die Mineralölsteuererhöhungen drastisch erhöht haben. Da die Erhöhung um 21 Pf aufgrund Ihrer so genannten **Ökosteuer** zu einer drastischen Reduzierung des Benzinverbrauchs um sage und schreibe 4,3 % im letzten Jahr geführt hat, müssten - Ihrer Logik folgend - die enormen Erhöhungen der schwarz-gelben Koalition in Bonn zu einer noch viel drastischeren **Senkung des Benzinverbrauchs** in den letzten zehn Jahren geführt haben. Das ist aber nicht der Fall. Ich will Ihnen sagen, warum es nicht passieren konnte.

(Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

- Herr Harms, zu Ihnen komme ich gleich noch. Darauf freue ich mich ganz besonders.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Kann es möglicherweise sein, dass die Entwicklung verbrauchsärmerer Motoren oder auch die Entwicklung von Kraftstoffen mit besseren Verbrennungseigenschaften einfach eine Weile braucht, bis sie eine Marktfähigkeit erlangt haben, und dass Ihre Benzinpreiserhöhung nicht das Geringste damit zu hat,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

dass es im vergangenen Jahr einen Rückgang des Verbrauchs von fossilen Brennstoffen gegeben hat?

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch, das ist das Signal!)

- Herr Hentschel, ich bekomme auch immer „Signale“, wenn Sie dazwischenrufen.

Herr Harms, Sie haben sich erfreut über die Ökosteuer und ihre Auswirkungen geäußert. Ich freue mich auf die nächste Debatte im Rahmen der Haushaltsberatun-

**(Dr. Heiner Garg)**

gen, wenn wir über die Kosten der Schülerbeförderung insbesondere für die dänische Minderheit reden,

(Anke Spoorendonk [SSW]: Oh!)

die dann gestiegen sein werden, weil der ÖPNV durch die Benzinpreiserhöhung entsprechend betroffen sein wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich freue mich ganz besonders auf diese Debatte.

(Wortmeldung der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

- Nein, Frau Kollegin Spoorendonk, ansonsten lasse ich gern eine Zwischenfrage zu, jetzt aber nicht.

Ich will einen Punkt nicht so stehen lassen. Sie haben gesagt, man hätte sich vor der Einführung der so genannten Ökosteuer Gedanken gemacht, wie man die Benzinpreiserhöhung sozial abfedert. Das ist vollkommen falsch. Erst als die so genannte Ökosteuer beschlossen wurde, hat man sich im Nachhinein gedacht, dass dadurch auch Menschen wie Rentner und Studenten betroffen sind, die von den Entlastungswirkungen nichts haben.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch das ist nicht richtig!)

Erst dann hat man die so genannten sozialen Komponenten hinterhergeschoben.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Tatsachen sind genau umgekehrt!)

So viel hierzu.

Frau Ministerpräsidentin, ich würde mich sehr freuen - dann hätte die Aktuelle Stunde in der Tat einen Sinn gehabt -, wenn wir hier eine Frage klären könnten.

(Holger Astrup [SPD]: So hat sie keinen Sinn! Das stimmt!)

Sie haben vorhin gefragt, wie Union und F.D.P. die 32,8 Milliarden DM zur Finanzierung der Löcher in der **Rentenkasse** aufbringen wollen, wenn die Ökosteuer abgeschafft wird. Ich frage Sie: Wie wollen Sie sie denn aufbringen, wenn ab 2003 ökologische Projekte damit finanziert werden sollen, wie zum Beispiel Frau Heinold sagt, und wenn aus diesem Aufkommen nicht mehr die Lohnnebenkosten gesenkt werden sollen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Diese Frage wurde bis heute nicht beantwortet.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Heinold, ich habe gesehen, wie Ihr Umweltminister bei allen Beiträgen der Opposition immer nur den Kopf geschüttelt hat.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie hören nicht zu!)

Ich habe aber bis heute von Ihnen keine Antwort darauf bekommen, welchen kausalen und logischen Zusammenhang es zwischen einer vernünftigen Rentenreform, die aus demographischen Gründen notwendig ist, und einer Erhöhung der Benzinpreise an den Tankstellen gibt. Bis heute habe ich darüber nichts gehört.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil Sie nicht zuhören!)

Solange Sie diese Antwort nicht geben, habe ich keine Lust mehr, mich mit Ihnen über finanzpolitische Fragen und über Fragen bezüglich der Sozialversicherung zu unterhalten. Sie haben nämlich schlicht und ergreifend keine Ahnung von dieser Materie.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist keine Antwort!)

Herr Hentschel, eine letzte Bemerkung! Zu den Befürwortern, die Sie für Ihre Benzinpreiserhöhung anführen - also dem BJU und dem Chefvolkswirt der Deutschen Bank -, muss ich Ihnen sagen, dass diese nicht für eine Benzinpreiserhöhung eintreten, sondern für eine ökologische Steuerreform.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

In diesem Zusammenhang frage ich den Volkswirt, Herrn Professor Rohwer, und die Volkswirtin, Frau Simonis: Ist Ihnen eigentlich klar, dass es für volkswirtschaftliche Prosperität - und damit auch für die Schaffung von Arbeitsplätzen - letztlich „schnurzippegal“ ist, wenn Sie den Leuten auf der einen Seite Geld aus der Tasche ziehen, um es ihnen auf der anderen Seite wieder hineinzustecken? Es kommt auf die Gesamtbelastung der Volkswirtschaft mit Steuern und Abgaben an, nicht darauf, ob Sie auf der einen Seite etwas geben, das Sie auf der anderen Seite wieder nehmen.

(Anhaltender Beifall bei F.D.P. und CDU - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Zu einem letzten Debattenbeitrag zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich Herrn Abgeordneten Ritzek das Wort.

**Manfred Ritzek [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dieser leidenschaftlichen Debatte meines Vorredners möchte ich einige volkswirtschaftliche Zahlen nennen, um Ihnen die Verantwortungslosigkeit der **Fortsetzung der Ökosteuer** für unsere Wirtschaft in Daten vorzuführen.

Wir haben heute eine Inflationsrate von 2,8 %. Für die letzten zwölf Monate bedeutet das einen Anstieg von mehr als einem Prozentpunkt. Eine solche **Inflationsrate** hatten wir während der letzten fünf Jahre nicht mehr. Diese Inflationsrate von 2,8 % begründen die Institute wesentlich mit dem Anstieg der Energiepreise. Der Anstieg der Energiepreise wird mit dem Anstieg der Rohölpreise und der Ökosteuer begründet. Die Ökosteuer sollte in den Jahren 1999/2000 in Abhängigkeit zur Rohölpreisentwicklung erhöht werden. Das wurde damals so gesagt. Nichts ist geschehen. Stattdessen haben Sie die Ökosteuer regelmäßig um 6 Pf pro Liter erhöht. Die Ökosteuererhöhung hat also zu der Inflationsrate von 2,8 % geführt. Eine Inflationsrate von 2,8 % bedeutet eine Geldentwertung. Das heißt, jeder Bürger und jede Bürgerin hat real weniger Geld in der Tasche, um sich den gleichen Warenkorb zu leisten.

(Lars Harms [SSW]: Das ist reine Theorie!)

- Das ist keine Theorie! Wir erkennen das auch an den Wachstumsraten der Wirtschaft. Die Institute haben prognostiziert, dass das Wachstum der Wirtschaft von 3,1 % auf 2,1 % beziehungsweise 2,4 % sinken wird. In Schleswig-Holstein liegen wir mit 1 % Wachstum wesentlich unter dem Bundesdurchschnitt.

(Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssen also noch mehr aufpassen als die Gesamtwirtschaft. Jede Reduzierung des Wachstums um 1 % bedeutet eine Minderung der Neuanstellungszahlen von zirka 500.000 Beschäftigten.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter Hentschel, Zwischenrufe sind erlaubt, aber keine Zwischenreden!

(Wortmeldung der Abgeordneten Anke Spoo-  
rendonk [SSW])

Frau Abgeordnete, ich würde von Zwischenfragen absehen.

**Manfred Ritzek [CDU]:**

Ich habe keine Zeit für Zwischenfragen. Zu einem Sachverhalt möchte ich noch Stellung nehmen: Die Anzahl der Arbeitslosen wurde hier von zwei Kollegen angeführt. Die zusätzlichen 500.000 **Arbeitsplätze** sind doch geschönt. Die 500.000 Arbeitsplätze, von denen Sie sagen, sie seien zusätzlich, entsprechen den früheren 630-DM-Arbeitsverhältnissen, die heute versicherungspflichtig sind. Mehr ist das nicht!

(Beifall bei der CDU)

Daher lautet das Fazit meines kurzen Beitrags: Eine Fortsetzung der Ökosteuererhöhung ist unverantwortlich für die Gesamtwirtschaft.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Minister Möller das Wort.

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich Folgendes sagen: Hier wurde gesagt, die Frage der **Steuerbelastung des Mittelstandes** sei besonders wichtig für unser Land. Ich erinnere daran, welche Aktivitäten es in diesem Zusammenhang während der letzten Jahre gegeben hat: Die betriebliche Vermögenssteuer fiel weg; die Gewerbekapitalsteuer fiel weg.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das sind Peanuts!)

Die Gewerbeertragssteuer ist für Unternehmen, die Gewerbesteuer zahlen, neutral, weil sie abzugsfähig ist. Für Unternehmen, die keine Gewerbesteuer zahlen und gut verdienen, wurde der Spitzensteuersatz gesenkt. Es gibt auch mittelständische handwerkliche Betriebe, die nicht zu den Spitzenverdienern zählen. Diese partizipieren an der Anhebung des Grundfreibetrags und an der Senkung des Einkommensteuersatzes. Das ist auch Mittelstandspolitik.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

- Wir kommen noch zur Steuererhöhung. Ich finde, es ist blanker Hohn,

(Martin Kayenburg [CDU]: Das, was Sie machen, ist blanker Hohn!)

wenn ein Vertreter der F.D.P. sich hier hinstellt und über die Höhe der Gesamtlast für die Unternehmen und die Volkswirtschaft klagt. In welcher Zeit haben

(Minister Claus Möller)

wir denn die Abgabenlast auf ein Rekordniveau gesteigert? Das war in der Zeit der Kohl-Regierung.

(Beifall bei der SPD - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: In der Zeit der Wiedervereinigung!)

Diese absolute Spitzenstellung bewirkte - teilweise zu Recht - eine anhaltende Wettbewerbs- und Standortdiskussion in Deutschland, weil die Gesamtbelastung für die Volkswirtschaft und die Unternehmen viel zu hoch war. Es ist nichts passiert! Im Gegenteil, die Schulden sind von 350 Milliarden DM auf 1,5 Billionen DM angestiegen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war und ist diese rot-grüne Bundesregierung, die sich zuerst klare Ziele gesetzt hat,

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

nämlich die Stabilisierung der Abgaben im Sozialbereich, zum Beispiel über die Ökosteuer.

(Wortmeldung der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU] - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Strauß?

**Claus Möller**, Minister für Finanzen und Energie:

Nein. - Es gibt eine Stabilisierung der Krankenkassenbeiträge.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist völliger Quatsch!)

Ich hoffe, dass wir bei einer weiter positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt vielleicht auch zu einer Senkung der Beiträge zur **Arbeitslosenversicherung** kommen können. Darüber hinaus ist es diese Regierung gewesen, die nicht nur den Mut gehabt hat, eine klare Zielvorstellung zu formulieren, nämlich die Schulden abzubauen, sondern die parallel dazu das größte Steuerentlastungspaket auf den Weg gebracht hat, das es jemals gegeben hat. Das senkt die Abgabenlast für alle!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Blödsinn! - Wortmeldung des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Die aktuelle Stunde ist beendet. Tagesordnungspunkt 1 ist abgeschlossen.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 11 aufrufe, begrüße ich Besucherinnen und Besucher. Auf der Tribüne haben sich Justizanwälter und Justizanwältinnen des Landgerichts Lübeck sowie Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte der Beruflichen Schulen Kiel, Sozialwirtschaft und Sozialpädagogik, eingefunden. Herzlich Willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

### **Konzept zur Sicherung des Lehrbedarfs in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 15/796

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/825

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug** [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schlechte **Bildungspolitik** ist Diebstahl an den Zukunftschancen junger Menschen. Gute Bildungspolitik sichert die Zukunftschancen der jungen Generation. Ohne eine genügende Zahl qualifizierter Lehrer kann es aber keine gute Bildungspolitik geben. In einem Interview mit „Focus-online“ ist vor einigen Tagen zum Thema Lehrermangel gesagt worden, „dass man einfach versäumt hat, die Leute in der Vergangenheit einzustellen, obwohl kein Feld so gut planbar ist wie die Bildungspolitik“.

Das ist das Ende des Zitats von Ute Vogt, SPD-Spitzenkandidatin in Baden-Württemberg. Im Kern hat Frau Vogt Recht: Umfang und Zeitpunkt der **Pensionierungswelle** waren seit langem genauso bekannt wie die Entwicklung der **steigenden Schülerzahlen**, die einen Zusatzbedarf an Lehrkräften nach sich ziehen. All das war lange bekannt.

Vor diesem Hintergrund ist festzustellen: Auf das Konto der rot-grünen Landesregierung in Schleswig-Holstein gehen katastrophale Fehler, unter deren Folgen die Schulen unseres Landes noch lange zu leiden haben werden. An erster Stelle war dies die Verschwendung dreistelliger Millionenbeträge für eine unsinnige Entbeamtungspolitik, die im Sommer letzten Jahres viel zu spät gestoppt worden ist. Dieser Kardinalfehler hat in den zurückliegenden Jahren dazu geführt, dass die Mittel für einen breiteren Einstellungskorridor, wie ihn die F.D.P. in den 90er-Jahren stets

**(Dr. Ekkehard Klug)**

gefordert und durch Haushaltsanträge Jahr für Jahr auch eingefordert hat, nicht zur Verfügung standen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist euer Versäumnis!)

Der zweite große Fehler, den die rot-grüne Landesregierung in puncto Sicherung der Lehrerversorgung begangen hat, war die Schließung dringend benötigter Lehramtsstudiengänge an der Universität Kiel.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

Die Landesregierung hat dadurch den **Lehrermangel** weiter verschärft, und zwar in den von ihrer Entscheidung betroffenen Bereichen der Grund- und Hauptschullehrer sowie der Sonderschullehrer. Ich will dies einmal mit ein paar Zahlen beleuchten.

In der Antwort auf die Große Anfrage der F.D.P.-Fraktion zur Entwicklung des Lehrerberarfs hat die Landesregierung im Januar letzten Jahres Zahlen vorgelegt. Ich greife jetzt diejenigen aus dem Bereich der Grund- und Hauptschullehrer heraus. Nach den damals vorgelegten Daten brauchen wir in den nächsten Jahren Jahr für Jahr 330 bis 350 Grund- und Hauptschullehrer, allein um die ausscheidenden, in Pension gehenden Kräfte zu ersetzen. Wenn man dann noch 20 zusätzliche Stellen schafft, wie das im Haushalt dieses Jahres getan worden ist, ergibt sich ein jährlicher Einstellungsbedarf von mindestens 350 - wenn nicht sogar noch mehr - Lehrkräften. Die Zahlen liegen Ihnen ja vor. An der Universität Flensburg schwankte die Zahl der Studenten für dieses Lehramt in den letzten vier Jahren zwischen 120 und 230 pro Jahr, also Sommer- und Wintersemester zusammengerechnet. Mit anderen Worten: Selbst dann, wenn jeder dieser Studenten ein Examen machen sollte - damit ist nicht zu rechnen -, klafft eine große Lücke.

Diese Lücke wird drastisch deutlich werden, wenn aus Kiel, wo man den Neuzugang ja vor drei Jahren gestoppt hat, demnächst keine Absolventen mehr kommen werden. Vor einem Jahr kamen von der vor der Schließung stehenden Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Kieler Universität noch 153 Absolventen für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen. Wenn diese Absolventen in absehbarer Zeit nicht mehr da sind, weil man vor drei Jahren aufgehört hat, in Kiel Studenten für dieses Lehramt aufzunehmen, wird die Lücke in Schleswig-Holstein dramatisch groß.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann müssen die Lehrer hier im Parlament wieder in die Schulen!)

Ich verweise hier auf einen Artikel in der „Frankfurter Rundschau“ von heute. Sie haben ihn im Pressespiegel des Landtages vorliegen. Professor Klaus Klemm, ein

Bildungsforscher aus Essen, weist darauf hin, dass die Bundesländer Hessen, Saarland und alle nördlichen Bundesländer - also auch Schleswig-Holstein -, gemessen an den Jahrgangsstärken, 25 % Lehrer weniger ausbilden als zum Beispiel Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Wir sind hier in einer sehr ungünstigen Situation.

Auf einem in problematischer Weise enger werdenden Arbeitsmarkt, aus dem die großen Länder immer mehr Nachwuchskräfte herausholen werden, wird es in den nächsten Jahren schwer werden, sich zusätzlich von außen noch Leute heranzuholen. Wer darauf hofft, den steigenden schleswig-holsteinischen Bedarf durch vermehrte Anwerbung von außen zu decken, wird sich bald auf dem harten Boden eines ausgetrockneten Lehrerarbeitsmarktes wiederfinden. Ich brauche jetzt nicht die Zahlen zu nennen, wie viele Lehrkräfte andere Bundesländer wie Baden-Württemberg, Hessen, aber auch NRW in den nächsten Jahren noch zusätzlich einstellen werden, wodurch die Gesamtsituation für uns noch problematischer wird. Es bleibt deswegen wirklich kein anderer Weg übrig als der, auch wieder in Kiel - neben Flensburg - zusätzlich Studienangebote einzurichten.

Das gilt im Übrigen gerade auch für die **Sonderschullehrer**. Vor drei Jahren hat man ja beschlossen, dass das Grundstudium für Sonderschullehrer nur noch in Flensburg absolviert werden kann. Das Hauptstudium folgt dann in Kiel. Die Entwicklung in den letzten drei Jahren ist auf der Website der Flensburger Universität nachvollziehbar. Die Zahl der Studienanfänger für das Lehramt an Sonderschulen ist dort von Jahr zu Jahr zurückgegangen. Im Wintersemester 1998/99 gab es noch 69 Studienanfänger. Im Wintersemester 1999/2000 waren es nur noch 65. Im jetzt gerade zu Ende gegangenen Wintersemester waren es nur noch 57. Es sind also rückläufige Studienanfängerzahlen zu registrieren. Bei dieser Tendenz ist ein Bildungsnotstand auch für die Sonderschulen hier im Lande vorprogrammiert.

Dramatisch ist die Entwicklung auch im Bereich der **berufsbildenden Schulen**, wo wir traditionell nur wenige Ausbildungsangebote haben. Deswegen meint die F.D.P., dass wir neben dem Studienangebot in Flensburg für gewerblich-technische Berufsschullehrer entsprechende Angebote komplementär auch in Kiel einrichten müssen. Wir haben dort die Technische Fakultät. Sie ist geradezu ideal geeignet, für die IT-Fächer auszubilden, also Informatiklehrer auszubilden. Sie ist übrigens nicht nur für die Ausbildung von Lehrern für Berufsschulen, sondern auch für die Ausbildung von Lehrern für den allgemein bildenden Bereich geeignet. Angesichts des absehbaren Bedarfs halte ich es für sinnvoll, die Ausbildungskapazität in unserem

(Dr. Ekkehard Klug)

Land zu erhöhen. Wir werden die benötigten Kräfte in den nächsten Jahren nicht von außerhalb des Landes bekommen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Weil diese Lösungsansätze nur mittelfristig helfen, müssen kurzfristige Lösungsansätze dazukommen. Über die Hereinnahme von **Quereinsteigern** in den Schuldienst ist schon viel diskutiert worden. Wir meinen, dass bei diesen Quereinsteigern im Hinblick auf fachliche Eignung und pädagogische Nachqualifizierung hohe Standards gelten müssen. Wir schlagen deshalb ein Modell vor, das in Schleswig-Holstein im Bereich der berufsbildenden Schulen schon einmal praktiziert worden ist. Es ist das so genannte Kieler Modell. Es ist in unserem Antrag im Einzelnen erläutert worden. Ich möchte aus Zeitgründen jetzt nicht im Detail darauf eingehen. Es geht darum, die fachliche Eignung, aber auch die Nachqualifizierung im pädagogischen und fachdidaktischen Bereich ganz hoch anzusetzen.

Soweit auch dies nicht ausreicht, sollten die Schulen nach unserer Auffassung Geldmittel - wir sprechen von Unterrichtsergänzungsfonds - erhalten, um mit diesen Geldmitteln flexibel Honorarkräfte oder auch Stundengeber engagieren zu können. Es muss sich wirklich um ein sehr flexibles Instrumentarium handeln, das gegebenenfalls auch eine **Vergütung von Mehrarbeit** für die Lehrkräfte an den Schulen ermöglicht. Dieses letzte Mittel ist, wie wir meinen, ein besserer Weg, als weniger qualifizierte Seiteneinsteiger - und dann möglicherweise auch noch auf Dauer - in die Schulen zu holen. Letzteres würde die Qualität des Unterrichts auf lange Sicht eher belasten, als zur Lösung der Probleme beizutragen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Was die Frage der **Unterrichtsergänzungsfonds** angeht, so habe ich mich gefreut, heute in den „Kieler Nachrichten“ zu lesen, Jürgen Weber, dass die Koalitionsfraktionen diesem Ansatz offen gegenüberstehen und uns jedenfalls in diesem Punkt zu folgen bereit sind.

Die CDU-Fraktion hat kürzlich vorgeschlagen, auf einen Schlag 500 zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen und damit die für diese Wahlperiode vorgesehenen 1.000 zusätzlichen Lehrer sozusagen frühzeitig zu engagieren, also die Einstellungen, die für die nächsten Jahre vorgesehen sind, vorzuziehen. Was diese Idee angeht, so möchte ich zu bedenken geben: Was nützt es, dort, wo man derzeit zum Beispiel keine Physiklehrer findet, Stellen einzurichten, die möglicherweise mit Deutschlehrern oder Lehrern anderer Fachrichtungen besetzt werden? Mit anderen Worten: Wir müssen

immer daran denken, dass die Probleme, die wir heute haben, schulartspezifische und vor allem **mangelfachspezifische Probleme** sind. Man kann sicherlich darüber diskutieren, wie breit der jährliche Einstellungskorridor sein sollte. Wir selber sind ja in den Haushaltsberatungen Ende letzten Jahres über die von der rot-grünen Koalition vorgesehenen 200 Stellen hinausgegangen und haben weitere Stellen beantragt. Man kann darüber diskutieren, wie viel Stellen es sein sollten. Ich meine, dass der Vorschlag von Jürgen Weber, einen breiteren **Einstellungskorridor** flexibel speziell im Hinblick auf die Mangelfächer zu schaffen, als Lösungsansatz vernünftiger ist als sozusagen jener große Schluck aus der Pulle, den die CDU-Fraktion zu nehmen vorschlägt.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mich erinnert dieser Vorschlag ein wenig an die bekannten Panikeinkäufe, die in Krisenzeiten immer um sich greifen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aktion „Hamster“!)

Man sollte mit mehr Überlegung an die Dinge herangehen, um den Schulen in unserem Land gerade im Bereich der Mangelfächer wirklich nachhaltig zu helfen.

Im Übrigen wäre - dies ist meine letzte Anmerkung - all das Bemühen um mehr Lehrerstellen und auch richtig zugeordnete Lehrerstellen „für die Katz“, wenn unser Land nicht auch die **Attraktivität** seiner **Beschäftigungsangebote** erhöhte. Referendar- und Anwärterbezüge unter dem Sozialhilfeniveau oder ein Siebtel unterwertig besetzter Funktionsstellen - ich meine beispielsweise den Fall, dass ein Konrektor seinen Job macht, aber bis zu zwei Jahre oder vielleicht sogar länger darauf warten muss, bis er die Besoldungsgruppe, die dafür vorgesehen ist, erhält -

(Glocke des Präsidenten)

- ich komme zum Schluss, Herr Präsident - tragen nicht dazu bei, den Schuldienst in unserem Land attraktiv zu machen. Hier wird nachzubessern sein. Das ist natürlich alles nicht zum Nulltarif zu haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten de Jager das Wort.

**Jost de Jager** [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin ein bisschen überrascht, dass ich jetzt schon dran bin. Ich nehme die Gelegenheit aber gern wahr, jetzt direkt nach dem Kollegen Klug zu sprechen.

Ich möchte Folgendes voranstellen. Bei den Überlegungen, wie man dem Lehrermangel begegnen kann, ist es für die CDU wichtig - das ist eine wichtige Eingangsfeststellung -, dass die **Professionalität** der Pädagogen, der **Schulartbezug** der Lehrerausbildung und das **Fachprinzip** gewahrt bleiben.

Ich sage das mit Bedacht vor dem Hintergrund der Vorschläge, die die Grünen Ende Januar dazu gemacht haben und die in eine andere Richtung gehen, als wir uns das vorstellen. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht deshalb, weil wir jetzt einen Lehrermangel haben, die Quantität vor die Qualität setzen. Es geht nach wie vor darum, möglichst viele qualifizierte Bewerber zu finden,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

die hinterher qualifizierten Unterricht machen können. Deshalb kommen eine Verkürzung des Referendariats auf eineinhalb Jahre, wie es jetzt auch in Hamburg geschehen soll, und zum Beispiel eine Umschulung von Sozialpädagoginnen und -pädagogen zu Lehrerinnen und Lehrern, nur um dem Lehrermangel zu begegnen, für uns nicht infrage. Ebenso lehnen wir die Einführung des Stufenlehrers, der nur deshalb vorgeschlagen wird, weil er flexibler einsetzbar sein soll, ab. Das sind Dinge, die zu weit gehen.

Ich entnehme ja der Tatsache, dass es keinen eigenen Antrag von Rot-Grün zu dieser Debatte gibt, dass offenbar die Vorschläge der Grünen auch aus Sicht der SPD keine Parlamentsreife erreicht haben und wir deshalb keinen Antrag der rot-grünen Koalitionsfraktionen hierzu vorfinden. Das finde ich, was die Vorschläge der Grünen anbelangt, ja durchaus in Ordnung. Ich frage mich allerdings, wo die Vorschläge der SPD bleiben. Wir haben zwar das eine oder andere dazu zum Beispiel heute in den „Kieler Nachrichten“ lesen können, aber richtige Vorschläge und Forderungen gibt es nicht. Ich habe so ein bisschen die Befürchtung, Kollege Weber, dass Sie nach dem Reader's-Digest-Prinzip vorgehen werden: Sie werden sich einmal angucken, was die Einzelnen vorlegen, nehmen die besten Stücke heraus und das ist hinterher die SPD-Politik.

(Widerspruch des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Das kann es natürlich nicht sein, weil dann jeder originäre Ansatz nicht mehr zu erkennen ist.

Es muss unser Ziel bleiben, auch mittel- bis langfristig genügend Bewerberinnen und Bewerber für ein Lehramtsstudium zu finden, weil wir uns sonst die Pläne, die wir in diesem Frühjahr für eine Verbesserung der Lehrerbildung insgesamt und damit auch zur ersten Phase der Lehrerausbildung in der Universität parallel diskutieren werden, eigentlich sparen können. Insofern muss man über Quereinsteiger nachdenken, aber es darf nicht unsere erste Priorität sein.

Aus unserer Sicht ist der beste Weg, eine Kontinuität bei der Gewinnung des Lehrernachwuchses zu erhalten, ein verlässlicher Einstellungskorridor über die Jahre und über das Jahr 2005 hinaus; denn eines der Probleme, die wir natürlich haben, dieser Wechsel zwischen einem Überangebot von Lehrerinnen und Lehrern und einem Lehrermangel, dieser so genannte „Schweinezyklus“, wie er heißt, liegt ja darin, dass es keine verlässlichen Einstellungskorridore gibt. - Das Wort „Schweinezyklus“ ist nicht auf die Pädagoginnen und Pädagogen gemünzt, sondern ist ein wirtschaftlicher Fachbegriff, wie ich mir habe sagen lassen.

Dieser Zyklus resultiert aber daraus, dass es zu sehr schwankende Einstiegsbedingungen gibt. Die müssen wir verhindern, indem wir feste Einstellungskorridore schaffen.

Es ist ja kurios: Bislang drehte sich die Debatte darum, dass wir eine schlechtere Unterrichtsversorgung hatten, weil es zwar genügend Lehrerinnen und Lehrer gab, aber zu wenig Planstellen, und jetzt schaffen wir zwar mehr Planstellen, aber finden womöglich nicht mehr die Lehrerinnen und Lehrer dafür. In beiden Fällen leidet die **Unterrichtsversorgung** und das können wir nicht in Kauf nehmen.

Lassen Sie mich, liebe Kolleginnen und Kollegen, etwas zu den F.D.P.-Vorschlägen sagen. Die F.D.P.-Vorschläge halten wir im Ergebnis für okay und können sie mittragen. Das gilt in Teilen auch für die Erweiterung der Studienangebote für Lehramtsstudiengänge an der Uni Kiel. Das ist ja ein etwas ängstlicher Begriff für eine komplette Kehrtwendung, was die Entscheidung anbelangt, eine Teilkonzentration der Lehramtsstudiengänge in **Flensburg** vorzunehmen.

Ich glaube, dass wir diesen Vorschlag im Ausschuss sehr intensiv beraten sollten. Ich denke, es ist ein Vorschlag, der eigentlich weniger mit Schulpolitik zu tun hat als vielmehr mit Hochschulpolitik. Nur, die empirischen Entwicklungen, die auch der Kollege Klug dargestellt hat, sind ja richtig. Insofern muss man sich die Frage stellen - auch im Zusammenhang mit konzeptionellen Überlegungen, die wir zur Neuordnung der Hochschulen anstellen, zum Landeshochschulplan -, ob dies nicht ein Teil einer Korrektur dessen sein kann, was hier im Lande einmal gemacht wurde.



(Jost de Jager)

Insgesamt möchte ich aber sagen, dass die Vorschläge, die gemacht wurden, zwar - wie gesagt - in der Sache in Ordnung sind, aber weitgehend sehr lange in der Umsetzung brauchen würden. Wenn ich die Äußerungen und die Zahlen des Ministeriums bisher richtig verstanden habe, dann ist es so, dass wir für die jungen Lehrer - sei es für die neuen Planstellen, die wir schaffen wollen, oder sei es für die Wiederbesetzung der Planstellen, die durch die Pensionierungswelle frei werden - das Gros der Planstellen eigentlich bis zum Jahre 2005 benötigen. Insoweit brauchen wir eine schnelle Reaktion, nicht eine, die dazu führt, dass wir sozusagen den Lehrerberuf im Jahr 2008 oder 2009 decken können. Wir müssen eine Reaktion finden, die wirklich bis zum Jahr 2005 dafür sorgt, dass wir genügend Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen haben.

In dem Zusammenhang möchte ich auf unseren Vorschlag zu sprechen kommen; denn wir haben einen anderen Weg in unserer Positionierung gewählt, was den Lehrermangel angeht, indem wir sagen: Wir wollen 500 Lehrerinnen und Lehrer jetzt, nämlich im kommenden Haushaltsjahr. Wir sind deshalb zu einem anderen Ansatz gekommen, weil die meisten Vorschläge - wie etwa Umschulung von Quereinsteigern und Öffnung für andere Studiengänge, Öffnung zum Umfeld und so weiter - von der Grundannahme ausgehen, dass wir keine studierten Lehramtsbewerberinnen und -bewerber mehr finden, keine studierten professionellen Pädagoginnen und Pädagogen.

Wir gehen von einem anderen Ansatz aus: Wir sagen, bevor man Planspiele darüber anstellt, wie man Nichtlehrer zu Lehrern macht, sollten wir doch erst einmal überlegen, ob man doch nicht alles versuchen kann, um Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, die es im Moment ja gibt, die aber keine Anstellung finden.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sind der Auffassung, wir müssen die Lehrer einstellen, solange sie auf dem Markt noch vorhanden sind, und deshalb müssen wir jetzt innerhalb kürzester Zeit so viele Planstellen mobilisieren, wie es irgendwie geht.

Das gilt es zu prüfen. Das ist der Kern unseres Vorschlages, den wir heute vorlegen, dass wir sagen, im nächsten Jahr, im Haushaltsjahr 2002, werden 500 **Planstellen** geschaffen statt 200 und danach werden pro Jahr bis zum Jahr 2005 nur noch 100 geschaffen. Damit würden wir im Rahmen des „1.000-Lehrer-Programms“ bleiben, aber eben nur zu einer anderen Stückelung kommen. Das würde auch die finanziellen Mehrbelastungen in einem verantwortbaren Rahmen halten.

Dass das mit Mehrbelastungen einhergeht, wird niemand leugnen. Das tun wir auch nicht. Das wird zusätzliches Geld kosten. Nur, auf der anderen Seite wurde uns das damals auch gesagt, als wir die 1.000 Lehrer gefordert haben. Da wurde auch gesagt, das könnt ihr überhaupt nicht finanzieren. Wenn wir es damals nicht trotzdem gefordert hätten, hätten wir heute dieses „1.000-Lehrer-Programm“ nicht, das wir gerade umsetzen wollen. Insofern ist es auch unsere Aufgabe als Opposition, hier Gedankenansätze vorzuschlagen, die realistisch umsetzbar sind, die eben nur den politischen Mut und die politische Kraft erfordern, es auch wirklich zu tun.

Manchmal hat man den Eindruck, Frau Erdsiek-Rave, dass Sie auch ganz froh sind, wenn die Opposition solche Vorschläge macht, weil das ja Ihren Rücken in den Verhandlungen mit Herrn Möller stärkt; die sind ja immer schwierig. Wir werden Sie dabei unterstützen.

(Jürgen Weber [SPD]: Vorsichtig!)

Dass wir dabei auch die Unterstützung der SPD haben, erfreut mich natürlich auch. Herr Weber hat das zwar, wie ich den „KN“ entnommen habe, alles zurückgewiesen, weil es nur wohlfeile Forderungen wären, aber, Herr Weber, die „KN“ zitieren Sie daraufhin auch: „Die qualifizierten Leute, die da sind, sollten auch so gut wie möglich gehalten werden. Hier erwarten wir Flexibilität, auch wenn sie nicht zum Nulltarif zu haben ist.“ Insofern glaube ich, dass wir hier in der Debatte schon einmal ein Stück weitergekommen sind. Wir halten das auch für richtig.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wenn wir an der sturen Stückelung von 200 Planstellen pro Jahr festhalten, werden wir die letzten Planstellen im Jahr 2005 mit dem Haushalt einstellen, wenn sich niemand mehr darum bewerben wird; denn wir müssen zur Kenntnis nehmen: Die Grundbedingungen der Bildungspolitik in Deutschland haben sich geändert. Wir haben einen Wettbewerbsföderalismus und der Wettbewerb im Kulturföderalismus ist im Moment am schärfsten und am härtesten in der Frage der Gewinnung von Lehrernachwuchs und der Vermeidung von Lehrermangel.

Die Hessen haben es gezeigt: Sie werden - wie auch die Baden-Württemberger - ganz massiv um Lehrer werben. Die Kultusministerkonferenz hat zwar gesagt, das solle nicht mehr während des laufenden Schuljahres passieren, aber sie hat es denen nicht verboten. Natürlich werden diese Länder weiterhin für Lehrerinnen und Lehrer werben. Hier müssen wir eben sehen, dass wir ein Angebot haben, das wir dem entgegenhalten können. Wir glauben, dass wir das mit unserem jetzigen Vorschlag erreichen können.

(Jost de Jager)

Unser Vorschlag hätte darüber hinaus den Vorteil, dass wir zu einer kurzfristigen und spürbaren Verbesserung der Unterrichtssituation kämen. Um das Thema Unterrichtsversorgung ist es ja still geworden. Aber wir sollten nicht so tun, als hätte sich die **Unterrichtsversorgung** im Land verbessert. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der CDU)

Die Unterrichtsversorgung in Schleswig-Holstein ist nach wie vor schlecht. Insofern ist es richtig, jetzt viele Planstellen zur Verfügung zu stellen, um dort zumindest zu einer Linderung zu kommen.

Es ist ja anders, als Sie es dargestellt haben, lieber Kollege Klug. Es ist so, dass heute Lehrerinnen und Lehrer abgelehnt werden, obwohl sie ein Fach haben, das ein Mangelfach ist, weil das mit der Kombination nicht hinhaut. Das sind eben haargenau die Punkte - genau die Post erreicht uns -, die die Leute nicht verstehen, sie sagen: Wir werden eigentlich gebraucht, aber wir werden nicht eingestellt, weil es die Planstellen für uns nicht gibt. Da sagen wir: Diese Planstellen müssen zur Verfügung gestellt werden. Das ist der Punkt, den wir heute mit unserem Vorschlag anregen wollen.

Die Umsetzung unseres Vorschlages beruht darauf, dass man tatsächlich eine detaillierte und genaue **Bedarfsprognose** für die Fächer, die Fächerkombinationen und die Schularten hat. Da stellt man sich die Frage: Warum gibt es die eigentlich nicht? Darauf haben Sie nun gesagt, Frau Erdsiek-Rave, an dieser Sammlung werde gearbeitet - so heißt es heute in einer dpa-Meldung -, aber es sei schwierig, exakte Zahlen zu ermitteln. Das ist vielleicht schwierig, wenn man es in aller Schnelle machen muss, aber Sie hätten dafür natürlich jahrelang Zeit gehabt - seit 1995. Auch der Landesrechnungshof hat das damals angemahnt. Ihre Vorgängerin, Frau Böhrk

(Glocke des Präsidenten)

- ich komme zum Schluss, Herr Präsident! -, hat sie zugesagt, aber nie eingelöst.

Man hat mitunter den Eindruck, dass die Bedarfsprognose vom Ministerium deshalb nicht vorgelegt worden ist, weil Sie die politische Konsequenz aus diesen Zahlen fürchten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deshalb freue ich mich, dass nicht nur wir Sie in dieser Frage drängen, sondern dass wir das zusammen mit dem Kollegen Weber tun, der gleich als Nächster reden wird. Ich hoffe also, dass wir demnächst eine Bedarfsprognose bekommen werden. Ich sage jetzt schon an: Die Große Anfrage haben wir bereits fertig und sie

liegt in der Schublade. Wenn wir die Bedarfsprognose nicht bald bekommen - so kündige ich an -, werden wir diese Große Anfrage stellen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Weber das Wort.

**Jürgen Weber [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das waren ja von Ihnen, Kollege de Jager, zum Schluss Angst einflößende Worte. Vorweg vielleicht so viel: Wenn man einmal von der ritualisierten Kritik an rot-grüner Bildungspolitik und der Äußerung zu Flensburg absieht, Herr Kollege Klug, sind wir bei dem, was wir auf den Weg bringen wollen, schon relativ nahe beieinander. Ich erwarte, dass wir im Ausschuss eine sehr sach- und fachbezogene Diskussion führen werden.

Erlauben Sie mir aber auch, aus sozialdemokratischer Sicht ein paar Anmerkungen zu dem vorliegenden Thema zu machen. Wir haben doch in deutschen Bildungslanden ein hohes Maß an Einmütigkeit, was das Starten einer Werbe- und Imagekampagne für den Lehrerberuf angeht, wohl wissend, dass wir in der Bundesrepublik insgesamt - und die Probleme haben alle Bundesländer - einen **Einstellungsbedarf** in den Jahren 2005 bis 2010 - auch wenn wir bei den Zahlen hier und da Abweichungen und statistische Probleme haben - von mindestens 30.000 Lehrern jährlich haben werden. So hat Klemm vorgerechnet. Wir wissen aber auch, dass an unseren Hochschulen tatsächlich nur drei Viertel dieses Bedarfs von Studierenden, die Lehramtsstudiengänge belegen, gedeckt wird.

Wer die aktuellen Zahlen betrachtet, weiß, dass diese Schere größer und nicht kleiner wird. Die Zahl der Studienanfänger sinkt überall in der Bundesrepublik - auch in den lehrerbildenden Fächern -, während die Konkurrenz der Wirtschaft für eine Reihe interessanter Studienfächer und Studienbereiche wächst. Die Ursachen sind vielfältig und können nicht en détail dargelegt werden. Ich will aber, da man lang-, mittel- und kurzfristige Konzepte braucht, auf ein paar Punkte hinweisen, die über kurzfristige Maßnahmen und Anreize hinausgehen.

Natürlich ist das Thema „Image und Bild des Lehrers“ für die Attraktivität von Bedeutung. Dort muss mehr getan werden. Wir wissen, dass wir mit der Anhebung der Anwärterbezüge einen Schritt gehen müssen, um dort etwas zu korrigieren, was die alte Bundesregierung an Fehlern übrig gelassen hat; wir wollen das auch. In diesem Punkt sind wir uns im Prinzip einig.

(Jürgen Weber)

Ich glaube aber, dass wir nicht nur über finanzielle Anreize reden müssen. Ich möchte gern ein aktuelles Beispiel nennen, das uns immer wieder vor Augen geführt wird. Wir haben zurzeit keine Probleme, Lehrer zu finden, die in den Grundschulen unterrichten. Wir haben aber große Probleme, die Stellen an den **Hauptschulen**, die schon vorhanden sind, tatsächlich zu besetzen.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Sie wissen, dass wir jetzt schon Realschullehrer vermehrt auf Hauptschulstellen versetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Die Probleme, die wir dort haben, sind offensichtlich auch Probleme, die mit dem Lehreralltag, mit den Arbeitsbedingungen und -belastungen an den Schulen zu tun haben. Da gibt es Punkte, an die wir anknüpfen müssen. Ich nenne beispielhaft die verstärkte sozialpädagogische Arbeit in diesen Bereichen und die Verbesserung der Lehreraus- und fortbildung. In der mittelfristigen Perspektive - das sollten wir bildungspolitisch nicht ausklammern - brauchen wir ein gerechteres System der Lastenverteilung bei den Lehrern zwischen den unterschiedlichen **Schularten**.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Ich komme noch einmal auf die sinkende Anzahl der Studierenden zu sprechen. Diese Situation werden wir natürlich kurzfristig nicht beheben können. Wir sind hier aber an einem Punkt, an dem einmal deutlich gesagt werden muss: Wer den Zugang zum Abitur und zum Studium begrenzen, erschweren oder kanalisieren will, behindert die dringend notwendige Erhöhung der Zahl junger Menschen mit Studienabschluss, junger Menschen, die studierwillig und studierfähig sind. Deswegen bleiben wir dabei, dass Chancengleichheit und Innovationspotenzial gleichzeitig bildungspolitische Partner sind, die unzertrennlich sind und unzertrennlich bleiben müssen. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, diesen Bereich nicht aus den Augen zu verlieren.

Die Bildungsministerin hat in der vorletzten Woche Zahlen zum **Lehrerbedarf** und zum Lehrernachwuchs vorgelegt und ein Maßnahmenbündel auf den Tisch gelegt, das ich hier nicht en détail wiederholen muss. Das ist ein richtiger und wichtiger Schritt und knüpft an die positive Imagekampagne für den Lehrerberuf an, die vor einiger Zeit in Schleswig-Holstein gestartet worden ist und die eine ganze Reihe von Bundesländern nachahmen. Trotzdem wissen wir, dass wir angesichts der aktuellen und konkreten Problemsituation in

den nächsten Jahren in unserem Land eine Deckungslücke von zirka 1.500 bis 2.000 Lehrern haben werden.

Auch wenn wir zum heutigen Zeitpunkt noch eine **Bewerberquote** haben, bei der 40 % der Bewerber nicht aus Schleswig-Holstein, sondern aus anderen Bundesländern kommen, wird das, was kurzfristig zu lösen ist, zunehmend schwieriger. Deswegen haben wir gemeinsam Vorschläge für ein kurzfristiges Vorgehen auf den Tisch gelegt, die wir in die Diskussion einbringen wollen und bei denen wir darauf hinweisen, dass ein paar Dinge zusätzlich zu dem, was die Regierung auf den Weg gebracht hat, dringend notwendig sind.

Eine erste dieser konkreten Maßnahmen besteht darin, dass wir mehr und bessere Prognosen - auch schullaufbahn- und fächerspezifisch - brauchen. Das wird in der Konsequenz nicht heißen, dass wir in weniger statistische Probleme laufen. Vielmehr werden die statistischen Probleme, die wir haben, durch das Mehr an detaillierten Informationen für mehr Steuerung aufgefangen. Die Regierung ist gut beraten, hier mehr als bisher auf den Tisch zu legen.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte noch einen wichtigen Punkt erwähnen, auf den Herr Kollege Klug und Herr Kollege de Jager eingegangen sind - deswegen muss ich das hier nicht noch einmal in großer Breite darlegen -: Wenn wir in extremen Mangelsituationen die Möglichkeit haben wollen, Lehrkräfte, die hier in Schleswig-Holstein auf dem Markt zur Verfügung stehen und sich bewerben können, die wir nach den normalen Einstellungsmöglichkeiten eigentlich erst in zwei oder drei Jahren einstellen würden, in Schleswig-Holstein zu halten, müssen wir jetzt einen Korridor beschreiten.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist zwar keine riesige Zahl, das ist aber eine Zahl, für die wir die schulartbezogenen und fächerspezifischen Unterlagen brauchen, damit wir bemessen können, wo sie hin sollen und wie viel wir brauchen. Diesen Weg wollen wir gern beschreiten. Hier teile ich die Auffassung des Kollegen Klug. Es nützt nichts, einfach einzustellen, wer da ist, und damit gegebenenfalls in den nächsten Jahren Probleme in der Fächerkombination hervorzurufen.

(Zuruf des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

- Kollege de Jager, ich glaube, dass wir - das ist ein Vorschlag, den wir auch auf den Weg bringen wollen -

(Jürgen Weber)

einen weiteren Punkt bedenken müssen. Wir haben nicht nur einen Flaschenhals im Bereich Einstellung, sondern wir haben auch einen Flaschenhals im Bereich Anwärterchaft, Referendariat. Wir müssen daher über flexible und zusätzliche Plätze im Bereich des **Referendariats** nachdenken - wir werden da keine unbeachteten Zahlen in den Raum rufen, weil wir das natürlich bemessen müssen, wie ich das schon zur Einstellung an den Schulen ausführte -

(Beifall der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU], Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

um gerade in **Mangelbereichen** zusätzlich ausbilden zu können. Dem Problem des Übergangs von der zweiten Ausbildungsphase in die Schule muss genauso begegnet werden wie dem der ersten Phase vom Studienabschluss zum Referendariat.

(Frauke Tengler [CDU]: Abwarten!)

Das ist ein wichtiger Punkt, über den wir weiter beraten müssen und der in den nächsten Wochen und Monaten haushaltsmäßig unterfüttert werden muss.

Zu den Unterrichtsergänzungsfonds! Was die F.D.P. vorschlägt, wollen wir gern sehr offen prüfen. Wir haben eine ganze Reihe von Fragen, weil das im Rahmen eines solchen Antrags natürlich immer sehr holzschnittartig aufgeschrieben werden muss. Das scheint uns ein sinnvoller Weg der Ergänzung zu sein, um konkrete Probleme zu lösen.

Der ganze Bereich von Seiten- und Quereinsteigern ist in der Tat eine umfassende Diskussion wert. Die Kürze der Zeit macht es nicht möglich, auf die verschiedenen Aspekte einzugehen. Viele Punkte sind völlig unstrittig, wo es darum geht, Leute mit einem Diplomabschluss im **Berufsschulbereich** ins Referendariat zu lassen. Wir sind uns in dem einig, was passieren muss. Wir haben aber noch Diskussionsbedarf und sind nicht mit allem einverstanden, was die Frage angeht, welche Qualifizierungswege im Einzelfall beschränkt werden müssen, um diejenigen aus anderen Berufen herauszuholen, die einen Studienabschluss haben. Sie müssen sehr passförmig nachqualifiziert werden. Da muss man etwas offener sein, als das bisher von Lehrerverbänden und Lehrgewerkschaften formuliert worden ist. Auch das sollten wir im Ausschuss konkret weiterberaten.

Lassen Sie mich als Vorletztes noch ein Wort zum Thema Flensburg sagen. Ich will nicht die Startprobleme in Abrede stellen, die die Teilkonzentration der Lehrerausbildung in Flensburg mit sich gebracht hat. Meines Erachtens ist es aber unakzeptabel und unseriös, wenn man jetzt so tut, als ob es jetzt in Flensburg keine Trendwende gegeben hat. Wir haben im letzten

Wintersemester in Flensburg, alle Lehramtsfächer zusammengenommen, eine Steigerung der Erstsemesterzahlen um 24 % zu verzeichnen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Martin Kayenburg [CDU]: Und absolut?)

Das löst noch nicht unsere Probleme.

(Zurufe von der CDU)

- Sie mögen das lächerlich finden, ich halte das für eine enorme Leistung, die die Flensburger hier durch ihre Werbung für Studienplätze erreicht haben.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Ich will diesbezüglich noch auf die Ausführungen des Kollegen Klug eingehen. Ich finde, man sollte darüber nachdenken, ob bei **technischen Studiengängen** im Berufsschulbereich die Kompetenzen, die beispielsweise bei der Technischen Fakultät in Kiel vorgehalten werden

(Glocke des Präsidenten)

- ich komme zum Schluss, Herr Präsident, möchte aber diesen Satz gern noch zu Ende führen -, in irgendeiner Form in die Hochschulausbildung einbezogen werden können. Ob das möglich ist, wollen wir gern ergebnisoffen prüfen. Ansonsten bleiben wir dabei: Die Entscheidung für Flensburg wird nicht zurückgedreht. Wir wollen die Hochschule nicht kaputtreden, sondern wollen ihr eine Entwicklungschance geben. Alles Weitere können wir im Ausschuss besprechen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Birk das Wort.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Etwas mehr Aufmerksamkeit als bei manch anderem hier im Saal kann ich beim Finanzminister und selbstverständlich auch bei der Bildungsministerin feststellen. Das ist gut so.

(Martin Kayenburg [CDU]: Der hört noch nicht einmal zu!)

- Er ist im Augenblick zwar abgelenkt, aber bei den Worten des Abgeordneten Weber war die Aufmerksamkeit gegeben, insbesondere, als es darum ging, mehr **Referendariatsplätze** und mehr Plätze für vorzuziehende **Neueinstellungen** bereitzustellen. Zu

(Angelika Birk)

Recht stellen wir finanzielle Fragen an den Anfang unserer Überlegungen. Dieses Land hat schon in der Vergangenheit große Anstrengungen unternommen, um den Bildungsbereich attraktiver zu machen, und kann sich da im Bundesvergleich durchaus sehen lassen. Wir haben uns nun nach langen Diskussionen in den Regierungsfractionen zu dieser Forderung entschlossen, aber nicht so, wie es bei der CDU offensichtlich nach dem Motto: „Wer bietet mehr?“ zu sein scheint. Wenn man sich auf eine zehnjährige Oppositionszeit einrichtet, dann kann man ja auch locker einmal die Einstellung von 500 Lehrern auf einen Schlag fordern.

(Widerspruch bei der CDU)

Aber da wir vorhaben, noch länger zu regieren, fragen wir natürlich: Wer soll das bezahlen? Deshalb sind wir mit unseren Forderungen etwas vorsichtiger.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das haben wir doch nachgewiesen, wie das geht! - Thomas Stritzl [CDU]: Geben Sie der Wahrheit eine Chance!)

Ich stimme allerdings mit Herrn Weber überein - das entspricht auch unserem Forderungspapier, das wir schon Ende Januar zum Thema Lehrerversorgung und zum Thema Qualifizierung der Schulen vorgelegt haben -, dass eine genaue **Bedarfsprognose** nötig ist. Ich freue mich, dass diese Forderung, die wir Ende Januar sehr dezidiert vorgetragen haben, nun endlich auch bei allen Fraktionen Schule macht. Es ist natürlich schwierig; das gebe ich zu. Es geht mir auch nicht darum, aufs Komma genau zu sagen: So viel Lehrer brauchen wir morgen und soundso viele übermorgen. Es geht mir vielmehr darum, dass die Parameter, die die Entscheidungen regional oder aufgrund von Befürchtungen beeinflussen, wie die Angst, an Hauptschulen gehen zu müssen, oder eine Teilzeitquote, genauer durchleuchtet werden. Das dient nicht dem Ziel, sie auf ewig zu verfestigen, sondern dazu, unter Umständen gegensteuern zu können.

Herr Weber und ich sind da ganz einer Meinung. Eine Antwort darauf ist uns die Landesregierung in der Tat noch schuldig. Ich erkenne aber an, wie schwierig diese Aufgabe ist, weil eine Änderung bei der Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern aufgrund des Generationenwechsels nicht nur eine Frage des Geldes und von nackten Zahlen ist, sondern weil dabei auch „weiche“ Faktoren eine Rolle spielen. Hier ist also mehr zu tun.

Ein weiterer Punkt ist ganz zentral: Es müssen endlich die Tore für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger aufgemacht werden.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich freue mich, dass sich hier auch die Opposition unserer Auffassung vorsichtig annähert, obwohl die Vorstellung, jemanden, der schon viele Jahre nach einem akademischen Abschluss einen Beruf ausübt, erst noch in ein Studium und dann ins Referendariat zu schicken, nicht dem entspricht, was ich mir unter passgenauer Fortbildung vorstelle.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wochenendseminare!)

- Nein, selbstverständlich nicht nur Wochenendseminare!

Ich glaube aber, dass Sie es sich nicht klarmachen, obwohl Sie es als Vertreter einer Partei, die der Wirtschaft nahe steht, wissen müssten, wie viele differenzierte **Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten** es in der Industrie gibt: berufsbegleitend, berufsunterbrechend. Warum kann man nicht von diesen Wegen lernen? Ich meine, die Kommission, die nun Vorschläge zur Lehrerbildung gemacht hat, über die wir sicherlich auch an anderer Stelle noch ausführlicher diskutieren werden, hat hier eine ganze Reihe von neuen Gedanken zusammengefasst. Ich denke, dass wir davon noch profitieren werden.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, auch wenn der Baulärm quasi ein Schutzschild darüber legt, herrscht mir im Moment doch zu viel Zerstreuung im Plenum.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Baulärm irritiert mich nicht.

Unterschiedliche Meinungen bestehen in der Tat über die Höhe der Hürde für die Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger.

Außerdem haben wir in unserem Forderungspapier sehr deutlich mehr Flexibilität im **Personalmanagement** und die berühmte Forderung „Geld statt Stellen“ - nicht erst seit Januar - in den Vordergrund gestellt. Dass sich auch die Opposition endlich diesem Anliegen öffnet, finden wir gut.

Natürlich ist auch die Umsetzung dieser Maßnahmen im Detail nicht so einfach. Es darf nicht zu Ungerechtigkeiten zwischen einzelnen Schulen kommen, es darf nicht dahin kommen, dass alle gern Aushilfsunterricht in Kiel machen, aber niemand auf Sylt oder in Dithmarschen. Man muss sehen, dass es diese Probleme gibt, und sie entsprechend bekämpfen.

(Angelika Birk)

Trotzdem bleibt es richtig, dass die einzelne Schule ein Budget braucht, um Unterrichtsausfall kurzfristig zu beheben. Wir glauben, dass das ein Beitrag ist, um den langfristigen **Unterrichtsversorgungsbedarf** besser abschätzen zu können, weil sich dadurch kurz- und langfristige Perspektive - Eltern können immer nur eine auf bestimmte Fälle begrenzte Sicht haben - entmischen können. Hier sind ein Budget für die Schule einerseits und bessere Prognosen andererseits ein Mittel, um mehr Sachlichkeit in den Diskurs zu bringen.

Flexibilität im Personalmanagement heißt aber auch - da sind wir, glaube ich, noch auseinander, Herr Klug -, dass in Zukunft Quereinsteiger und Leute, die aus anderen Berufen an die Schule kommen, nicht einen Qualitätsverlust mit sich bringen - ich erinnere an den berühmten pädagogischen „Volkssturm“, von dem Sie vor einigen Wochen gesprochen haben -, sondern einen Gewinn darstellen. Sie können nur dann ein Gewinn für die Schulen sein, wenn sie auf Didaktik und den Umgang mit Kindern und Jugendlichen vorbereitet werden und sich darin bewähren.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Ich bin hier aber weniger ängstlich als manch anderer hier im Saal. Ich glaube, dass es sehr viel mehr pädagogische Talente in nichtpädagogischen Berufen gibt, als mancher meint. Mancher, der „auf Lehramt“ studiert hat, muss ja aufgrund unserer bisherigen starren zweigeteilten Ausbildung feststellen, dass er für die Schule doch nicht so viel taugt. Aufgrund der Beamtenlaufbahn sieht er dann aber meistens keine andere Möglichkeit. Insofern wäre es gut, hier mehr Flexibilität hineinzubringen.

Nun haben wir uns auf ein Vorgehen verständigt. Ich finde es richtig, dass man jetzt, nachdem die Opposition Vorschläge gemacht hat, auch die Regierung ihre Vorschläge schon öffentlich vorgestellt hat und wir unsererseits schon im Januar an die Öffentlichkeit getreten sind, in eine Sachdebatte im Ausschuss eintritt.

Schon in der vergangenen Sitzungswoche haben wir eine ausführliche Bildungsdebatte geführt. Auch hier hat Rot-Grün gemeinsame Vorschläge vorgelegt und der Regierung Aufträge mit auf den Weg gegeben - übrigens auch solche, die weit über das Thema Berufsbildung hinausreichen. In diesem Punkt unterscheiden wir uns von der Opposition. Es macht keinen Sinn, wenn wir auf jeder Landtagssitzung über die gleichen Anträge sprechen.

(Vizepräsident Thomas Stritzl übernimmt den Vorsitz)

Wir werden die Punkte, in denen unser Antrag über das Bisherige hinausgeht, im Ausschuss gemeinsam besprechen und hoffentlich zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen. Ich freue mich auf die Sachdebatte in dieser Frage und hoffe, dass wir schon zu Beginn des Schuljahres im nächsten Sommer gemeinsam neue Fakten auf den Tisch legen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt Frau Abgeordneter Anke Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben es nicht zum ersten Mal, dass sich auf Bundesebene ein hoher Lehrerbedarf abzeichnet. Gleich nach den ersten Meldungen über Lehrermangel in Schleswig-Holstein wurde in den „Zwischenrufen“ einer großen Regionalzeitung an eine groteske Geschichte erinnert: Weil zu viele Kinder in die Schulen einzogen, gab es Ende der 60er-Jahre ein Konzept zur Sicherung des Lehrerbedarfs der ganz besonderen Art.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Bekanntlich wurden damals über 300 Hausfrauen und andere in einem Schnellverfahren zu Lehrerinnen und Lehrern ausgebildet. Da aber die damalige Landesregierung vergaß, genügend neue Planstellen im Haushalt einzustellen, hätten fast erst einmal 300 angestellte Lehrkräfte entlassen werden müssen, um Planstellen für diese Hilfstuppe zu schaffen. In letzter Minute - so hieß es in dieser Geschichte - konnte man diesen Irrsinn damals verhindern.

So etwas würde uns heute natürlich nicht passieren.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hervorragend!)

Das ist klar. Uns ist es aber anscheinend „passiert“, dass es uns immer noch nicht gelungen ist, Instrumente zu entwickeln, die eine größere Flexibilität bei der zugegebenermaßen schwierigen Anpassung des Lehrerbedarfs an die Entwicklung der **Schülerzahlen** gewährleisten könnten. Wie hoch rechnerisch betrachtet die Deckungslücke ist, wenn der Einstellungsbedarf bis 2004 dem Lehrkräfteangebot entgegeng gehalten wird, hat uns das Bildungsministerium in einer Pressemitteilung vorgerechnet. Es fehlen dann über 1.500 **Vollzeitkräfte**. Hinzu kommt, dass sich der künftige Bedarf nicht gleichmäßig auf alle Fächer und Schularten verteilt.

**(Anke Spoorendonk)**

Das Problem ist also erkannt. Dabei kann ich mir nun doch die Bemerkung nicht verkneifen, dass es bei der Formulierung des „1.000-Lehrer-Programms“ der Landesregierung anscheinend doch keine Rolle gespielt hat. Vielleicht muss man sich auch ganz einfach damit abfinden, dass es keine antizyklischen Steuerungsinstrumente gibt, um den Bedarf an Lehrern mit den konkreten Schülerzahlen in Einklang zu bringen.

Als „antizyklische Maßnahme“ werte ich den Vorstoß der Bildungsministerin, zur Sicherung des Lehrernachwuchses auch eine „Wellcome-back-Aktion“ - oder weniger schick formuliert: eine Rückholaktion - zu starten mit Einarbeitungsangeboten für Wiedereinsteiger in den Lehrerberuf. Dadurch würde man längerfristig die Altersstruktur der Lehrerkollegien aufbrechen, weil die angesprochene Gruppe vermeintlich nicht zu den jungen Jahrgängen gehört.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Werte Kolleginnen und Kollegen, gemeinsames Singen hilft, gemeinsames Reden nicht - und auf das Zweite möchte ich ausdrücklich hinweisen.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Das ist also ein positiver Ansatz, auch wenn man bedenkt, was das Land an Pensionsausgaben spart. Für „Neueinstellungen auf Vorrat“ könne die Finanzlage der öffentlichen Haushalte nicht herhalten, so die Ministerin in der schon erwähnten Pressemitteilung.

Nun ist mir durchaus bewusst, dass die vorgeschlagene „Rückholaktion“ nicht im Mittelpunkt eines Maßnahmenkataloges steht; viel eher haben wir es mit einer Art Mitnahmeeffekt zu tun.

Der SSW begrüßt, dass die Bildungsministerin weitere Schritte angekündigt hat, um dem künftigen Bedarf an Lehrkräften gerecht zu werden. Dazu gehören sowohl die Einführung flexiblerer Strukturen in der Ausbildung als auch die Anwerbung von Fachkräften in **Mangelfächern**. Als Stichwort sei genannt, dass Quereinsteigern verstärkt die Möglichkeit geboten werden soll, sich zu bewerben. In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch hervorheben, dass es gerade in den Mangelfächern darauf ankommt, dass die Wartezeiten bei der Zuteilung von **Referendariatsplätzen** weiter abgebaut werden. Ich gehe davon aus, dass wir uns im Bildungsausschuss mit den Vorschlägen der Bildungsministerin befassen werden, und erspare mir jetzt Details.

So wäre es aus unserer Sicht wichtig zu erfahren, wie der zeitliche Rahmen für die Umsetzung aussieht; denn wenn man bedenkt, dass wir von einem Mehrbedarf an

Lehrerinnen und Lehrern bis 2004 ausgehen, dann ist eine gewisse Eile geboten. Wenigstens muss klar sein, welche Maßnahmen nach Meinung der Landesregierung kurzfristig greifen sollen und welche auf eine mittel- oder längerfristige Wirkung angelegt sind.

(Unruhe)

In dem vorliegenden F.D.P.-Antrag geht es um beides. Wir unterstützen die Auffassung der F.D.P., dass eine Sicherung des Lehrerberarfs nur möglich sein wird, wenn die strukturellen Rahmenbedingungen verbessert oder geändert werden.

(Beifall bei SSW und F.D.P. sowie der Abgeordneten Jürgen Weber [SPD] und Rolf Fischer [SPD])

Der Antrag enthält dazu konkrete Vorschläge, die nicht einfach vom Tisch zu wischen sind. Somit freuen wir uns auf die Beratung im Ausschuss.

Womit wir uns aber überhaupt nicht anfreunden können, Kollege Klug, ist die „Kiel-Lastigkeit“ des Antrages. Es wirkt schon fast wie eine Zumutung, dass die Neustrukturierung der **Lehrerbildung** mit Punkt 1 des Antrages wieder infrage gestellt wird. Mag sein, dass dies nicht beabsichtigt ist, aber unter dem Strich betrachtet ist es genau das, was dabei herauskommt.

Doch auch unter inhaltlichen Gesichtspunkten frage ich mich, was dieser erste Punkt des Antrages soll. Fest steht, dass die Lehramtsstudiengänge an der **Universität Flensburg** eine Steigerung von 24 % verzeichnen können. Damit liegen sie bundesweit mit an der Spitze. Fest steht weiter, dass der Übergang oder der Transfer von der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der **CAU** zur Uni Flensburg noch gar nicht abgeschlossen ist. Wenn man schon eine Erweiterung des Studienangebotes fordert, dann - bitte schön - muss dies in Flensburg geschehen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Alles andere wäre eine Ressourcenverschwendung.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Frauke Tengler [CDU])

Aber letztlich gibt es keinen Beleg dafür, dass eine Erweiterung des Studienangebotes automatisch zu mehr Lehrerinnen und Lehrern in Schleswig-Holstein führt. Ganz zu schweigen davon, dass dies alles auch Geld kostet.

(Unruhe und Zurufe)

Das ist Geld, das aus der Sicht des SSW wesentlich sinnvoller in andere Maßnahmen zur Sicherung des Lehrerberarfs gesteckt werden könnte. Wer arm ist,

(Anke Spoorendonk)

muss wenigstens schlau sein, heißt es, und schlau ist dieser Ansatz des F.D.P.-Antrages nicht. Da ist es schon sehr viel schlauer zu überlegen, wie das Image des Lehramtsstudiums verbessert werden kann, zum Beispiel das **Studium für Grund- und Hauptschullehrer**. Denn es ist ja nicht so, dass die Studierenden Schlange stehen, um einen solchen Studienplatz zu erwerben. In Klammern gesetzt möchte ich hinzufügen, dass wir hier auch noch eine Arbeit unter der Überschrift „Gender Mainstreaming“ zu leisten haben. Wenn man sich die Lehrerkollegien an Grund- und Hauptschulen ansieht, merkt man, dass die Mitglieder dort alle nicht nur gleich alt, sondern auch in erster Linie weiblich sind.

Mehr denn je werden wir uns in den kommenden Jahren mit der Zukunft der Lehrerbildung befassen müssen, und zwar - wie gesagt - unter inhaltlichen und strukturellen Gesichtspunkten. Die neuen **Prüfungsordnungen** zementieren zum Beispiel die Auffassung vom Lehramtsstudium als einem stark fachorientierten Studium. Wer innerhalb dieses Rahmens etwas verändern will, gerät schnell an Grenzen. Es muss somit die Frage gestellt werden, ob es nicht sinnvoller wäre, statt von Fächern von „Fächerbereichen“ auszugehen. Hinterfragt werden müsste auch, ob ein **schulartspezifisches Lehramtsstudium** eigentlich zukunftsweisend ist. Nicht zuletzt die internationalen Vergleichstests, zum Beispiel die TIMS-Studie, belegen, dass die Leistung und die Qualität der Schule nicht als Argumente für ein nach Schularten aufgeteiltes Schulsystem eingebracht werden können.

Für den SSW gilt somit zusammengefasst, dass folgende Grundsätze bei der Sicherung des Lehrerbedarfs eine Rolle spielen sollten:

Erstens. Wir wollen eine flexiblere Gestaltung der Übergänge, damit Quereinsteiger bessere Möglichkeiten bekommen, sich schon während des Studiums oder später im Berufsleben für den Lehrerberuf zu entscheiden.

Zweitens. Wir wollen Maßnahmen zur Stärkung der Attraktivität des Lehramtsstudiums und des Lehrerberufs. Das hat beispielsweise mit der Vergütung von Funktionen an den Schulen zu tun.

Drittens. Wir wollen eine Änderung der schulischen Strukturen, damit die Lehrer bedarfsgerechter eingesetzt werden können. Das Wort „Stufenlehrer“ ist für den SSW kein Unwort.

Mit diesen Grundsätzen wird es einerseits nicht möglich sein, kurzfristige Ergebnisse zu erzielen. Sie passen daher vielleicht auch besser in die Debatte, die mit den Empfehlungen der Fachkommission zur Weiterentwicklung der Lehrerbildung und der Schul- und Unter-

richtsfachberatung in Schleswig-Holstein in Gang gebracht worden ist. Andererseits ist es aus unserer Sicht wichtig, daran festzuhalten, dass es darauf ankommen muss, letztlich antizyklisch zu denken.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Die Bildungsministerin hebt in ihrer schon mehrfach zitierten Pressemitteilung hervor, dass Schleswig-Holstein im bundesweiten Wettbewerb um den Lehrernachwuchs nicht schlecht dasteht.

Zu dem letzten Einstellungstermin gab es 1.400 Bewerberinnen und Bewerber aus anderen Bundesländern. Vieles deutet aber darauf hin - auch das ist schon gesagt worden -, dass sich dieser Wettbewerb in den kommenden Jahren eindeutig verschärfen wird. Da wird es nicht mehr reichen, dass die Kultusministerkonferenz Erklärungen zum Thema Lehrerbildung beschließt.

Mit anderen Worten: Je zügiger wir auf Landesebene Konzepte zur Sicherung des Lehrerbedarfs und des Lehrernachwuchses entwickeln und umsetzen, desto stärker stehen wir da.

Zu dem CDU-Antrag will ich nur noch einen Satz loswerden, Herr Präsident: Ich denke, es ist richtig - wie auch schon der Kollege Klug gesagt hat -, dass wir auch diesen Zusatzantrag noch einmal im Ausschuss beraten; denn ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, einfach pauschal mehr Planstellen zu fordern. Das muss schon zielgerechter formuliert werden. Aber das klären wir dann im Ausschuss.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Landtagsregierung erteile ich jetzt der Frau Bildungsministerin Erdsiek-Rave das Wort.

**Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe es noch gut im Ohr, Herr Kayenburg, wie die CDU vor fast zwei Jahren meine Imagekampagne für Lehrer „Gute Leute machen Schule“ als pures Wahlkampfmanöver abgetan hat.

(Martin Kayenburg [CDU]: War das nicht so?)

Heute kann ich mit einiger Genugtuung darauf verweisen, dass andere Bundesländer das nachmachen und die KMK in ihrer Gesamtheit - mit Unterstützung ihrer



**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

Präsidentin - genau solch eine **Lehrerbild-Imagekampagne** bei einer Werbeagentur in Auftrag gegeben hat.

(Martin Kayenburg [CDU]: Herzlichen Glückwunsch!)

Ich bin heute noch dem „sh:z“ dankbar dafür, dass er diese Maßnahme - die, im Gegensatz zu dem, was jetzt kommt, keine Kosten verursacht hat - mitgetragen hat.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich kann Ihnen sagen - nachdem ja solche Bekenntnisse neuerdings abgefordert werden -: Ich bin stolz auf das, was wir damals gemacht haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von Schleswig-Holstein aus begann übrigens ebenso früh die gezielte Werbung für den Berufsschullehrernachwuchs. Die übrigen norddeutschen Länder haben dann nachgezogen. Ich nehme für mich auch in Anspruch, dass ich in den vergangenen Jahren keinen Hehl daraus gemacht habe, dass wir absehbar fachspezifische und regionale Engpässe bekommen werden.

Natürlich ist der bevorstehende **Generationenwechsel** in den Schulen seit längerem genauso bekannt wie das Ansteigen der Schülerzahlen. Ein ganzes Bündel von Ursachen hat aber diese **Nachwuchsprobleme** verschärft, und zwar bundesweit, wenn man von den neuen Ländern einmal absieht: negative Arbeitsmarktsignale, wachsende Konkurrenz der Wirtschaft, Kürzung der Anwärterbezüge, schlechte Aufstiegsprospektiven, aber auch wachsende Belastungen der Lehrerinnen und Lehrer.

Diesen Ursachenanalysen, wie sie zuletzt der Deutsche Philologenverband - für alle Bundesländer geltend - angestellt hat, ist eigentlich nur wenig hinzuzufügen und ist im Allgemeinen auch zuzustimmen. Wenn es hier politische Versäumnisse zu beklagen gibt, dann müssen sich alle Verantwortlichen in allen Bundesländern diesen Schuh anziehen.

Ich nehme allerdings für uns in Anspruch, dass wir nicht nur Werbekampagnen angestoßen haben, sondern das Thema auch auf die Tagesordnung der Konferenz der norddeutschen Länder und die der KMK gesetzt haben und eine ganze Reihe von Maßnahmen in Angriff genommen haben. Nun sind Rahmenempfehlungen für alle Länder abgegeben worden; die sind Ihnen bekannt. Insbesondere die Änderungen müssen bundesweit in Angriff genommen werden, die nur bundeseinheitlich geregelt werden können. Das betrifft

alle **Besoldungsfragen**, das betrifft alle **Beamtenrechtsfragen**. Das ist dringend nötig.

Nötig ist aber auch der Abbau von allen Mobilitätshemmnissen, die es in diesem Bereich gibt,

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

zum Beispiel im Ländertauschverfahren und bei den Verfahren zur gegenseitigen Anerkennung. Was dies angeht, so kann Schleswig-Holstein übrigens nur gewinnen. Denn die Bilanz ist dabei für uns bislang immer positiv gewesen. Auch im **Ländertauschverfahren** wollen viel mehr nach Schleswig-Holstein als aus Schleswig-Holstein heraus. Dies gilt auch für die übrigen Bewerber. Die Parole: „Die Besten verlassen das Land“, entbehrt wirklich jeder Grundlage. Ich bitte, sie nicht zu wiederholen; denn sie schadet dem Standort.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will noch einmal an die vielen Informationsbroschüren erinnern, die es zum Thema Lehrerberuf - insbesondere was die Berufsschulen angeht - gibt. Da ja auch Sie in die Schulen gehen und dort Besuche abstatten, bitte ich Sie: Nehmen Sie diese Broschüren mit, reden Sie über den Lehrerberuf, tragen Sie mit dazu bei, dass es junge Leute gibt, die sich für diesen Beruf interessieren! Das alles sind - das ist völlig klar - langfristig wirksame Maßnahmen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ich darf um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit bitten!

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Danke, Herr Präsident!

Mittelfristig wirkt auch der Ausbau der Ausbildungskapazitäten im **Vorbereitungsdienst**. Für das letzte Jahr haben wir 50 zusätzliche Plätze zur Verfügung gestellt, weitere 100 sind es in diesem Jahr. Ich kann zum heutigen Zeitpunkt sagen: Wartezeiten für das Referendariat im Grund- und Hauptschul- sowie im Realschulbereich wird es in diesem Jahr nicht geben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist natürlich auch ein Signal dafür, dass es im Lehramt weniger Studierende beziehungsweise Examenkandidaten gibt. In den anderen Schularten - Gymnasium, Sonderschule - wird die Wartezeit weiter

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

abgebaut werden. Diejenigen, die keinen Referendariatsplatz bekommen, wollen wir mit Vertragsangeboten auf jeden Fall im Land halten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will noch ein paar Stichworte zu den bereits öffentlich angekündigten Maßnahmen, die zurzeit im Ministerium vorbereitet werden und die zum Teil sehr kurzfristig wirken sollen, sagen. Wir haben bei der **Zentralstelle für Bewerbungsfragen** eine Hotline eingerichtet, die von Ihnen, Herr de Jager, lächerlich gemacht worden ist. Ich kann Ihnen heute sagen: Die Resonanz ist riesig und sie ist auch viel versprechend. In den letzten anderthalb bis zwei Wochen haben sich zwischen 500 und 600 Bewerber gemeldet - telefonisch, per E-Mail und brieflich. Die Experten in der entsprechenden Abteilung sagen: Mindestens ein Drittel der Bewerber sind hochinteressant für den Schuldienst. Dies gilt sowohl für Quereinsteiger als auch für jene, die in den 80er-Jahren aus irgendeinem Grund eben nicht in die Schulen hineinkamen, aber jetzt ihren Traumberuf zum Greifen nahe sehen.

(Heinz Maurus [CDU]: Stellen Sie ein!)

- Das werden wir mit Sicherheit tun.

(Heinz Maurus [CDU]: Wie viele?)

- Ich sage nachher auch noch etwas zur Qualität.

Ich glaube, das war und ist eine richtige und hochwirksame Maßnahme. Der Ansturm lässt jetzt langsam nach. Aber ich bin sicher, dass wir den Arbeitsmarkt auch auf diese Weise noch weiter öffnen können.

Wir erarbeiten derzeit angepasste **Qualifizierungskonzepte** für den Schuldienst, begleitend und vorbereitend. Es geht ja dabei um beides: sowohl um den Einstieg ins Referendariat als auch um die direkte Anstellung in der Schule. Natürlich brauchen wir dazu flexible Strukturen bei der Ausbildung und hinsichtlich der Einstellungspraxis. Diese sind teilweise schon in einer Reihe von neuen Bestimmungen in der Studien- und Prüfungsordnung sowie in der einschlägigen Ordnung für den Vorbereitungsdienst verankert; weitere sinnvolle Elemente werden wir kurzfristig durch Anpassung der Lehrerlaufbahnverordnung bekommen. Ob das schon zum kommenden Schuljahr in Kraft treten wird, kann ich wegen der Anhörungsphasen, die dazu nötig sind, heute noch nicht sagen; zumindest aber wird dies zum übernächsten Halbjahr der Fall sein.

Ich will ein weiteres Potenzial ansprechen, von dem bisher nicht die Rede gewesen ist. Es gibt im Schuldienst ungefähr 8.000 Kolleginnen und Kollegen, die **Teilzeit** arbeiten. Etwa die Hälfte davon - nageln Sie mich jetzt bitte nicht auf genaue Zahlen fest - sind aus arbeitsmarktpolitischen Gründen beurlaubt, eine Re-

gelung, die wir in den 80er-Jahren in das Beamtengesetz eingeführt hatten, weil es damals ein Überangebot an Lehrern gab. Die Kollegen wurden damals aufgefordert, doch bitte auf Teilzeit zu gehen, um junge Kollegen in die Schulen zu lassen. Jetzt sind wir im Grunde in der umgekehrten Situation. Wir wollen gern diejenigen, die solche Teilzeitmöglichkeiten in Anspruch nehmen, motivieren, ihre Stundenzahlen aufzustocken. Dann hätten wir einen großen Teil des Problems gelöst.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Priorität bei all diesen Maßnahmen haben diejenigen, die wieder zurück in den Beruf wollen und entsprechend qualifiziert sind, die zum Beispiel nach dem Aussteigen aus dem Beruf oder nach einer Familienphase wieder unterrichten wollen. Ich sage sehr deutlich: Keine Priorität haben diejenigen Bewerber, bei denen die pädagogische Qualifikation bislang infrage gestellt wurde. Wir werden jetzt nicht alle Problemfälle der letzten Jahre in die Schulen holen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich glaube, das ist in unser aller Sinne.

Noch ein Wort zur Frage der Wiedereröffnung des Standortes Kiel und der damit einhergehenden Gefährdung des Standortes Flensburg! Man kann die Risiken eines solchen Schrittes - dazu ist schon eine Menge Richtiges gesagt worden - nicht ausschließen. Das wäre eine hochproblematische Lösung für den **Standort Flensburg**, gerade vor dem Hintergrund der Tatsache, dass in Flensburg die Studierendenzahlen wieder steigen, und aus der Erfahrung heraus, dass diejenigen, die sich für ein Studium entscheiden, sehr stark auf Arbeitsmarktsignale reagieren, wie die Erfahrungen gezeigt haben. Wir haben das im Ingenieurbereich gesehen.

Schon in den letzten beiden Semestern sind dort die Studierendenzahlen aufgrund der Arbeitsmarktsignale sprunghaft angestiegen. Ich rechne damit, dass das auch hier so sein wird. Gute Berufsaussichten sind - so glaube ich - für junge Leute heute ein sehr wichtiger Aspekt bei der Studienwahlentscheidung. Ich finde, wir sollten deshalb die positive Entwicklung in Flensburg nicht gefährden.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, CDU und SSW)

Was die Technische Fakultät angeht, so haben Sie, Herr Dr. Klug, übrigens völlig Recht. Sie bereitet jetzt aber einen grundständigen Studiengang Informatik für das gymnasiale Lehramt vor. Die Möglichkeit, dies nicht mehr nur als Nebenfach, sondern als Hauptfach

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

studieren zu können, ist eine notwendige Erweiterung der Studienmöglichkeiten in Kiel.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] )

All dies muss sich an einer Richtschnur orientieren - insofern bitte ich um Ihre Unterstützung, genauso wie ich offen bin für viele Vorschläge, die hier gemacht wurden -: Maßnahmen, mit denen wir den Engpässen kurz- oder mittelfristig begegnen wollen, dürfen die Qualität von Bildung und Erziehung nicht infrage stellen. Der Beruf des Lehrers und der Lehrerin stellt höchste Ansprüche. Es ist ein Profijob und nicht einer, den man einmal so nebenbei erwerben kann. Unterrichten und Erziehen sind miteinander untrennbar verbunden. Das sind Befähigungen, die man erlernen und sich erarbeiten muss. Ein guter Physiker ist noch lange nicht ein guter Physiklehrer. Deswegen muss man bei allen Entscheidungen, die jetzt getroffen werden, den Einzelfall im Auge haben und insgesamt die **Qualifizierung** im pädagogischen Bereich erhöhen. Den Begriff des „Volkssturms“ sollten Sie sich, lieber Herr Historiker, in diesem Zusammenhang lieber sparen.

Wir werden zum Schuljahresende nicht nur den **Bericht zur Unterrichtsversorgung** vorlegen und ihn in unseren Bericht zur Lehrerbedarfsplanung einbeziehen, sondern wir arbeiten derzeit an einer fachspezifischen **Bedarfsplanung**. Ich warne nur vor allzu hohen Erwartungen an eine solche fachspezifische Bedarfsplanung; denn sie ist nicht nur höchst schwierig - aus unterschiedlichen Gründen, die ich im Ausschuss gern darlegen will -, sondern auch die Konsequenzen, die man daraus ziehen kann, sind begrenzt.

Dem Anliegen der CDU und des Kollegen Weber wird bereits Rechnung getragen. Vorausseilenden Gehorsam nennen wir so etwas. Vermutlich in der Bildungsausschusssitzung im Mai können wir eine solche spezifische Bedarfsplanung vorlegen.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Zu panischen Reaktionen besteht kein Anlass, sehr wohl aber zu intensiven Bemühungen in Richtung auf gezielte Maßnahmen - offen, aber immer orientiert an Qualität von Schule und Unterricht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jürgen Weber hat vorhin, Bezug nehmend auf meine Rede, gesagt, er teile nicht meine „Kritik an Flensburg“. Daher möchte ich zur Klarstellung ausdrücklich noch etwas zu diesem Punkt sagen: Ich kritisiere die Universität Flensburg überhaupt nicht. Sie hat in den letzten drei Jahren eine beachtenswerte Leistung erbracht:

(Beifall bei der F.D.P.)

durch Steigerung der Studierendenzahlen von 1.900 auf jetzt über 2.600 in den letzten drei bis vier Jahren. Das ist doch immerhin eine Leistung, auch wenn die Zuwächse - bis auf das letzte Semester - zu einem guten Teil in Studiengängen außerhalb des Lehrerbildungsbereichs stattgefunden haben. Auch das wissen die Kundigen. Aber immerhin, die Entwicklung ist sehr positiv. Wir brauchen die Ausbildungsleistung der **Universität Flensburg**, um den Lehrerberdarf der nächsten zehn Jahre zu decken. Meine These ist: Dies allein reicht nicht aus. Deshalb müssen wir endlich einmal mit diesem blödsinnigen Ausspielen von Kiel gegen Flensburg aufhören. Das ist unsinnig, Frau Schmitz-Hübsch.

(Beifall bei der F.D.P.)

Lassen Sie mich Ihnen noch einmal Folgendes vor Augen führen. Vor dem Konzentrationsbeschluss hatten die EWF in Kiel und die Universität Flensburg zusammengenommen 5.300 Studierende, nämlich 1.900 in Flensburg und 3.400 in Kiel.

Das geschieht in einer Zeit, in der der Bedarf an Lehrkräften in diesen Fächern so enorm steigt. Das ist eine irrsinnige Situation.

Ich sage Ihnen: Der Konzentrationsbeschluss von 1997/98 ist zu einem Zeitpunkt getroffen worden, der ungünstiger nicht hätte sein können. Man hätte ihn vielleicht zehn oder 15 Jahre später treffen können - und dies auch aus Hochschulstrukturentwicklungsgründen. Aber zu dem Zeitpunkt, zu dem er unter der Verantwortung von Frau Böhrk - das muss man ja auch sagen - getroffen worden ist, war es das Blödsinnigste, was man überhaupt tun konnte.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie werden es noch nicht im nächsten Jahr merken, wohl aber in den Jahren 2004 und 2005, wenn es nämlich aus Kiel keine Absolventen mehr geben wird.

Letzter Punkt! Anke Spoorendonk, im letzten Semester gab in den Lehramtsstudiengängen in Flensburg Zuwächse von 24 %. Bei der letzten Landtagswahl hat der SSW in Schleswig-Holstein seine Mandatszahl um

**(Dr. Ekkehard Klug)**

50 % gesteigert. Trotzdem ist das Land Schleswig-Holstein und ist auch dieser Landtag nicht von einer politischen Massenbewegung des Südschleswigschen Wählerverbandes überrollt worden. Dieser Vergleich macht vielleicht deutlich, liebe Anke, wie du prozentuale Steigerungsraten auch in dem anderen Fall richtigerweise einordnen solltest.

(Beifall bei der F.D.P.)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Beantragt ist die Ausschussüberweisung beider Anträge. Wer der Überweisung des Antrages der Fraktion der F.D.P., Drucksache 15/796, und des Änderungsantrages der Fraktion der CDU, Drucksache 15/825, an den zuständigen Bildungsausschuss zustimmen will, den bitte ich um ein deutliches Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist das einstimmig beschlossen und der Tagesordnungspunkt 11 ist erledigt.

Wir kommen zu Punkt 21 der Tagesordnung:

**Kürzer und besser: Weiterentwicklung des Gymnasiums**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/813

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Jost de Jager das Wort.

**Jost de Jager [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN tun sich schwer mit der Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur. Eigentlich wollen sie es gar nicht, das Abitur in zwölf Jahren. Widerwillig und nur zögernd hat die Bildungsministerin einen eigentlich völlig unnötigen **Modellversuch** zur Schulzeitverkürzung auf den Weg gebracht. Dass Sie nicht mit voller Überzeugung dahinterstehen, zeigt sich unter anderem daran, dass den Schulen, den Eltern, den Schülern und dem Parlament bislang zu diesem Modellversuch weniger vorliegt als ein paar bedruckte DIN A 4-Seiten. Auch der Verordnungsentwurf, den ich letztens gesehen habe, ist a) dünn und dürftig und b) nimmt er nicht die Anregungen auf, die im Verfahren gegeben wurden.

Mit dieser Halbherzigkeit, diesem Mangel an politischer Überzeugung hinter dem Modellversuch droht dieser nun auch zu scheitern. Nachdem sich - peinlich genug - zunächst nicht genügend Schulen fanden, die

an diesem Modellversuch teilnehmen wollten, fehlt es nun an Anmeldungen von Schülerinnen und Schülern. Notgedrungen musste die Ministerin die Meldefrist bis Mitte dieser Woche verlängern.

Diese Zurückhaltung von Schulen und Schülern spricht aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, nach unserer Überzeugung keineswegs gegen die **Verkürzung der Schulzeit** bis zum Abitur, sondern sie spricht gegen die Art und Weise, wie dieser Modellversuch umgesetzt werden soll. Von vornherein gab es weder eine konzeptionelle Klarheit der Landesregierung von dem, was sie wollte, noch eine professionelle Vorbereitung des Modellversuchs. Das Ergebnis waren Unsicherheit und Verwirrung bei Eltern, Schülern und Schulen. Viele Eltern - das wissen wir aus erster Hand - haben ihre Kinder auch deshalb nicht angemeldet, weil sie vermuten, dass die Schulzeitverkürzung in Schleswig-Holstein am Ende doch keine Perspektive haben wird. Viele Schulen haben sich an dem Modellversuch nicht beteiligt, weil sie Angst hatten, dass die Schüler und Schülerinnen an Schulen abwandern, an denen noch das Abitur in 13 Jahren angeboten wird.

All dies hätte man vermeiden können, wenn man sich in Schleswig-Holstein von vornherein für die generelle Einführung der Schulzeitverkürzung entschieden hätte.

(Beifall bei der CDU)

Dann hätte es keinen Wettlauf der Schulen um die Schüler gegeben. Man hätte sich dann aber die Mühe machen müssen, das Gymnasium insgesamt den Bedingungen der Schulzeitverkürzung anzupassen. Das beginnt mit der Überarbeitung der Lehrpläne. Diese ist nämlich keine Folge der Schulzeitverkürzung, sondern deren Voraussetzung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Schulzeitverkürzung muss man richtig angehen, man muss sie grundsätzlich angehen. Hier hat die Landesregierung, haben die Mehrheitsfraktionen eine Chance verpasst. Aus diesem Grund nehmen wir den Fehlstart bei der Schulzeitverkürzung zum Anlass, eine Grundsatzdebatte zur Weiterentwicklung des Gymnasiums auch inhaltlich herbeizuführen. Es ist unsere feste Überzeugung, dass man es nicht allein bei einer Verkürzung der Schulzeit auf organisatorischem Wege belassen kann, sondern dass man die Gelegenheit nutzen muss, weitere zwingend notwendige, inhaltliche Weiterentwicklungen am Gymnasium anzupacken und vorzunehmen. Man kann Schularten nicht im Zwölf-Monats-Rhythmus verändern und deshalb sollten wir diese Gelegenheit nicht verstreichen lassen, wenn wir nicht wollen, dass sich der qualitative Abstand zu anderen Bundesländern noch vergrößert.

(Jost de Jager)

Der Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist dabei in erster Linie ein inhaltlicher. Es ist die Frage, ob vor allem die durch die Reformen der 70er-Jahre geprägte **reformierte Oberstufe** noch den Anforderungen einer neuen Zeit genügt. Diese neue Zeit ist durch sehr rasche Verfallszeiten spezialisierten Wissens geprägt.

Sie ist geprägt durch die Erkenntnis, dass wir in internationalen Leistungsvergleichen, vor allem in mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern bestenfalls noch für Mittelplätze gut sind. Aus diesem Grund ziehen wir als CDU-Fraktion die Schlussfolgerung, dass wir wieder stärker zu einer breiten **Grundlagenbildung** auch an den Gymnasien kommen müssen. Deshalb wollen wir einen breiten **Pflichtfächerkanon** bis zum Abitur. Wir wollen auch ein weiteres Abiturprüfungsfach.

Was wir uns davon vor allem versprechen, ist eine Stärkung der Fremdsprachen und - fast noch wichtiger - der Naturwissenschaften, denn wir können es uns als Industrienation auf Dauer nicht erlauben, dass wir an den Universitäten massenweise Studienplätze in technischen und naturwissenschaftlichen Studiengängen zur Verfügung stellen, für die sich keine Bewerber finden. Insofern ist es notwendig, die Naturwissenschaften zu stärken.

Dies ist nicht allein, wie uns sehr oft vorgeworfen wird, ein ökonomischer Reflex, sondern es ist auch die Erkenntnis, dass **Naturwissenschaften**, dass Technik sehr viel stärker Teil der Grundlagenbildung sind, als es bis dato der Fall gewesen ist. Deshalb muss dies in den Lehrplänen stärker verankert werden.

Ein letzter Punkt, den wir aufgenommen haben, ist der **Übergang** vom Gymnasium an die **Hochschule**. Wir konnten neuesten Statistiken entnehmen, dass die Zahl der Abiturienten, die an einer Hochschule später tatsächlich ein Studium aufnehmen, drastisch gefallen ist. Wir glauben, dass es zum Profil des Gymnasiums nicht nur gehört, Schüler zu befähigen, später ein Studium aufzunehmen, sondern wir glauben, dass es auch zu dem Profil gehört, sie wirklich dort hinzuführen. Deshalb schlagen wir vor, dass es eine **Studienberatung**, eine Orientierung an den Schulen durch die Hochschulen geben soll, um Möglichkeiten aufzuzeigen, welche Studiengänge man einschlagen kann und welche Arbeitsmarktperspektiven sich daraus ergeben. Wir glauben, dass man den Übergang dadurch sehr viel geschmeidiger gestalten könnte. Das wäre dringend erforderlich.

Wir wissen, dass wir mit dem Antrag, der eher weit ausladend ist, noch keine endgültigen Veränderungen hinbekommen können. Was wir uns vorstellen, ist, dass wir eine Debatte, eine sehr breit angelegte Diskussion darüber beginnen können, wohin wir mit dem

Gymnasium wollen, ähnlich wie wir das bei der Hauptschule getan haben. Da haben wir gute Erfahrungen gemacht. Wir freuen uns, dass wir vielleicht in einem mittelfristigen Prozess zu einvernehmlichen Lösungen kommen können.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Henning Höppner.

**Dr. Henning Höppner [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat sich im Frühjahr des letzten Jahres mit der Frage der Einführung des Abiturs nach 12 Schuljahren beschäftigt und den Beschluss gefasst, dem Vorschlag der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur zu folgen, dies an ausgewählten Gymnasien des Landes zu erproben.

Anders als viele junge Menschen, Schülervvertretungen oder auch die jungen Menschen in den Parteiorganisationen, die gern bei 13 Schuljahren bleiben würden, sind sich die Bildungspolitiker in der Bundesrepublik in großer Anzahl darüber einig, dass die Schul- und Studienzeiten in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern zu lang sind und die akademisch ausgebildeten jungen Menschen früher in das Berufsleben starten müssen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

So weit, so gut. So weit - denke ich - auch unsere Übereinstimmungen.

Kollege de Jager, wenn ich allerdings Ihren Antrag lese und ihn bewerte, stelle ich fest, dass ich heute froh darüber bin, dass wir erst einmal in eine Erprobungsphase gehen und uns an dieses Thema heranarbeiten und nicht den von Ihnen beschriebenen Weg einschlagen. Ich muss in Ihrem Antrag nämlich ganz wesentliche Widersprüche feststellen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

vor allem bei der Bestimmung der pädagogischen Inhalte einer notwendigen zukunftsweisenden Gestaltung des Gymnasiums. Das ist doch ein Griff in das Archiv der Schulgeschichte.

Wenn Sie die jetzige Form der **gymnasialen Oberstufe** als nicht bewährt darstellen und den Schulen empfehlen, ein naturwissenschaftliches oder fremdsprachliches Profil aufzubauen, kann ich nur feststellen: Das haben wir schon in den 50er- und den 60er-Jahren mit den drei fachlich ausgerichteten Schwer-

**(Dr. Henning Höppner)**

punkten der in Klassenverbänden organisierten mathematisch-naturwissenschaftlichen, neusprachlichen und altsprachlichen Zweige gehabt. Ich weiß nicht, wer Sie hiervon überzeugen konnte. Es muss aber ein Kollege sein, der geglaubt hat: Früher war alles besser.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Sie treffen in Ihrem Antrag Kernaussagen zum Begriff Bildung, dazu, dass Bildung „zugleich die Bereitschaft lebenslanger Auseinandersetzung mit der Frage nach dem Sinn des Lebens“ - wie es dort heißt - „sowie die Auseinandersetzung mit Beruf, Lebenskreis und Welt“ ist. Was ich vermisse, ist die Darstellung des Erlangens anderer Fähigkeiten bei hochrangig ausgebildeten jungen Menschen, etwa die Förderung von Kreativität, das Erlangen von sozialer Kompetenz und von Teamfähigkeit - was die Wirtschaft fordert -, die Erziehung zur Verantwortung für unsere Gesellschaft und zur Verantwortung für die Erhaltung der Lebensgrundlagen von Menschen, Tieren und Pflanzen und die Erziehung zur Bereitschaft, ein großes kulturelles Erbe in die Zukunft zu tragen. Wir erreichen diese Ziele nicht zwangsläufig, indem wir den Fächerkanon des Gymnasiums erweitern und ein weiteres Abiturprüfungsfach einrichten.

Sie fordern Grundlagenbildung und wollen das durch zusätzliche Prüfungsfächer erreichen, zum Beispiel durch eine weitere Naturwissenschaft. Es wird die jungen Menschen aber nicht studierfähiger machen, wenn sie noch mehr Wissensstoff vermittelt bekommen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wäre schon mal ganz gut!)

Hierbei werfen Sie einen weiteren Widerspruch auf. Sie sprechen sich gegen eine Spezialisierung in der Oberstufe aus, fordern aber eine effektivere Verzahnung von Gymnasien und Hochschulen. „Wie soll das funktionieren?“, fragen wir uns. Die Verzahnung von Universitäten und Hochschulen funktioniert bislang nur über die fachliche Ebene, nicht über vorgreifende wissenschaftspropädeutische Grundsemester.

Sprechen Sie einmal mit Hochschullehrern über die Grundlagen von Abiturienten aus Fachgymnasien, die ohne Berufsausbildung den Fachschwerpunkt Wirtschaft mit den Fächern Wirtschaftslehre und Rechnungswesen gewählt haben. Diese Abiturienten sind, wenn sie ihrem Fachschwerpunkt folgen, auf ein Grundstudium ihres Faches besser vorbereitet als Generalisten.

Die **Verkürzung der gymnasialen Schulzeit** ist auch das Ziel vieler in der Bildungspolitik engagierter Sozialdemokraten.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber - ich wiederhole das - wir werden das Gymnasium auch bei Verkürzung der Schulzeit nicht zukunftsfähiger machen, wenn wir mit relativ antiquierten Erwartungshaltungen und alten Rezepten versuchen, den Lehrstoff zu vermehren und die Zahl der Prüfungsfächer auszuweiten. Wir müssen einen anderen Weg gehen. Lassen Sie uns in Ruhe darüber diskutieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Machen Sie Vorschläge!)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die F.D.P.-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Über das Thema „Weiterentwicklung des Gymnasiums“ nachzudenken, ist wahrhaftig ein lobenswertes Bemühen. Das gilt umso mehr in einer Situation, in der die Landesregierung soeben mit ihrem einzigen konkreten Vorhaben in diesem Bereich, nämlich mit den Modellversuchen zum so genannten Turbo-Abitur, grandios Schiffbruch erlitten hat.

(Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU]: So ist es!)

Wie konnte es denn auch anders sein bei undurchdachten Versuchskonzepten, schlechter Vorbereitung und einer Begleitmusik vonseiten der Ministerpräsidentin, die das „Abitur in 12 Jahren“ im September letzten Jahres auf einer Veranstaltung der IHK und der Unternehmensverbände mit der Bemerkung verband - ich zitiere aus den „Kieler Nachrichten“ vom 22. September vergangenen Jahres -: „Bei der Bildung müssten auch Abstriche einkalkuliert werden“? Mit einem „Abitur light“ wird man Eltern kaum ein Motiv an die Hand geben können, ihre Kinder zu solchen Schulversuchen anzumelden.

Die F.D.P. setzt sich seit langem für eine generelle Einführung des „Turbo-Abiturs“ in den Gymnasien ein,

(Beifall bei der F.D.P.)

allerdings mit einer Reihe von Vorgaben, die die Qualität gymnasialer Bildungsabschlüsse sichern. In frühe-

**(Dr. Ekkehard Klug)**

ren Landtagsdebatten habe ich hierauf bereits im Detail Bezug genommen. Ich will das jetzt nicht wiederholen, übrigens auch deshalb nicht, weil ich sonst in den fünf Minuten Redezeit nichts mehr zu den anderen Punkten des CDU-Antrags sagen könnte.

Die Verbreiterung der **Abiturprüfung** auf fünf Prüfungsfächer ist eine Forderung, die wir Liberale seit langem auf unsere Fahnen geschrieben haben. Sie ist im letzten F.D.P.-Landtagswahlprogramm enthalten. In diesem Punkt also Übereinstimmung, Kollege de Jager! Die Übereinstimmung endet allerdings an diesem Punkt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist eigentlich schade!)

Leider ist der Antrag insgesamt aus meiner Sicht nicht zustimmungsfähig, und zwar deshalb, weil vieles recht vage formuliert ist - um nicht zu sagen, sehr undeutlich - und man manchmal nicht genau weiß, was genau die Union mit ihrem Antrag will. Ich will das an zwei Beispielen deutlich machen.

Erstes Beispiel: Die Kritik an der reformierten Oberstufe. Was will uns der Dichter hier sagen? Soll das Kurssystem abgeschafft und soll der Klassenverband generell wieder eingeführt werden? Falls die Union dies will, dann sollte sie es auch zur Diskussion stellen, sodass wir darüber debattieren können.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

In dieser Diskussion würde ich mich eher kritisch einlassen.

Zweites Beispiel: Der Antrag fordert, dass manche Fächer wie die Naturwissenschaften, die Fremdsprachen und Fächer, die die ökonomische Bildung zum Inhalt haben, verstärkt unterrichtet werden sollen und erweiterte Orientierungshilfen für das Studium gegeben werden sollen. Das soll trotz eines Schuljahres weniger möglich sein? Es stellt sich daher die Frage, was denn wegfallen soll.

(Beifall bei der F.D.P., vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Oder will die CDU an den Gymnasien in Zukunft die 40-Stunden-Unterrichtswoche einführen? Eine allgemeine Floskel wie „Straffung der Bildungsinhalte“ halte ich als Lösungsangebot für das geschilderte Problem für nicht überzeugend.

Ich nenne ein Beispiel dafür, was man konkret machen könnte, um in die sicherlich richtige Richtung, nämlich Stärkung der Naturwissenschaften, zu gehen: In der

**gymnasialen Oberstufe** sollten die jetzt enthaltenen Projektkurse und der so genannte vertiefende Unterricht gestrichen werden. Die dafür bislang vorgesehenen Unterrichtsstunden könnte man für einen verstärkten mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht nutzen. Damit hätte man erreicht, dass mehr mathematisch-naturwissenschaftliche Grundbildung in den Gymnasien vermittelt würde; denn Projektarbeit und Methodenvermittlung, die man mithilfe der beiden abzuschaffenden Kursangebote erlernen kann, gehören in jedes Unterrichtsfach - das ist eine altbekannte Auffassung von uns - und sollten nicht in besonderen Kursen separat unterrichtet werden. Das ist ein konkreter Vorschlag, wie man die Stellung der Naturwissenschaften an den Gymnasien verstärken kann.

Kollege Höppner, daneben halte ich es auch für sinnvoll, in Bezug auf die Naturwissenschaften über Vorschläge nachzudenken, wie sie der Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände kürzlich unterbreitet hat. Er hat gesagt, dass wir an einzelnen Gymnasien mathematisch-naturwissenschaftliche Leistungszentren schaffen sollten. Mit anderen Worten: Es sollen Leuchttürme für die Naturwissenschaften gebildet werden.

Das passt doch genau in unsere Vorstellung, dass die einzelnen Schulen besondere Profile entwickeln sollten. Einige Gymnasien sind im Bereich der Naturwissenschaften und der Mathematik besonders profiliert, während andere Gymnasien besondere Profile für Fremdsprachen entwickeln. Wir haben heute schon in Kiel mit dem Ernst-Barlach-Gymnasium eine Schule, die sich besonders im Bereich der musisch-künstlerischen Fächer profiliert. Das sind doch interessante Ansätze zur Entwicklung von besonderen Profilen innerhalb unseres Schulsystems. Auf diese Weise kann man unter anderem etwas für die Naturwissenschaften tun.

Trotz der Kürze der Zeit konnte ich zwei Beispiele nennen, wie man das in dem CDU-Antrag geforderte Ziel realisieren könnte. Mir fehlen in diesem Antrag allerdings konkrete Punkte. Deshalb schlage ich Überweisung an den Ausschuss und weitere Diskussion dort vor.

(Beifall bei der F.D.P.)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Frau Abgeordnete Angelika Birk.

**Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Fraktion will mit ihrem Antrag die Rückkehr zu

(Angelika Birk)

einer Form des Gymnasiums, wie es die meisten ihrer Abgeordneten als Kinder selbst erlebt haben - das kann ich diesem Antrag entnehmen -; aber die Schulzeit soll um ein Jahr kürzer sein. In meiner Schulzeit wurde die Schule noch „Penne“ genannt. Ich kann nur sagen: Die Penne von gestern vermittelt nicht die Schlüsselqualifikationen, um die Probleme von morgen lösen zu können.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Woher wollen Sie das wissen?)

So viel zur generellen Kritik an Ihrem Antrag!

Herr Klug ist ebenso wie Herr Höppner schon auf das Thema neusprachliche und naturwissenschaftliche Gymnasien eingegangen. Ich kann nur hinzufügen: Die Durchsetzung des neusprachlich oder naturwissenschaftlich orientierten Gymnasiums war im frühen - in manchen Bundesländern erst im späten - 20. Jahrhundert ein Akt der Emanzipation der Lehrergeneration, mindestens der Generation unserer Eltern. Man wollte weg von dem humanistischen, alphilologischen höheren Knabengymnasium des 19. Jahrhunderts.

Heute aber einen solchen Topos zu wählen, bedeutet eine Rückkehr zu einer Weichenstellung, deren Fortschritt lange zurückliegt. Wir brauchen heute die Vielfalt der **Schulprofile** der Gymnasien. Wir brauchen eine lernende Schule, wie sie uns die Lehrerbildungskommission zu Recht als Leitbild empfiehlt. Neben der sprachlichen und naturwissenschaftlichen Ausprägung sind längst weitere Profile entstanden, nicht nur das musische Profil, das ich mir übrigens in Schleswig-Holstein häufiger wünschen würde, sondern auch sportliche, ökonomische und ökologische Profile. Vielleicht werden noch weitere Profile hinzukommen, von denen wir uns heute noch keine Vorstellung machen können.

Ganz bestimmt müssen unsere Schulen internationaler werden. Es ist begrüßenswert, dass immer mehr Gymnasialschülerinnen und -schüler während ihrer Schulzeit einige Monate - manchmal sogar ein ganzes Jahr - im Ausland, vor allen Dingen in den USA, verbringen. Dies sollte für die Politik ein Ansporn sein, den **internationalen Austausch** aller Schulen, insbesondere aber der Gesamtschulen und Gymnasien, zu fördern und - auch dies ist eine Zukunftsvision - mehr Europaschulen zu schaffen. Wir können dies aber nur dann tun, wenn wir eine kürzere Schulzeit einführen. Dazu müssen wir den Lehrstoff gründlich entrümpeln.

Die Tatsache, dass bisher erst zögerlich Modellversuche zum „zwölfjährigen Gymnasium“ in Schleswig-Holstein angenommen wurden, bestärkt uns in der Kritik, Frau Erdsiek-Rave, dass es vielleicht doch nicht richtig war, eine Verdichtung der Lerninhalte in

den Klassen sechs und sieben vorzunehmen. Damit wird die in der Bundesrepublik im Gymnasium eh schon emotional und leistungsmäßig stark belastete Zeit der Orientierungsstufe aus unserer Sicht überfrachtet. Wenn das „zwölfjährige Gymnasium“ ein Erfolg werden soll, dann kann das aus unserer Sicht am ehesten geschehen, wenn die Neuorganisation des **Lehrstoffes** vor allem ab Klasse zehn erfolgt. Nicht umsonst wählen viele Schülerinnen und Schüler ihre Auslandsaufenthalte in Klasse elf. Ich erkenne daran, dass man bei den Eltern und bei den Schülerinnen und Schülern offensichtlich den Eindruck hat, dass hier einerseits Schulstoff und Zeit einzusparen sind und dass man andererseits die eingesparte Zeit im Ausland verbringen kann. Das ist zwar keine Antwort auf Fragen zur Situation an den Schulen, aber diese Entwicklung macht doch nachdenklich.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben noch nicht gesagt, was Sie entrümpeln wollen! Das sind nur Allgemeinplätze!)

Wer die Reform des Gymnasiums will, der muss auch die Gesamtschulen in diesen Prozess mit einbeziehen; denn auch da gibt es bekanntlich eine Oberstufe. Die Gesamtschulen spielten bei der Diskussion um das „zwölfjährige Gymnasium“ bisher keine Rolle. Ich sage salopp dazu: Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Der Antrag der CDU ist aus unserer Sicht nicht abstimmungsreif. Er sollte im Ausschuss beraten werden. Wir sagen sehr deutlich Nein zur Rückkehr zu einer veralteten Form der Oberstufe ohne ein Kurssystem. Wir sagen aber Ja zum Nachdenken darüber, wie man die zwölfjährige Schulzeit so gestalten kann, dass sie für alle Schülerinnen und Schüler ein Erfolg wird und nicht etwa die Schaffung eines Elitegymnasiums zur Folge hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Müder Beifall!)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich Frau Abgeordneter Anke Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende CDU-Antrag ist ausführlicher als der Antrag, den wir vor nicht einmal einem Jahr debattierten. Damals ging es - kurz und gut - um die Einführung des Abiturs nach zwölf Schuljahren. Heute geht es um etwas mehr. Der Landtag soll „Kürzer und besser“ - wie es heißt - eine „Weiterentwicklung des



(Anke Spoorendonk)

Gymnasiums“ beschließen, und zwar so, wie es die CDU gern haben möchte.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch legitim!)

Es würde zu weit führen, auf die Aussagen des Antrages im Einzelnen einzugehen. Ich finde es aber schon interessant, dass gleich im ersten Satz auf die TIMS-Studie verwiesen wird und dass sie als Argument dafür genutzt wird, dass - ich zitiere - „die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre als eine Chance zu neuen inhaltlichen Weichenstellungen für das Gymnasium begriffen werden“ muss.

Aus der Sicht des SSW - ich sagte das bereits bei einem anderen Tagesordnungspunkt - läßt die TIMS-Studie zu ganz anderen Schlussfolgerungen ein. Sie führt unter anderem aus, dass gute Leistungen vor dem Hintergrund ganz unterschiedlicher schulischer Strukturen in Europa betrachtet werden müssen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Die CDU will mit ihrem Antrag die Grundlagenbildung des Gymnasiums stärken. Ich zitiere: „Die frühe fachliche Spezialisierung durch die reformierte Oberstufe seit den 70er-Jahren hat sich nicht bewährt ...“

Die CDU will eine Straffung der Lerninhalte, einen breiteren Pflichtfächerkanon und ein weiteres Abiturprüfungsfach - all dies mit einem Abitur nach zwölf Jahren. Der Antrag gibt aber keine Auskunft darüber, was denn wegfallen soll.

„Insgesamt“ soll der Schleswig-Holsteinische Landtag - so heißt es in dem Antrag weiter - „bei der Definition der Lern- und Bildungsinhalte“ - jetzt kommt es - „ein Ende der Beliebigkeit“ beschließen. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen!

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Frechheit!)

Was heißt das nun? - Anders gesagt: Zu Hause versuchte ich verzweifelt, mir so ein Gymnasium vorzustellen, das mit vielen verschiedenen Fächern, mit vielen Bindungen und Lehrplänen und mit festen **Lerninhalten** diesen Anforderungen gerecht wird. All dies hatten wir schon einmal. Es gab einmal Lehrpläne, die genau festlegten, was unterrichtet werden sollte, welche Themen, welche Werke und welche Reihenfolge bei den Unterrichtsinhalten eingehalten werden sollten. Verglichen mit dänischen Lehrplänen sind die Lehrpläne der Gymnasien auch heute noch eher mit Zwangsjacken zu vergleichen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An meinem alten Arbeitsplatz wurde dies immer wieder hitzig diskutiert.

Was auch diskutiert wurde, war das **Kurssystem** - nicht wegen der frühen Spezialisierung, sondern weil durch das Kurssystem das soziale Lernen in der Oberstufe überhaupt nicht mehr stattfand. Das Kurssystem hat zu einer Individualisierung des Lernens geführt. Anscheinend denkt die CDU nicht daran, an dem Kurssystem zu rütteln.

Der SSW lehnt ein Abitur nach zwölf Jahren weiterhin ab. Das sagte ich schon im Verlauf der letzten Debatte zu diesem Thema. Wir bleiben dabei: Wenn das das Einzige ist, was reformiert werden soll, dann ist das nichts. Die Ableistung des Gymnasiums in acht Jahren ist Schülerinnen und Schülern bereits heute nicht grundsätzlich verwehrt. Auch das habe ich bereits letztes Jahr gesagt. Die **Oberstufenverordnung** sieht für die schnellen Lerner sowohl das Springen von dem zweiten Halbjahr der zehnten Klasse zu dem zweiten Halbjahr der elften Klasse als auch das direkte Springen nach Beendigung des zehnten Schuljahres zum zwölften Schuljahr vor. Auch vorher ist das Überspringen einer Klassenstufe möglich, zum Beispiel von Klassenstufe fünf nach Klassenstufe sieben.

Inhaltlich können wir kein Vorhaben unterstützen, das keine echte Reform des Gymnasiums zur Folge hat. Wenn wir die Schulzeit verkürzen und ansonsten alles beim Alten bleiben soll, dann ist das ganz einfach zu wenig.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher wird auch die vom Ministerium initiierte probeweise Einführung eines „achtjährigen Gymnasiums“ von uns mit großer Skepsis betrachtet. Der SSW ist der Auffassung, dass wir eine grundlegende Reform des Bildungssystems brauchen. Auch das sagte ich bereits hundertmal. Beispielsweise sollten wir uns überlegen, ob es langfristig wirklich sinnvoll und zukunftsfähig ist, weiterhin fünf verschiedene Schularten aufrechtzuerhalten.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir brauchen flexiblere Lösungen als die heutigen, damit das Schulsystem schneller auf Veränderungen reagieren kann. Auch das kann man sehen, wenn man einen Blick über den Tellerrand wagt. Unser Stichwort ist beispielsweise Multimedia. Das erreichen wir nicht, indem wir alte Strukturen zementieren und dies dann als Reform verkaufen.

**(Anke Spoorendonk)**

Wir wollen uns gern an einer Debatte über die Zukunft des Gymnasiums beteiligen und freuen uns auf die Ausschussberatungen.

Schon heute ist das Gymnasium mehr als nur eine Vorbereitung auf das Studium. Europäische Vergleiche - zum Beispiel hinsichtlich der Zulassungskriterien für eine ganze Reihe von Ausbildungsgängen - machen dies auch deutlich. Wer heute Bankkaufmann oder Bankkauffrau werden will, muss das Abitur vorlegen.

(Glocke des Präsidenten)

Wer Krankenschwester werden will, braucht das Abitur als Grundlage. Wenn man also sagt, es fehlen Studierende an den Hochschulen, dann ist das nicht in erster Linie ein Problem der Gymnasien. Es ist in erster Linie ein Problem der Hochschulen, die sich nicht bewegt haben. Es ist ein Problem der schlechten Rahmenbedingungen für Studierende in dieser Gesellschaft.

(Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die Landesregierung erteile ich der Frau Bildungsministerin Erdsiek-Rave das Wort.

**Ute Erdsiek-Rave**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Präambel dieses Antrags - also der Lyrik - möchte ich mich nicht weiter auseinander setzen. Dazu reicht heute auch die Zeit nicht. Ich will in aller Kürze etwas zu den konkreten Forderungen dieses Antrags sagen.

Herr de Jager, diese Forderungen sind - so scheint es mir - nicht nur mit heißer Nadel gestrickt, sie sind auch widersprüchlich und zum Teil geradezu rückschrittlich. Das muss man einfach feststellen. Ansonsten beobachten wir so etwas wie eine Sozialdemokratisierung Ihrer Bildungspolitik. In diesem Bereich haben Sie aber noch nicht so richtig nachgezogen.

(Zurufe von der CDU - Konrad Nabel [SPD]:  
Das kommt auch noch!)

- Das ist so, geben Sie es ruhig zu! Sie reden einmal wieder einer generellen Verkürzung der Schulzeit das Wort und fordern zwölf Jahre bis zum Abitur. Dabei können Sie bisher - mit Ausnahme des Saarlands und Sachsen - auf kein anderes Bundesland verweisen. Auch wenn Sie es nicht gern hören: Im **Saarland** bedeutet dies, dass das freie Wahlrecht der Eltern praktisch ausgehebelt wird. Dort gilt die bindende **Schulartempfehlung**. Dies hätte hier zur Folge, dass

der Bestand der Gymnasien in Schleswig-Holstein infrage gestellt wäre. Wir bräuchten dann vielleicht weniger Gymnasiallehrer; das wäre eine positive Folge.

Die negativste Folge ist eine, die Sie - so glaube ich - überhaupt nicht bedacht haben: Wir können nicht gleichzeitig den Rückgang der Zahl der Studierenden oder der Studierwilligkeit in Deutschland beklagen, uns auf der einen Seite anhören, dass die Wirtschaft sagt, wir bräuchten mehr und qualifiziertere Abschlüsse - auch mehr Abiturienten -, und gleichzeitig durch einen Systemwechsel ein Weniger an qualifizierten Abschlüssen produzieren. Das passt nicht zusammen und es geht auch nicht. Das, was Sie hier wollen, ist kontraproduktiv.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Übrigen würde es auch bei der Zahl der Stunden, die dabei zusammenkommen, wenn Sie bei der vorgeschriebenen Zahl der Unterrichtsstunden bis zum Abitur blieben, bedeuten, dass man mindestens Samstagvormittag nicht Ganztagsunterricht bräuchte. Ich weiß nicht, ob das an unseren Gymnasien so umzusetzen wäre. Unser **Modellversuch** richtet sich an eine Schülergruppe, die wir als schnelle Lerner bezeichnen. Deshalb können wir die Summe der Stunden ein wenig reduzieren.

Ich bin mir übrigens sicher, dass das Interesse an einer Beteiligung im nächsten Jahr weitaus größer sein wird als in diesem Jahr. Eltern und Schulen sind vorsichtig. Ich habe mir aber von meiner Kollegin Schavan in Baden-Württemberg sagen lassen, dass es dort zu Beginn genauso war. Das Interesse hat von Jahr zu Jahr zugenommen. Baden-Württemberg hat exakt 10 % seiner Gymnasien in einem solchen Modellversuch, wie wir ihn auch vorhaben.

Mit 10 Schulen wären wir eigentlich gut davor gewesen. Ich bin sicher, dass dies als Angebot für schnelle Lerner von den Schulen erkannt und auch umgesetzt wird, wenn wir erst einmal eingestiegen sind. Ich gebe in dieser Frage jedenfalls nicht so schnell auf. Warum soll bei uns nicht gehen, was in anderen Bundesländern geht?

Ich komme zu einigen Bemerkungen über die Qualität des Abiturs in Schleswig-Holstein. Auch da sind Sie wirklich ein bisschen auf dem Holzweg. Schon heute steht bei uns das Abitur auf breiterer Grundlage als in den anderen Bundesländern. Im elften und zwölften Jahrgang ist die Belegung von zwei naturwissenschaftlichen Fächern vorgeschrieben. Mit einer weiteren Fremdsprache oder einem weiteren naturwissenschaftlichen Fach - Sie sagen ja nicht, welches Fach -

**(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)**

durchgehend bis zum Abitur würde sich der Pflichtbereich um drei oder zwei Stunden erhöhen oder aber die Einführung ginge zwangsläufig zulasten der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer wie Geschichte, Erdkunde, Wirtschaft und Politik. Ich glaube nicht, dass wir das gemeinsam wollen können.

(Beifall der Abgeordneten Jürgen Weber [SPD] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unsere durchgehenden **Belegverpflichtungen** für Deutsch und Mathematik, eine Fremdsprache, eine Naturwissenschaft und Geschichte würden - gerade in diesen Bereichen - einen Unterrichtsabbau nicht zulassen. Die Frage der zusätzlichen Lernleistungen, die Sie einfordern, ist schon gegeben und kann im nächsten Schuljahr als zusätzliches Element in das Abitur eingebracht werden. Ein fünftes **Abiturprüfungsfach** halte ich für wenig sinnvoll. Sie erliegen immer wieder dem Irrtum, dass eine zusätzliche Prüfung bereits einen echten Lernzuwachs bringt. Das ist einfach nicht der Fall. Lernzuwächse werden allein dadurch sichergestellt, dass man durchgehende Beleg- und Einbringverpflichtungen hat. Das ist das Wichtige. Diese werden von der **Oberstufenverordnung**, die wir im Moment haben, in hohem Maße gewährleistet.

Nun eine Bemerkung zur Beliebigkeit! Frau Spoorendonk, danke, dass Sie dies schon angesprochen haben. Das ist ein herabsetzender Begriff. Ich frage Sie, womit das begründet werden soll. Es gibt keine Beliebigkeit. Wir haben in unseren Lehrplänen einen deutlich am Curriculum orientierten **Kernbestand** von Unterrichtsinhalten, der - zum Leidwesen vieler Lehrer - sehr genaue Vorgaben macht. Die Wissensstandards sind durch die einheitlichen Prüfungsanforderungen, die es auch gibt - das weiß jeder Fachmann - vorgegeben. Ich frage Sie: Wo bitte liegt da die Beliebigkeit? Diesen Beleg müssen Sie bringen. Ansonsten weise ich diese Kritik am gymnasialen Unterricht, die damit verbunden ist, zurück.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Eine zu frühe Spezialisierung auf universitäre Leistungsfächer findet in den Leistungskursen nicht statt. Allerdings sind sie das Übungsfeld für wissenschaftspropädeutisches Arbeiten. Genau das ist auch gewollt. Dies soll die Studierfähigkeit stärken.

Wir geben Ende dieses Monats unsere neuen Oberstufenlehrpläne in die Anhörung. Ich lade Sie ein, sich an der Diskussion darüber zu beteiligen. Ich glaube, Sie werden sehen, dass in den Oberstufenlehrplänen die Anforderungen an Studierfähigkeit deutlich gestie-

gen sind. Insofern gibt es keinen Grund, hier Beliebigkeit zu unterstellen.

Ich fasse zusammen: Kürzer, besser, schneller und mehr! - Ich frage mich, wie dies alles auf einmal gehen soll. Besser kann man immer werden. Kürzer und mehr - das wird, glaube ich, zusammen nicht gehen. Sie müssen sich schon für einen deutlichen und klaren Weg entscheiden. Wir können darüber im Ausschuss gern noch ein bisschen diskutieren. Unsere Auffassungen gehen meines Erachtens aber doch ziemlich auseinander und das ist manchmal auch gut so.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir treten in die Abstimmung ein.

Es ist Ausschussüberweisung beantragt. Wer den Antrag der Fraktion der CDU „Kürzer und besser: Weiterentwicklung des Gymnasiums“, Drucksache 15/813, an den zuständigen Bildungsausschuss überweisen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist es einstimmig so beschlossen. Damit ist der Tagesordnungspunkt 21 erledigt.

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, möchte ich noch darauf hinweisen, dass sich der Sonderausschuss „Fortschreibung des kommunales Verfassungsrechts“ jetzt sofort im Raum 138 zu seiner konstituierenden Sitzung trifft.

Ich wünsche allen einen guten Appetit und ein fröhliches Wiedererscheinen um 15 Uhr.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:03 bis 15:03 Uhr)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße alle Anwesenden

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

und eröffne die Nachmittagssitzung.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 16 aufrufe, begrüße ich unsere Gäste auf der Besuchertribüne. Das sind die Besuchergruppe der Realschule Meldorf

(Beifall)

und die Besuchergruppe der Jürgen-Fuhlendorf-Schule in Bad Bramstedt mit Gastschülern aus St. Petersburg.

**(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)**

- Serdetschnyj pozhalowat' v semli Schleswig-Holstein, dorogie schkolniki iz Sankt-Peterburga!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

**Kraft-Wärme-Kopplung sichern und ausbauen**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/806 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Kockmann-Schadendorf.

**Gudrun Kockmann-Schadendorf [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit unserem Antrag zur Kraft-Wärme-Kopplung leisten wir einen Beitrag zur Erreichung des Klimaschutzziels, wir stärken die innovative Technik und die Wirtschaftskraft in diesem Land.

(Beifall bei der SPD)

Wie wichtig es ist, immer wieder an diese Ziele zu erinnern, erleben wir gerade dieser Tage. Der Kollege Harms hat das vorhin erwähnt. Kein geringerer als der amerikanische Präsident, George W. Bush, hat, und zwar kurz nach seiner Wahl, erklärt, dass er von dem gemeinsam vereinbarten Ziel zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes Abstand nehmen wolle.

Zugunsten kurzfristiger ökonomischer Vorteile soll hier offenbar das Klima unseres Planeten geopfert werden. Ich kann mich den Protesten gegen diesen Verstoß gegen internationale Abmachungen nur anschließen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Klimapolitik lässt sich nun einmal nur global gestalten und umsetzen und da kann die größte Industrienation nicht einfach ausscheren.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Wir wollen lokal unseren Beitrag leisten und unser Antrag ist ein weiterer Baustein dazu. Die Kraft-Wärme-Kopplung ermöglicht eine hoch effiziente Bereitstellung von Strom und Wärme. Sie trägt sowohl zur Schonung der Ressourcen als auch zur Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bei.

Ich darf an dieser Stelle das auf Bundesebene vereinbarte Ziel in Erinnerung rufen. Am 18. Oktober 2000 hatte das Bundeskabinett beschlossen, den Anteil von Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung bis 2010 zu verdoppeln, um so eine **CO<sub>2</sub>-Minderung** von 10 Millionen t bis 2005 und 23 Millionen t bis 2010 zu be-

wirken. Dieser Beitrag zum Klimaschutz ist unverzichtbar.

Auch wirtschaftlich rechnet sich dieser Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung. Nach Berechnungen der Prognos-Studie „Klimaschutz schafft Arbeitsplätze“ bewirkt die Verdopplung der KWK-Quote einen Beschäftigungseffekt von 10.000 Arbeitsplätzen.

Sicherung und Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung sind unverzichtbare Bestandteile einer modernen und am Prinzip der Nachhaltigkeit ausgerichteten Energie- und Umweltpolitik.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Lars Harms [SSW])

Maßgebliche Rahmenbedingungen für die **Klimaschutzpolitik** des Landes werden auf Bundesebene gesetzt. Beispiele dafür sind das Energierecht, das Erneuerbare-Energien-Gesetz, die Förderprogramme für Altbausanierung und erneuerbare Energien, die Energieeinsparverordnung nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz sowie die Energiebesteuerung im Rahmen der ökologischen Steuerreform.

So wird uns auch der frisch von der Bundesregierung zur parlamentarischen Debatte vorgelegte Entwurf der Biomasse-Verordnung ein Stück voranbringen. Durch die Nutzung von Biomasse in **Blockheizkraftwerken** können die Bereiche Wohnen und Arbeiten mit Umweltschutz und Landwirtschaft zu aller Nutzen verbunden werden. Vor Ort konnte ich mich in der letzten Woche überzeugen, wie so etwas in der Realisierung aussehen kann. Das Biomasseheizkraftwerk Domsland, das in Eckernförde mit Holzschnitzelwerk betrieben wird, ist ein Musterbeispiel dafür und zeigt, wie die verschiedenen Bereiche positiv zusammenwirken können.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut! - Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Dies bietet neue Chancen, insbesondere für kleine Energieversorger wie die Stadtwerke vor Ort, die nach wie vor eine wichtige Funktion für die regionale Grundversorgung übernehmen. Diese Funktion wollen wir erhalten und sehen dazu eine **Quotenregelung** für die Kraft-Wärme-Kopplung als sinnvoll und erforderlich an.

Kommt die Kraft-Wärme-Kopplungsquote nicht, werden viele Stadtwerke - derzeit haben wir im Land 41 davon - und kleinere Akteure ihre Anlagen abschalten müssen, selbst solche, die erst vor einigen Jahren in Betrieb genommen worden sind. Zurzeit profitieren diese Stadtwerke von dem **Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz**, das allerdings degressiv gestaltet ist und 2004 auslaufen wird. Ohne eine nachfolgende Quoten-

**(Gudrun Kockmann-Schadendorf)**

regelung wäre bis dahin die kommunale Kraft-Wärme-Kopplung abgeschaltet. Daher sind gerade die Stadtwerke auf eine Nachfolgeregelung angewiesen.

Wir erhalten aus Berlin Signale, dass die Bundesregierung, statt eine Quote zu KWK zu erlassen, mit Verbänden und Gewerkschaften auch über ein auf Freiwilligkeit der Stromindustrie basierendes Modell spricht, das die gleiche Wirkung erzielen soll. Meine Fraktion und ich haben erhebliche Bedenken und Zweifel an der Überprüfbarkeit derartiger Selbstverpflichtungen und wir könnten uns eher ein Bonussystem vorstellen. Dennoch führt aus meiner Sicht zurzeit kein Weg an der Kraft-Wärme-Kopplungsquote vorbei.

(Beifall bei SPD und SSW)

Normalerweise wird bei Kraft-Wärme-Kopplung nur an Blockheizkraftwerke gedacht. Viel wahrscheinlicher aber ist, dass ganz neue Technologien zum Zuge kommen. Kleinen und **dezentralen Energieversorgern**, die untereinander zum virtuellen Kraftwerk verknüpft werden, gehört die Zukunft. Besonders die stationäre Brennstoffzelle bietet interessante Innovationsfelder. Hier ergibt sich ein neues Betätigungsfeld für Stadtwerke auf dem Energiemarkt.

Die Kraft-Wärme-Kopplungsquote ist eine Chance für die Stadtwerke, an der Umsetzung dieser Zukunftstechnologien teilzuhaben und federführend beteiligt zu sein.

Für innovative Energietechnik vor Ort brauchen wir Unternehmen, die Menschen mitnehmen und in die Projekte einbinden.

(Vizepräsident Thomas Stritzl übernimmt den Vorsitz)

Mit unserem Antrag geben wir dieser Idee neuen Schwung.

Lassen Sie uns durch die Stärkung der Kraft-Wärme-Kopplung auch den Stadtwerken die richtigen Zeichen für die Zukunft geben! Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die CDU-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Trutz Graf Kerssenbrock das Wort.

**Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mir, als ich den Antrag auf den Tisch bekommen habe, die Frage gestellt, warum Sie eigentlich einen Antrag

stellen, der mit der Landespolitik und der Gesetzgebungskompetenz des Landes wirklich absolut nichts zu tun hat.

(Renate Gröpel [SPD]: Was sind denn die Stadtwerke?)

Die Lösung beziehungsweise die Beantwortung dieser Frage liegt natürlich auf der Hand: In Berlin macht Ihnen die eigene Bundesregierung Schwierigkeiten, weil man dort gerade dabei ist, sich von der Kraft-Wärme-Kopplungsquote zu verabschieden, und offensichtlich das Kooperationsprinzip - richtigerweise - höher hält. Ich werde darauf noch eingehen.

In Ihrem Antrag dokumentieren Sie das Dilemma selbst, indem Sie sagen, dass in die Kraft-Wärme-Kopplung in den vergangenen Jahren 3 Milliarden DM investiert wurden dank entsprechender Förderung aus öffentlichen Haushalten. Im Grunde hat die **Liberalisierung des Strommarktes** gezeigt, dass die Kraft-Wärme-Kopplung nicht wettbewerbsfähig ist. Genau vor dieser Situation stehen Sie. Darüber sollten wir hier auch einmal sehr sorgfältig reden. Insofern ist es gut, dass wir diese Debatte führen.

Der Notanker, den Sie mit diesem Antrag wie ein bockiges Kind nach dem Motto „Und wir wollen doch die Quote!“ auswerfen, macht natürlich deutlich, dass Sie kein anderes Gegenmittel wissen, wenn der Wettbewerb gute Resultate zeitigt, als Dirigismus. Der Dirigismus ist natürlich ein Markenzeichen Ihrer Energiepolitik, Herr Minister Möller, seit ich diese Energiepolitik begleite. Sie versuchen immer wieder, in das Marktgeschehen mit dirigistischen Mitteln einzugreifen. Es wird hier versucht, die Liberalisierung des Strommarktes mit ihren positiven Folgen für die Kostenstruktur von Unternehmen und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten, Arbeitsplätze zu schaffen, rückgängig zu machen.

Man muss einfach zur Kenntnis nehmen, wie sich die Lage in Berlin tatsächlich verhält. Wirtschaftsminister Müller hat sich ganz klar gegen die Kraft-Wärme-Kopplungsquote ausgesprochen. Ich zitiere jetzt wörtlich eine Meldung aus der „FAZ“ vom 14. März 2001:

„Im Wirtschaftsministerium ist man nach dem bisher letzten Gespräch von Trittin, Müller und dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt,“

- der war immerhin auch eingeschaltet -

„Frank-Walter Steinmeier, mehr denn je zuversichtlich, dass sich damit eine Quote für Strom aus der Kraft-Wärme-Kopplung vermeiden lässt.“

**(Dr. Trutz Graf Kerksenbrock)**

Offensichtlich streben das Bundeskanzleramt und Wirtschaftsminister Müller etwas völlig anderes an als die Landesregierung mit ihrer Bundesratsinitiative. Das macht ihre Außenseiterpolitik in der bundesweiten Energiepolitik sehr deutlich. Insofern wäre es natürlich interessant - der Herr glänzt aber wieder durch Abwesenheit -, einmal die Stellungnahme des Herrn Wirtschaftsministers zu diesen dirigistischen Ansätzen der Mehrheitsfraktionen des Landtages zu erfahren. Wir werden den Wirtschaftsminister dieses Landes aus seiner Verantwortung für eine wettbewerbsorientierte Wirtschaftspolitik nicht entlassen. Diese muss selbstverständlich auch die Energiepolitik einbeziehen und umfassen.

Meine Damen und Herren, auch Sie müssten ja eigentlich die Meldung in den „Lübecker Nachrichten“ vom 24. Februar dieses Jahres gelesen haben. In der war zu lesen, dass nur 10 % der Haushalte in Schleswig-Holstein mit Fernwärme heizen - trotz unglaublicher Förderung aus den öffentlichen Haushalten. Daran wird doch ganz deutlich, welch blasser Illusion man sich hingibt, wenn man glaubt, dass die Fernwärmenetze in kürzester Zeit in Schleswig-Holstein auch nur nennenswert ausgebaut werden könnten. Sie fordern damit vielmehr Investitionen in eine Technik, die eben keine nennenswerte energiepolitische Perspektive hat.

Herr Minister Möller, ich war am 16. Februar bei dem Workshop der Energiestiftung über Kraft-Wärme-Kopplung. Da habe ich Ihren Grußworten gelauscht und dabei festgestellt, dass Ihnen ein bemerkenswerter Irrtum unterlaufen ist. Ihr Irrtum war, dass Sie die Kraft-Wärme-Kopplung offensichtlich für ein marktwirtschaftliches Instrument halten. Da wurde sehr viel über Zertifikatslösungen und ähnliche Dinge geredet. Das sind wirklich marktwirtschaftliche Instrumente, die wir bei der Entschwefelung von Kohlekraftwerken in den 70er- und 80er-Jahren intensiv diskutiert haben. Indem Sie aber die Quote für die Kraft-Wärme-Kopplung als marktwirtschaftliches Instrument verkauft haben, haben Sie ihr schlicht ein falsches Etikett aufgeklebt; die Quote hat mit marktwirtschaftlichen Instrumenten absolut nichts zu tun. Es handelt sich möglicherweise um den Versuch einer Manipulation, wenn man sich als besonders marktwirtschaftsfreundlich gibt, aber tatsächlich das Gegenteil davon will.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Antrag fordert das Zertifikatsmodell!)

Die Quote verfestigt, Herr Kollege Hentschel, eine veraltete und nicht zukunftsfähige Technologiestruktur für viele Jahrzehnte, indem sie eine Förderung für eine ganz bestimmte Struktur weiter aufrechterhält, die schlicht nicht wettbewerbsfähig ist. Der Weg, den Sie

hier anbieten, ist mit Sicherheit der teuerste und ineffizienteste Weg zur **CO<sub>2</sub>-Reduzierung**.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Konrad Nabel [SPD]: So ein Quatsch!)

Daher ist es nicht verwunderlich, dass das Klimaschutzprogramm der großen Energieversorger, das diese vor einigen Wochen in Berlin vorgelegt haben - wir sind, wie ich glaube, sogar gemeinsam dorthin geflogen, als es vorgestellt wurde -, ganz eindeutig zu bevorzugen ist.

(Konrad Nabel [SPD]: Völlig unzureichend!)

Die Energieversorger haben den ganz klaren Vorschlag gemacht, 12 Millionen t CO<sub>2</sub> durch den Bau neuer Anlagen, 5 Millionen t CO<sub>2</sub> durch den Ausbau erneuerbarer Energien, 9 Millionen t CO<sub>2</sub> durch neue KWK-Anlagen - durch neue, die dann wettbewerbsfähig sind, und nicht durch Subventionierung der alten - und

(Lars Harms [SSW]: Es geht ja!)

7 Millionen t CO<sub>2</sub> durch den Einsatz verbesserter Heizungs- und Warmwassertechnik einzusparen. Insgesamt ergibt das eine **Einsparung** von 33 Millionen t CO<sub>2</sub> gegenüber 23 Millionen t, die durch die Quote erreicht werden sollen. Die Aufgabe lautet ja, 170 Millionen t CO<sub>2</sub> einzusparen. Diese Aufgabe ist zu bewältigen, wenn die Kernkraftwerke, die Sie abschalten wollen, mit ihrer sozusagen CO<sub>2</sub>-freien Produktion nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Ersatztechnologien führen nämlich zu einem um 170 Millionen t CO<sub>2</sub> erhöhten Energieausstoß,

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist nicht der Fall! Das stimmt nicht!)

- Doch, das stimmt sehr wohl! Die Zahlen sind seriös.

Nehmen wir noch einmal das Interview von Herrn Müller in der „Berliner Zeitung“ vom 12. März 2001. Ich zitiere wörtlich: „Ich habe aber überhaupt keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass sich die Stromwirtschaft an ihre Zusage halten wird.“

So sprach Minister Müller, der ja etwas davon verstehen muss, weil er aus dieser Branche kommt, und dieser Zusage Glauben schenkt.

In jedem Fall wäre es sehr viel sinnvoller, wenn auch Sie zu einer ernsthaften Modernisierungsstrategie aufrufen und dabei mithelfen würden und nicht einer „Veraltungsstrategie“ verhaftet blieben, indem Sie veraltete Strukturen in Form der Einführung einer Quote weiter subventionieren. Eine Modernisierungsstrategie bringt nur etwas bei noch nicht wettbewerbsfähigen Energien, die aber die Aussicht haben,

**(Dr. Trutz Graf Kerksenbrock)**

einmal wettbewerbsfähig zu werden. Ich nenne als Beispiel Energiewandlungsanlagen oder Brennstoffzellen, über die Sie, Frau Kockmann-Schadendorf, ja auch gesprochen haben.

In Deutschland haben wir ein riesiges Potenzial zur Minderung von CO<sub>2</sub> - technisch gesehen. Gleichwohl steigt gegenwärtig und in den kommenden Jahren der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Deutschland, da Sie aufgrund ideologischer Verbohrtheit an Ihrer falschen Energiepolitik festhalten. Die **KWK-Quote** ist ein untaugliches Instrument und blockiert technische Neuerungen selbst auch im KWK-Bereich. Hier werden noch nicht einmal neue Anlagen gefördert, sondern die alten am Leben erhalten, obwohl sie nicht wettbewerbsfähig sind. Dies führte dazu, dass die Quote der Energieerzeugung von KWK-Anlagen im Rahmen der Liberalisierung des europäischen Strommarktes so dramatisch zurückgegangen ist. Das sollten Sie sich einmal überlegen: Trotzdem wollen Sie eine Quote zur Stabilisierung dieser überholten, nicht wettbewerbsfähigen Strukturen einführen.

Meine Damen und Herren, es kommt darauf an, dass wir in Zukunft marktverträgliche und technologieoffene Instrumente nutzen. Dazu gehören auch Zertifikatslösungen, die noch sehr in den Kinderschuhen stecken und bei denen wir noch lange nicht da sind, wohin wir wollen, aber möglicherweise finden wir gemeinsam einen Weg zur Umsetzung. Dieses Ziel sollten wir uns vielleicht gemeinsam vornehmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort erhält der Fraktionsvorsitzende Karl-Martin Hentschel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kerksenbrock, Sie haben natürlich Recht, wenn Sie sagen, der aktuelle Anlass der Debatte sei, dass die Umsetzung eines Gesetzes zur Regelung der Kraft-Wärme-Kopplung in Berlin ins Stocken geraten ist. Da wir das Bundesland sind, das mit einem Anteil von 20 % am stärksten in der Kraft-Wärme-Kopplung engagiert ist und in dem die Stadt Flensburg mit dem höchsten Anteil europaweit als Vorreiter für diese Technologie gilt, ist dieses Thema landespolitisch von höchster Bedeutung und muss hier unbedingt diskutiert werden.

Kraft-Wärme-Kopplung bedeutet - relativ einfach -, dass die Wärme, die bei der Stromerzeugung ein Ab-

fallprodukt ist, zusätzlich zum Heizen und für Warmwasser genutzt wird. So nutzt man die gesamte Energie des Energieträgers, während in herkömmlichen Kraftwerken die Hälfte - bis zu zwei Dritteln der Energie - als Abwärme „weggeworfen“ wird. Daher ist Kraft-Wärme-Kopplung, Herr Kerksenbrock, schon aufgrund der ihr zugrunde liegenden Technologie keineswegs teurer, sondern günstiger als herkömmliche Anlagen. Angesichts dessen ist es geradezu unsinnig, getrennt Heizungsanlagen, in denen Erdöl, Kohle oder sonstige Brennstoffe verbrannt werden, und Stromkraftwerke zu bauen und von beiden die Abwärme in die Luft zu blasen.

Der Grund dafür, dass der Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung zurückgegangen ist, liegt nicht an mangelnder Effizienz, sondern daran, dass in Zeiten eines Monopolmarktes riesige Überkapazitäten im Strombereich aufgebaut wurden. Diese Überkapazitäten drücken nun auf den Markt. Zudem ist mehr als die Hälfte des Kraftwerkparkes abgeschrieben. Diese Anlagen produzieren nicht mehr zu realen Preisen, in die die Abschreibung eingerechnet wird, sondern kalkulieren auf Grenzkostenbasis. Diese Anlagen wurden den Konzernen praktisch vom Gebührenzahler geschenkt - zwangsweise, weil wir eben ein Monopol gehabt haben.

Mit dem in diesen Anlagen produziertem Strom drücken die Anbieter jetzt auf den Markt und bieten Strom zu **Dumpingpreisen**. Angesichts der Tatsache, dass die Industrie zu Dumpingpreisen von teilweise deutlich weniger als 5 Pf pro kWh anbietet - dafür kann man, wie Sie ganz genau wissen, keine Anlage betreiben -, ist es ganz natürlich, dass die Industrie sagt: Dann bauen wir keine neuen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, dann nutzen wir **Prozesswärme**, die zum Beispiel in der Stahlindustrie zuhauf anfällt, nicht, sondern nehmen den billigen Strom. Das aber ist eine kurzfristige Strategie, die sich relativ bald nicht mehr halten lassen wird.

Jetzt zu den einzelnen Modellen! Die Kraft-Wärme-Kopplung ist neben den regenerativen Energien wie Wind und Biomasse und dem **Energiesparen** durch Niedrigenergiehäuser sowie Passivhäuser die dritte Säule der zukünftigen umweltfreundlichen Energieversorgung in Schleswig-Holstein. Wir gehen davon aus, dass Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung in dem zukünftigen Szenario der regenerativen Energieversorgung mindestens ein Drittel der Stromproduktion Schleswig-Holsteins liefern werden.

Es gibt zwei Modelle, um die Kraft-Wärme-Kopplung zu sichern und auszubauen, die zurzeit in der Diskussion sind. Das eine Modell ist das Zertifikatsmodell; das andere Modell ist das Bonusmodell. Wenn Sie

**(Karl-Martin Hentschel)**

drüben das Institut für Weltwirtschaft fragen, welches der beiden Modelle eher marktkonform ist, dann werden Ihnen alle sagen: Das **Zertifikatsmodell** - das heißt die Quote - ist marktkonform.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Zertifikat ist doch nicht gleich Quote!)

Dieses Konzept wird in sämtlichen Diskussionen von allen Volkswirtschaften gefordert. Wir als Fraktion haben im Herbst ein Hearing abgehalten, bei dem 100 Fachleute vertreten waren. Alle Volkswirte haben eindeutig gesagt: Das ist das zu bevorzugende Modell.

Die Praktiker aus der Energiewirtschaft haben allerdings eine andere Meinung vertreten. Sie haben gesagt: Lasst uns an die guten Erfahrungen des Energieeinspeisegesetzes anknüpfen und wieder ein Bonusmodell realisieren. Dieses Bonusmodell hat den Vorteil, dass die einzelnen Produktionsstätten unterschiedlich bewertet werden können. Zum Beispiel kann man - wie jetzt mit den in Rede stehenden 10 Pf geplant ist - für die Brennstoffzelle Sonderbedingungen schaffen. So, wie dies beim Energieeinspeisegesetz der Fall ist, kann man also unterschiedliche Produktionsarten je nach ihren Gestehungskosten unterschiedlich bewerten. Die Praktiker haben deswegen gesagt: Wir plädieren für ein Bonusmodell, weil dies günstiger ist, weil man damit schneller die Ziele erreicht und weil es sich europaweit bewährt hat.

Überall, wo regenerative Energien durch Bonusmodelle gefördert werden - sowohl bei uns als auch in anderen Ländern -, ist dies ein Erfolg gewesen, während die Zertifikatsmodelle von der Ausgestaltung her noch Probleme bereiten. Allerdings bin ich der Meinung, dass diese Schwierigkeiten überwindbar sind. Ich persönlich bin Anhänger des Zertifikatsmodell, aber für mich ist das nicht entscheidend. Entscheidend ist für mich, dass eine vernünftige Regelung zustande kommt, die den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung in Deutschland sicherstellt und die garantiert, dass die Einsparziele, die sich die Bundesrepublik selber gesetzt hat, erreicht werden.

Wenn Sie, Herr Kerßenbrock, jetzt sagen, unter Rot-Grün steige der CO<sub>2</sub>-Ausstoß, so müssen Sie wissen: Der **CO<sub>2</sub>-Ausstoß** ist in Westdeutschland in den letzten Jahren immer gestiegen. Dass wir in Deutschland einen Rückgang zu verzeichnen gehabt haben, lag einzig und allein am Zusammenbruch der Wirtschaft und am Umbau ineffizienter Anlagen in der ehemaligen DDR. Jetzt sind wir an einem Punkt angekommen, an dem wir, um die Einsparziele zu erreichen, auch Schritte darüber hinaus machen müssen. Dazu werden auf Bundesebene Konzepte erstellt und diese Konzepte müssen umgesetzt werden. Ich plädiere dafür, dass wir als Landtag eine Resolution treffen, in der wir der

Bundesebene ganz deutlich sagen, dass wir das wollen, und in der wir Wirtschaftsminister Müller eindeutig auffordern, seine Blockade aufzugeben.

Sie sind auch noch auf die Frage der künftigen Wirtschaftlichkeit eingegangen. Alle Verfechter der Zertifikatslösung, also der Quote - -

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Nein! Das ist doch nicht das gleiche!)

- Dann kennen Sie das Modell nicht; tut mir Leid.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Zertifikat ist keine Quote!)

Sie kennen das Modell nicht; tut mir Leid. Sie müssen sich erst einmal mit den Grundlagen beschäftigen.

Die jetzige Lösung, die von Umweltminister Trittin verfochten worden ist, ist eine Zertifikatslösung, die eine Quote setzt, für die Zertifikate ausgegeben werden.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.] )

Dies ist die Zertifikatslösung, wie sie in der ganzen Zeit in der Wissenschaft für regenerative Energien diskutiert worden ist. Es ist die Zertifikatslösung, die auch für internationale Zertifikate propagiert worden ist. Man definiert ein Einsparziel, gibt dafür Zertifikate aus und die Zertifikate werden frei auf dem Markt gehandelt. - Das ist die Zertifikatslösung. Dabei wird diesem Zertifikat aufgrund der Strukturen zu Anfang ein Wert zugewiesen. Dieser bedeutet, dass derjenige, der eine Kraft-Wärme-Kopplung hat, auch zusätzliche Einnahmen hat. Man geht davon aus, dass die Zertifikate bei der Marktentwicklung der Energiewirtschaft innerhalb von fünf bis zehn Jahren wertlos sind. Das heißt, dass die Kraft-Wärme-Kopplung innerhalb von fünf bis zehn Jahren günstiger produziert als die herkömmliche Energiewirtschaft.

Der **Monopolvorsprung**, der zurzeit aufgrund abgeschriebener **Kraftwerke** existiert, wird also spätestens in fünf bis zehn Jahren aufgebraucht sein; denn dann müssen die Energiekonzerne neue Kraftwerke bauen. Dann wird die Kraft-Wärme-Kopplung günstiger sein und die Investitionen, die jetzt getätigt werden, werden sich rentieren. Das Ganze ist also, volkswirtschaftlich gesehen, durchaus ein Win-win-Spiel.

Zum Schluss mein Appell: Lassen Sie uns dafür sorgen, dass die Energieeinsparziele erreicht werden, lassen Sie uns die bestehende Infrastruktur der Kraft-Wärme-Kopplung sicherstellen und lassen Sie uns dafür sorgen, dass die Kraft-Wärme-Kopplung ausgebaut wird, insbesondere die Brennstoffzellentechnologie eine Chance erhält!



(Karl-Martin Hentschel)

Wenn wir jetzt den Marktdurchbruch für die **Brennstoffzellentechnologie** erreichen, dann haben wir hierbei in fünf Jahren die gleiche Situation wie heute bei der Windenergie, dass wir nämlich weltweit exportieren. Die USA haben bereits für ein Gigawatt Windkraftwerke in Deutschland und in Dänemark bestellt. Das heißt, Deutschland und Dänemark exportieren „gigawattweise“ Windkraftwerke in die USA. In fünf Jahren, wenn wir die Marktführerschaft für die Brennstoffzellentechnologie besitzen, werden wir diejenigen sein, die die Brennstoffzellen exportieren. Dann reden wir auch nicht mehr über Fernwärme. Dann ist **Fernwärme** nur noch der geringste Anteil an der Kraft-Wärme-Kopplung. Dann reden wir über die Brennstoffzelle im Einfamilienhaus, die sowohl Strom als auch warmes Wasser, als auch die Energie für die Heizung liefert. Wir werden dann also über das Kompaktkraftwerk im eigenen Haus reden, das die Kraft-Wärme-Kopplung der Zukunft darstellt, die mit dieser Technologie und mit diesem Zertifikatsmodell durchgesetzt wird. Sich dafür einzusetzen, lohnt sich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Für die F.D.P.-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan das Wort.

**Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal unter Experten: Graf Kerksenbrock, ich bin äußerst erstaunt, dass Sie erzählen, man habe in den 70er- und 80er-Jahren in der CDU über Zertifikatsmodelle diskutiert. Das ist offensichtlich auf Regierungsebene nicht durchgedrungen. Denn als die F.D.P.-Bundestagsfraktion immer wieder gefordert hat, Zertifikatsmodelle bitte schön gerade auf dem Energiesektor einzuführen, haben wir von Ihrer damaligen Ministerin Merkel eigentlich immer nur lauwarmer Antworten erhalten. Die Bereitschaft, so etwas umzusetzen, war leider nicht vorhanden. Ich stelle nur fest: Die Erkenntnis kommt spät.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Kollege Hentschel, damit wir auf ein und dieselbe Grundlage kommen, empfehle ich Ihnen, im Antrag der F.D.P.-Bundestagsfraktion „Marktwirtschaftliche Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energieträger“ - Bundestagsdrucksache 14/5328 - nachzulesen, was Zertifikatsmodelle sind. Sie haben es grundsätzlich nicht verstanden. Quote und Zertifikatsmodell haben nichts miteinander zu tun!

(Beifall bei der F.D.P.)

Beim **Zertifikatsmodell** geht es nicht um eine Anteilsbeschränkung, sondern um die Festlegung einer Menge. Es geht nicht um die Festschreibung von technischen Lösungen, sondern der Markt bestimmt die technischen Lösungen, die die Zukunft bringt,

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eben!)

ganz im Gegensatz zu Ihrem Verfahren, bei der Kraft-Wärme-Kopplung eine Quote festzuschreiben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Insgesamt müssen wir feststellen: Die rot-grüne Energiepolitik ist gescheitert. Darüber kann auch dieser Antrag nicht hinwegtäuschen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir haben es mehrfach in diesem Hause diskutiert: Auch der Atomkonsens ist keiner. Die Planungen der Kernkraftgegner für Protestdemonstrationen aus Anlass der Castor-Transporte laufen auf Hochtouren. Niemand - ich will ausdrücklich wiederholen: niemand - darf den Kernkraftgegnern ihr in der Verfassung garantiertes Recht auf Demonstrationsfreiheit streitig machen, im Übrigen auch kein grüner Umweltminister. Da sind wir liberale Verfassungspartei. Aber wir wenden uns ganz entschieden gegen Hakenkrallenanschläge auf Bahnstrecken, wie gestern in Frankfurt geschehen und heute im „Hamburger Abendblatt“ zu lesen. Ich bitte Sie: Fangen Sie Ihre grüne Basis wieder ein!

Sie wollen die Menschen für dumm verkaufen, wenn Sie Ihnen weismachen, dass Demonstrationen Teil eines Konsenses seien.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir reden über Kraft-Wärme-Kopplung!)

Der Spagat wird Ihnen nicht gelingen: Proteste und Demonstrationen für die Seele der grünen Basis, Zustimmung zum Energiekonsens in williger Ergebung vor dem großen Koalitionspartner. Doppelzünftig und scheinheilig ist eine solche grüne Politik.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ein ähnliches Spiel, werte Kollegen von der linken Seite, versucht die Regierungskoalition nun mit ihrem Antrag zur Kraft-Wärme-Kopplung. Kraft-Wärme-Kopplung ist für grüne Energiepolitiker - Kollege Hentschel, Sie haben es gerade dargestellt -, was der Museumsbauernhof für grüne Agrarpolitiker ist: die Vision von der autarken Gemeinde, die Vision vom autarken Einfamilienhaus, das Bollwerk gegen liberalisierte Märkte, gegen Globalisierung und gegen die Macht der Großkonzerne. Darum geht es, nicht um CO<sub>2</sub>-Einsparung; das interessiert Sie überhaupt nicht.

**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

Dabei ist die Idee der Kraft-Wärme-Kopplung gut, jedenfalls sofern sich ein Abnehmer für das bei der Stromproduktion anfallende Abfallprodukt Wärme findet. Dann - und nur dann - ist Kraft-Wärme-Kopplung eine gute Methode.

In der Schweiz beispielsweise werden Wärmemengen in der Größenordnung von 250 Gigawattstunden aus den Kernkraftwerken in ein regionales Fernwärmenetz ausgekoppelt. Das ist ein gutes Beispiel für das Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung, auch wenn es vielleicht nicht das ist, was sich Rot-Grün vorstellt.

Auch die thermische **Abfallbehandlung** bietet gute Möglichkeiten für die Kraft-Wärme-Kopplung, auch wenn Sie auf der linken Seite die energetische Bedeutung der thermischen Abfallbehandlung aus ideologischen Gründen immer wieder negieren. Aus Liebe zur Kraft-Wärme-Kopplung wollte der grüne Bundesumweltminister diese mit der Einführung einer Quote fördern.

Die **Quote** ist ein Schutzinstrument. Das ist Protektionismus pur. Die Quote hat nichts mit Marktwirtschaft zu tun.

Der Umweltminister folgt damit der Auffassung der grünen Basis, dass Umweltpolitik nur als Staatsintervention funktionieren kann. Die Quote für die Kraft-Wärme-Kopplung bedeutet, dass Rot-Grün der Kraft-Wärme-Kopplung nicht zutraut, sich einen Markt zu erobern. Dies ist falsch.

Eine Einsparung von 23 Millionen t Kohlendioxid wollte Trittin angeblich mit dieser Quote erreichen. Die Selbstverpflichtung der Industrie ergibt eine Reduzierung von 28 Millionen t, satte 5 Millionen t mehr als mit der Quote.

Wenn denn die Reduzierung des Kohlendioxidausstoßes das Ziel wäre, müssten die Grünen doch jubeln. Das tun sie jedoch nicht. Sie schicken stattdessen Schleswig-Holstein vor, das nun durch diesen Antrag seinen kraftvollen Einfluss auf die Berliner Politik beweisen soll. Dabei hat doch inzwischen jeder gelesen, dass die Sache entschieden ist - gegen die Quote. Ihr Antrag ist somit ein reiner Showantrag, Symbolpolitik, nichts weiter.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Am Rande sei vermerkt, dass der rot-grüne Antrag den Interessen Schleswig-Holsteins völlig widerspricht. Der Atomexperte Dr. Sauer hat in der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“ dargelegt, dass in Schleswig-Holstein 33,7 Milliarden kWh Strom erzeugt, aber nur 13 Milliarden verbraucht würden, neue Anlagen also gar keinen Sinn machten. Doch Rot-Grün in Kiel folgt den Vorschläge von BUND und

Greenpeace unbesehen, ohne zu prüfen, ob deren Sicht für unser Land Sinn macht.

Die F.D.P.-Fraktion im Deutschen Bundestag hat im Februar in einem Antrag eine glaubwürdige kompetente Alternative sowohl zum Energieeinspeisegesetz als auch zur selektiven Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung eingebracht. Der Antrag geht von der Einsicht aus, dass die Erzeugung von Energie für den Strom- und Wärmemarkt auch klimapolitischen Anforderungen verpflichtet ist. Bei der Energiegewinnung muss deshalb die Emission klimaschädlicher Gase in die Erdatmosphäre verringert werden. Diese Vorgabe soll marktwirtschaftlich, systemkonform und unter geringstmöglichem Aufwand realisiert werden. Neben Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur höheren Energieeffizienz wird dieses Ziel auch durch einen verstärkten Einsatz **erneuerbarer** Energieträger unterstützt. Deren verstärkte Nutzung kann den Brennstoffbedarf bei der konventionellen Energieumwandlung reduzieren und so den energetisch bedingten **Schadstoffeintrag** in die Atmosphäre vermindern. Für eine intensivere Nutzung erneuerbarer Energieträger soll deshalb ein klar definiertes **Mengenziel** vorgegeben werden. In diesem Sinne muss die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit erneuerbarer Energieträger durch marktwirtschaftliche Mechanismen sowie durch gezielte Fördermaßnahmen verbessert werden.

Das Konzept besteht aus zwei Komponenten: Zum einen wird an der konventionellen Förderung der Grundlagenforschung festgehalten. Diese Förderung wird ergänzt, indem zum anderen ein marktwirtschaftlich organisiertes Zertifikat im Modell eingerichtet wird, um ausgereifteren Techniken als Alternativen zum überholten Energieeinspeisegesetz eine eigenständige Marktteilnahme zu ermöglichen.

Charakteristisch ist für das Modell, dass staatlicherseits weder bestimmte Energieträger noch einzelne Techniken oder gar Preise vorgeschrieben werden. Es ist nicht Aufgabe der Politik, technische Verfahren vorzuschreiben, sondern Politik soll die Anforderungen hinsichtlich der Effizienz, des Umweltschutzes, von Arbeitsschutzmaßnahmen bestimmen, die bei technischen Verfahren beachtet werden müssen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Energieträger, Techniken und Preise werden nach dem F.D.P.-Modell ausschließlich über Marktprozesse, also dezentral, wettbewerblich und folglich kostenmindernd bestimmt. Daran sollten Sie von der Landesregierung doch auch ein Interesse haben. Schließlich fehlt das Geld an allen Ecken und Enden.

Hervorzuheben ist, dass es sich bei dem F.D.P.-Konzept nicht um ein Quotenmodell handelt. Vorgege-

**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

ben werden soll nicht ein Anteilswert, sondern eine **absolute Menge**. Unser Modell hebt sich vom Kraft-Wärme-Kopplungsausbaugesetz der Grünen nicht nur dadurch ab, dass keine bestimmte Technik der Energieumwandlung selektiv begünstigt wird, sondern es vermeidet auch die Wirkungsbrüche, die immer dann entstehen, wenn politische Zielvorstellungen als Anteilswerte definiert werden.

Wir hätten es sehr begrüßt, werte Kollegen von der grünen Fraktion, wenn Sie die Bundesregierung aufgefordert hätten, die Anmaßung von Wissen, die gerade bei Ihnen sehr häufig zu finden ist, im Bereich der regenerativen Energien zu unterlassen und stattdessen dem Konzept der F.D.P. zu folgen. Bei regenerativen Energien geht es nicht um die einseitige Bedienung grüner Klientel, sondern um Klimaschutz. Das ist ein ernsthaftes Anliegen der Politik.

Herr Energieminister Möller sprach sich noch vor drei Wochen auf einer Veranstaltung im Kieler Yacht-Club für marktwirtschaftliche Instrumente beim Verkauf von Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung aus. Diese hat er dahin gehend interpretiert, dass die **Quotenregelung ein marktwirtschaftliches Instrument** sein sollte. Marktwirtschaftliches Modell verbunden mit Quotenregelung ist Unsinn. Wir alle wissen - ob es die Milchquote oder die Frauenquote ist -: Mit Marktwirtschaft hat dies alles nichts zu tun.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Quotenregelung ist ein weiterer Beitrag der Grünen zur Staatsintervention auf dem Energiesektor. Die Idee, Umweltpolitik mit marktwirtschaftlichen Instrumenten zu machen, ist Ihnen fremd. Umweltminister Müller allerdings scheint dieser Idee nicht ganz abgeneigt zu sein. Er kapituliert - nämlich vor der eigenen Basis. So führt er in einem Artikel der „Wirtschaftswoche“ vom 15. März dieses Jahres zu diesem Thema aus, die Basis sei noch nicht so weit, Umweltpolitik mit marktwirtschaftlichen Mitteln zu machen. Herr Minister, arbeiten Sie daran! Sie haben noch viel zu tun. Ich will Sie aber auch daran erinnern, dass Sie Ihren Amtseid nicht auf die grüne Basis, sondern auf die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes geleistet haben.

Der vor uns liegende Antrag ist für die F.D.P. der falsche Weg. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei der F.D.P.)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für den SSW hat jetzt der Herr Abgeordnete Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Klimaschutzpolitische Beschlüsse und der Ausstieg aus der Atomenergie sind nachhaltige Ziele, die wir uns in diesem Land gesteckt haben. Damit solche Beschlüsse und Vereinbarungen keine Lippenbekenntnisse bleiben, müssen wir viel dafür tun. Dies gilt ganz besonders für den Sektor der regenerativen Energiegewinnung. Leider befinden sich diese Energiegewinnungsformen noch im Anfangsstadium. Dies ist auf bundespolitische Versäumnisse in den letzten vier Jahrzehnten zurückzuführen.

In der Tat ist die **Kraft-Wärme-Kopplung** eine Form der **Energiegewinnung**, die als besonders umweltfreundlich und ressourcenschonend gilt. Die gemeinsame Erzeugung von Wärme und Energie ist effizienter und auch umweltfreundlicher als die separate Produktion von Wärme und Energie. Als zusätzlicher Baustein der Energie- und Umweltpolitik ist der Erhalt und der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung ein erstrebenswertes Ziel.

Der Atomausstieg und die Klimaschutzpolitik werden dazu beitragen, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dies ist das Ergebnis einer Studie des Bundesumweltministeriums, die Anfang März dieses Jahres in Berlin vorgestellt wurde. Diese Studie, die auf der Grundlage der Atomausstiegsvereinbarung vom letzten Jahr und auf den Klimaschutzmaßnahmen basiert, ergibt, dass bis zum Jahr 2005 etwa 155.000 **neue Arbeitsplätze** entstehen und dass bis zum Jahre 2020 mit netto etwa 194.000 neuen Arbeitsplätzen zu rechnen sein wird. Diese Zahlen belegen, wie wertvoll der **Ausbau der erneuerbaren Energien** für die Zukunft ist.

Gerade in diesem Bereich fällt der Kraft-Wärme-Kopplung künftig eine besondere Rolle zu. Die KWK-Anlagen werden künftig nicht nur für unsere Ballungsräume wichtig sein, sondern auch für den ländlichen Raum. Solche Anlagen können dezentral errichtet werden und somit Strom und Wärme in der Region und für die Region umweltfreundlich erzeugen. Die Entscheidung ist daher richtig, die Kraft-Wärme-Kopplung in Zukunft stark zu fördern. So schaffen wir Arbeitsplätze vor Ort in den Regionen, die sich für diese Art der Strom- und Wärmeenergiegewinnung entscheiden. Feste Regelungen zur Absicherung von Kraft-Wärme-Kopplung sind aus technologie-, arbeitsmarkt- und strukturpolitischen Gründen für Schleswig-Holstein positiv zu bewerten.

Dass sich die Kraft-Wärme-Kopplung wesentlich weiter ausbauen lässt und dass man gute Erfahrungen mit dieser Technik gesammelt hat, zeigen uns unter anderem unsere nördlichen Nachbarn. Dort ist der Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromer-

(Lars Harms)

zeugung drei- bis viermal höher als in Deutschland. Um in Deutschland den Anteil der KWK-Anlagen zu sichern und auszubauen, wurde im Bundestag im März des letzten Jahres das Gesetz zum Schutz der Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung verabschiedet. Ziel des Soforthilfeprogramms ist der Schutz der KWK-Anlagen, die durch die Liberalisierung des Strommarktes in ihrer Existenz gefährdet sind. Das Gesetz sieht vor, den Strom aus öffentlichen KWK-Anlagen mit 3 Pf pro Kilowattstunde zu fördern. Diese Förderung sinkt jährlich um ½ Pf und soll bis 2004 gelten. Damit wurde zwar Zeit gewonnen. Doch uns muss klar sein, dass wir für die **Absicherung der Kraft-Wärme-Kopplung ein langfristiges Konzept** benötigen. Es müssen also nach Auslaufen des Soforthilfeprogramms Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, um den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung zu erhöhen.

In diesem Zusammenhang war lange Zeit eine Quotenregelung im Gespräch, die einen fest zu erfüllenden Anteil an Kraft-Wärme-Kopplung gesetzlich festzuschreiben sollte. Dies wäre mit Sicherheit auch mit den Zielen der EU - Wettbewerb und Umweltschutz - vereinbar gewesen. Eine solche Regelung wurde von Umweltminister Trittin bisher immer befürwortet. Bundeswirtschaftsminister Müller scheint jedoch mehr ein Herz für die Stromwirtschaft zu haben, die zum einen eine Selbstverpflichtung eingehen will, in Zukunft den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung an der Gesamtproduktion auszubauen, und die zum anderen staatliche Zulagen wünscht, die die Kraft-Wärme-Kopplung fördern soll. Diese beiden Positionen stehen sich unvereinbar gegenüber. Wenn man den letzten Presseberichten Glauben schenken darf, scheint Herr Trittin wieder einmal einknicken zu wollen.

Der vor uns liegende Antrag von Rot-Grün deckt schonungslos die Differenzen innerhalb der Bundesregierung auf. Beide Vorschläge zielen in die gleiche Richtung, den Kohlendioxidausstoß um 23 Millionen t pro Jahr bis 2010 zu verringern und eine langfristige Regelung für die Kraft-Wärme-Kopplung herbeizuführen. Dorthin sollen aber völlig unterschiedliche Wege beschritten werden.

Auf der einen Seite steht eine gesetzliche Regelung, die für alle Marktteilnehmer bestimmte **Quoten** verbindlich festschreibt, also gleicher Marktzugang im Sinne des geltenden EU-Rechts. Darüber hinaus gilt, dass die Bundesregierung keinen Pfennig hinzubezahlen muss. Der Verbraucher wird im Rahmen einer Mischkalkulation mehr bezahlen müssen, was aber auch ein Anreiz zum Stromsparen wäre. Dies ist meiner Meinung nach die eher marktwirtschaftliche Variante von Herrn Trittin.

Auf der anderen Seite steht eine längerfristige **Selbstverpflichtung der Stromwirtschaft**, möglicherweise auf vertraglicher Basis bei gleichzeitiger Förderung durch den Staat. Dies ist die eher marktwirtschaftsferne Variante der Stromwirtschaft.

Meines Erachtens gibt es mehrere Gründe, die gegen den Aktionsplan der Energiewirtschaft sprechen: Erstens. Für den Verbraucher wird es keinen Anreiz geben, Strom zu sparen, da die Stromwirtschaft keine Mehrkosten haben wird, die sie auf die Verbraucher umlegen muss.

Zweitens. Verträge und Vereinbarungen können ja auch wieder aufgehoben werden und somit die langfristige Sicherheit für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen gefährden.

Drittens. Da Prämien aus Steuermitteln gezahlt werden sollen, ist es zumindest fraglich, ob eine solche Regelung nach EU-Recht überhaupt Bestand hätte.

Vor dem Hintergrund dieser beiden Alternativen fällt die Wahl nicht schwer. Ich hoffe, dass Herr Trittin nicht einknickt. Ich bewerte den Antrag von SPD und Grünen als einen kleinen, aber feinen Beitrag, um dem Umweltminister deutlich zu machen, dass er seine Ursprungspositionen mutig und offensiv weiter vertreten soll.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort für die Landesregierung erteile ich jetzt Energieminister Möller.

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der **Europäische Gerichtshof** hat in der vergangenen Woche in einem bemerkenswerten **Grundsatzurteil** die Auffassung der schleswig-holsteinischen Landesregierung bestätigt, dass das Stromeinspeisegesetz keinen Beihilfetatbestand auslöst. Ich denke, das ist für die Betreiber der Windenergieanlagen in Schleswig-Holstein, aber auch für alle Förderer und Betreiber von Anlagen auf Basis regenerativer Energien ein wichtiges Urteil. Die Rechtsunsicherheit bei der Vergütung hat endlich ein Ende.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es hat sich gelohnt, Graf Kerksenbrock, dass - wie Sie sagen - der Außenseiter, nämlich die Landesregierung, dem Verfahren zwischen e.on und SCHLESWAG als Streithelfer für die SCHLESWAG beigetreten ist und

(Minister Claus Möller)

die Argumente für die erneuerbaren Energien vertreten konnte.

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Graf Kerksenbrock?

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Nein.

(Zuruf von der CDU: Warum denn nicht?)

Ich hoffe sehr, dass e.on auch die jetzt noch vor dem Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfahren endgültig zurückzieht.

Der Europäische Gerichtshof hat in seinem Urteil festgestellt, dass die Nutzung der erneuerbaren Energieträger zu den vorrangigen Zielen der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten gehört.

Ich zitiere:

„Diese Politik bezweckt zugleich den Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren und Pflanzen und hat Vorrang vor marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten.“

Das Urteil des EuGH aus der letzten Woche zeigt, dass eine sachgerecht ausgestaltete gesetzliche Regelung für die Förderung der KWK mit dem europäischen Warenverkehrsrecht genauso vereinbar ist wie das Einspeisegesetz für regenerative Energien.

Nur durch ambitionierten Klimaschutz und durch energiepolitische Maßnahmen von Bund und Ländern besteht die Chance, dass Deutschland insgesamt das **Klimaschutzziel** erreicht, nämlich bis 2005 25 % weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen als 1990. Die Bundesregierung hat dies schon quantifiziert: Der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung bis 2010 soll eine Verminderung um 23 Millionen t CO<sub>2</sub> mit sich bringen.

Wie Sie wissen, fördert die schleswig-holsteinische Landesregierung seit langem erfolgreich den Ausbau der **Kraft-Wärme-Kopplung** in unserem Land, denn die Kraft-Wärme-Kopplung ist eine der wichtigsten **Techniken zur Energieeinsparung**. Mit der Liberalisierung des deutschen Strommarkts droht die Kraft-Wärme-Kopplung zum Opfer eines gezielten Verdrängungswettbewerbs zu werden. Zahlreiche Heizkraftwerke wurden stillgelegt, eingemottet oder drastisch zurückgefahren. Bei Überkapazitäten im deutschen Kraftwerkspark von rund 30 % können es sich die Großkraftwerksbetreiber leisten, elektrische Energie sehr günstig anzubieten und KWK-Anlagen zu verdrängen. Mit dem KWK-Vorschaltgesetz wurde - auch

durch die Steuerbefreiung für die BHKWs im Rahmen der Ökosteuer - das Schlimmste verhindert.

Gegen solche Dumping-Angebote auf der Basis rein variabler Kosten abgeschriebener Kraftwerke, die teilweise Dreckschleudern sind, kann kein neues und modernes Kraftwerk - mit oder ohne Kraft-Wärme-Kopplung - konkurrieren. Deshalb müssen wir im Interesse der Umwelt und des Klimaschutzes gegensteuern. Das hat die EU ausdrücklich bestätigt. Ließen wir diese Entwicklung zu, würden wir uns in die umweltpolitische Ignoranz eines George W. Bush einreihen. Wir wenden uns gegen die kollektive Verdrängung der Auswirkungen, die eine verfehlte Energiepolitik schon heute in Deutschland, in der Welt und vor allem für zukünftige Generationen hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein hat - gemeinsam mit sechs anderen Bundesländern - bereits vor vier Jahren vorgeschlagen, die Kraft-Wärme-Kopplung über eine staatliche Mengenvorgabe, das heißt über ein **marktwirtschaftliches Zertifikatsystem**, auszubauen. Gemeinsam mit Berlin haben wir 1999 einen entsprechenden Vorschlag in den Bundesrat eingebracht. Nach Auffassung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung ist es vernünftig, jene Mengenvorgaben mit Zertifikathandel zu verbinden, weil dieses Modell preiswert, geeignet und technisch umsetzbar ist. Das ist die Meinung der Fachleute.

Die Befürworter des Ausbaus der Kraft-Wärme-Kopplung und die Befürworter einer Quotenregelung im Zertifikathandel finden sich in allen Parteien und Gruppierungen. Ich nenne nur Städtetag, ÖTV, VKU oder den Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau. Die Zustimmung kommt also auch vonseiten der Wirtschaft. Mit Ausnahme Bayerns haben alle Umweltminister - also auch die der CDU - die Kombination von Mengenvorgaben und Zertifikaten grundsätzlich unterstützt. Die großen Verbundunternehmen, die kaum oder zumindest einen unterproportionalen Anteil an Kraft-Wärme-Kopplung haben, wenden sich ausdrücklich und mit Nachdruck gegen diesen Vorschlag.

Die von ihnen angeführte **freiwillige Selbstverpflichtung** ist überhaupt nicht justiziabel. Sie wollen über Steuermittel eine starke zusätzliche Subventionierung. Dieses Modell der großen Energieunternehmen halte ich für völlig indiskutabel. Es ist keine Alternative zu einer Quotenregelung.

(Beifall bei SPD und SSW)

Graf Kerksenbrock, zu unserer gemeinsamen Reise nach Berlin: Ich war eben nicht auf einer Veranstal-

(Minister Claus Möller)

tung dieser Gruppierung, sondern auf der Veranstaltung des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau, von VKU und Deutschem Städtetag. Das Ziel der Großen ist es, ihre Überkapazitäten zu schützen und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung nicht zu fördern.

Wir haben in Schleswig-Holstein mit der freiwilligen Selbstverpflichtung nicht nur gute Erfahrungen. Es war erfreulich, dass wir mit den Stadtwerken und der SCHLESWAG eine Vereinbarung zum kontinuierlichen Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung im BHKW-Bereich hatten. Es waren zwar nur 4 MW pro Jahr, aber die SCHLESWAG hat sich einige Jahre daran gehalten. Mit der Liberalisierung war es damit aber vorbei und die Anlagen sind bis auf 10 % der Leistung zurückgefahren worden. Wenn wir eine Selbstverpflichtung annehmen, dann muss sie - so denke ich - etwas anders aussehen. Deshalb ist das, was Städtetag, VKU, Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau sowie ÖTV unterbreitet haben, vielleicht zielführend, um einen Konsens zu erreichen. Sie sagen: Zurzeit ist keine Mehrheit für Zertifikathandel vorhanden. Daher kann über eine Erweiterung der Bonusregelung nach dem bestehenden Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz etwas erreicht werden.

Ich denke, es sind interessante Vorschläge, wenn die Anlagen - je nach Größe - mit 3 bis 5 Pf gefördert werden sollen und die neue Brennstoffzellentechnologie zum Beispiel anfangs sogar mit 10 Pf gefördert werden soll. Sie wissen, dass wir in Schleswig-Holstein in Bargtheide eines der ersten BHKWs dieser Technologie haben, und ich freue mich, dass die Energiestiftung jetzt zehn zusätzliche Brennstoffzellen für BHKWs fördern will.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Warum könnten wir uns mit einem solchen Vorschlag anfreunden? Er besagt, dass es ein regelmäßiges Monitoring geben muss. Das heißt, die Überprüfung der Erreichung des Klimaschutzziels muss jährlich erfolgen. Wenn dieses Ziel nicht erreicht wird, dann soll ein fertiger Gesetzentwurf mit einer Quotenregelung greifen. Ich denke, das wäre ein mögliches Modell.

Das Modell von Mengenvorgaben und Zertifikaten halte ich nach wie vor - wie auch die Sprecher der Koalitionsfraktionen - für das effektivste und effizienteste Fördermittel, weil mit dem Ausbau dort angefangen wird, wo es am meisten bringt und am wenigsten kostet. Wichtig ist aber nicht so sehr das Instrument, sondern das Ziel des Zubaus der effizienten Kraft-Wärme-Kopplung, um die CO<sub>2</sub>-Minimierung durchzusetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die positiven klimaschutzpolitischen, energiepolitischen, arbeitsmarktpolitischen und technologiepolitischen **Wirkungen von KWK-Anlagen** müssen genutzt werden. Eine Modernisierung des Altbestands - wie die Großkonzerne es wollen - reicht nicht aus. Wenn sich der beschriebene Kompromissvorschlag politisch als konsensfähig erweist, werden wir ihn unterstützen. Die damit verbundene breitere Basis von Mitstreitern kann die entgangenen Vorteile des eigentlich besseren Instruments hoffentlich kompensieren.

Warum sind gerade wir so engagiert für die Kraft-Wärme-Kopplung? - Wir liegen mit einem Anteil der KWK von 20 % doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt, weil wir Gemeinden, Städte und einzelne Betriebe ermuntert haben, hier zu investieren. Wir fühlen uns jetzt auch verpflichtet, diese Technologie nicht nur abzusichern, damit es kein Stranded Investment gibt, sondern aus klimapolitischen Gründen auch auszubauen. Ich bin nach wie vor der Auffassung: Wenn es in Dänemark und in Holland Anteile der Kraft-Wärme-Kopplung von 35 % und 40 % gibt, dann muss es auch möglich sein, den Anteil in Deutschland innerhalb von zehn Jahren von 10 % auf 20 % zu steigern.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Glocke des Präsidenten)

Ich begrüße daher den Antrag der beiden Koalitionsfraktionen, weil er dazu beiträgt, in Berlin möglichst schnell eine vernünftige Lösung zu finden. Am 28. März 2001 findet das wichtige Gespräch aller Akteure in Berlin statt. Einigt man sich auf das Kraft-Wärme-Kopplungsmodell oder - wie zum Beispiel von VKU und Städtetag vorgeschlagen - auf ein vernünftiges Bonusmodell? Ich denke, es ist wichtig, dass heute hier vom Landtag ein Signal ausgeht, dass in jedem Fall eine Einigung zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung kommen muss, und zwar sehr bald. So lange diese Regelung nicht da ist, bin ich der Auffassung, dass die Landesregierung ihre Initiative im Bundesrat zur Quotenregelung nicht zurückziehen sollte. Erst wenn es ein verlässliches Ergebnis gibt, werden wir unsere Initiative zurückziehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Ein geschäftsordnungsmäßiger Hinweis: Die Landesregierung hat die zugeordnete Redezeit um zwei Minuten überzogen. Nach der Geschäftsordnung steht den Fraktionen damit jeweils die Hälfte dieser Über-

**(Vizepräsident Thomas Stritzl)**

ziehungszeit zusätzlich zur Verfügung. Für die SPD spricht jetzt Frau Abgeordnete Kockmann-Schadendorf.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Eine Minute!)

- Nein, die SPD hat noch drei Minuten Restredezeit plus eine Minute, das heißt vier Minuten Redezeit.

(Holger Astrup [SPD]: Wir sind in jeder Hinsicht sparsam!)

**Gudrun Kockmann-Schadendorf [SPD]:**

Man muss sich immer etwas aufsparen. Man weiß ja nie, was kommt.

Kollege Kerssenbrock, als bockiges Kind wollte ich mich doch noch einmal zu Wort melden. Ich weiß nicht, ob Sie vorhin mich persönlich oder meine Fraktion meinten; ich stehe aber gern für das gerade, wobei es dabei ging. Ich habe den Eindruck - Sie mögen mich, da Sie auch noch eine Minute Redezeit haben, gegebenenfalls davon überzeugen, dass ich das falsch sehe -, entweder Sie haben mir nicht zugehört oder Ihre Rede war vorher fertig und Sie waren nicht schnell genug, um sie nach meinen Ausführungen zu ändern. Ich habe darauf hingewiesen, dass die Gesetzgebung auf **Bundesebene** erfolgt. Ich habe auch darauf hingewiesen, dass auf Bundesebene andere **Modelle** diskutiert werden. Ich habe auch gesagt: Wenn es etwas gibt, was genauso nachhaltig und effizient ist und nicht an Freiwilligkeit gebunden ist, sollte man durchaus in der Lage sein, darüber nachzudenken, ob man solch ein Modell mittragen kann.

Graf Kerssenbrock, gestatten Sie mir noch eine Anmerkung. In Ihren Beiträgen zur Energiepolitik landen Sie fast jedes Mal bei Ihrem Hohelied auf die Kernenergie.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist mir auch schon aufgefallen!)

Ich hoffe, dass Sie irgendwann einsehen, dass dies ein **Auslaufmodell** ist. Ich hoffe, dass Sie umdenken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich sehe, Sie schreiben etwas auf. Ich bin gespannt, was Sie dazu sagen werden. Es wäre schön, wenn wir gemeinsam an einer Energiepolitik für Schleswig-Holstein arbeiten könnten, die zukunftsweisend ist. Von daher hoffe ich, dass Sie in Ihrer Fraktion noch einmal in sich gehen und gemeinschaftlich mit uns an einer solchen Energiepolitik arbeiten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Dr. Trutz Graf Kerssenbrock.

**Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU]:**

Frau Kollegin, Sie haben gehofft, dass ich in mich gegangen sei. Ich will Ihnen jetzt ganz kurz das Ergebnis des In-mich-Gehens mitteilen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie haben nichts gefunden - oder was? - Heiterkeit)

Wissen Sie, was möglicherweise ein Auslaufmodell ist? - Die Kollegin Happach-Kasan hat schon darauf hingewiesen. Ein **Auslaufmodell** ist möglicherweise die Ausstiegsvereinbarung vom Juni letzten Jahres, die gerade von den Kräften in Ihrer Koalition eventuell gar nicht ernsthaft eingehalten wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie haben ganz deutlich gemacht, wozu die heutige Debatte über den Antrag, die eine ganze Stunde dauert, eigentlich dienen soll. Sie soll zum Aufbau eines Drohpotenzials gegenüber den Stromerzeugern dienen. Wir als Landtag werden hier instrumentalisiert. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nein, als Drohpotenzial taugt ein Parlament nicht, wie ich finde, auch nicht von der Selbstachtung her, Herr Kollege Hentschel. Dieser Meinung bin ich allen Ernstes.

Lassen Sie mich noch ein Wort an die Adresse von Herrn Minister Möller sagen. Sie freuen sich über das EuGH-Urteil zu früh, Herr Minister. Sie sollten es genau lesen. Es ist ausdrücklich auf die gegenwärtige energiepolitische Landschaft in Europa bezogen. Es ist auf die fehlende Liberalisierung in Frankreich bezogen. Darin liegt das Problem. Gerade deshalb ist das noch einmal durchgegangen. Ob das weiterhin so durchgehen wird, ist höchst zweifelhaft.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das Grundproblem, vor dem Sie energiepolitisch, aber auch wirtschaftspolitisch stehen, ist das Folgende. Es ist übrigens erfreulich, dass der Herr Wirtschaftsminister jetzt doch anwesend ist und möglicherweise aufnimmt, wie viel Dirigismus seine ihn tragende Fraktion hier weiterhin predigt. Das Grundproblem ist, dass Sie sich bei der Entscheidung zwischen **Kooperation** und staatlichem Zwang im Zweifel leider in der Regel für **staatlichen Zwang** statt für Kooperation entscheiden. Diesbezüglich sind wir diametral anderer Auffassung.

**(Dr. Trutz Graf Kerksenbrock)**

In der Umweltpolitik hat sich mehrfach gezeigt, dass Kooperation sehr viel sinnvoller ist, beispielsweise im Abfallbereich und ebenso im Entschwefelungsbereich im Zusammenhang mit dem Bundesimmissionschutzgesetz. Es hat in den §§ 5 ff. des Bundesimmissionsschutzgesetzes damals einzelne Elemente gegeben, die durchaus eine so genannte Blasen- oder Bubble-Lösung nach amerikanischem Vorbild beinhalten. Solche Elemente sind also vorhanden und im Übrigen von der Bundesregierung, die wir gemeinsam getragen haben, Frau Happach-Kasan, eingeführt worden.

Ein letzter Punkt. Es ist geradezu Traamtänzerie, Herr Minister Möller, wenn Sie glauben, dass der Fernwärmeanteil von 10 % in Schleswig-Holstein bei der gegenwärtigen Struktur - 10 % der Haushalte werden gegenwärtig mit **Fernwärme** versorgt - durch Bezuschussung von noch mehr Kraft-Wärme-Kopplung oder durch eine Erhöhung der Quote deutlich und substanzial erhöht werden könnte. Es ist eine veraltete Energieversorgungsstruktur, eine veraltete Technologie, in die Sie investieren wollen. Ihnen fehlt in diesem Bereich die Bereitschaft zur Technologieoffenheit.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Dr. Christel Happach-Kasan.

**Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Kockmann-Schadendorf, ich finde es höchst merkwürdig, dass Sie in dieser Debatte, in der es um wesentliche energiepolitische Fragen geht, Graf Kerksenbrock vorwerfen, dass er das Thema Kernkraft anspricht. Ich finde, das war vollkommen in Ordnung. Ich habe es selbstverständlich auch getan.

Als es um den Natur- und Umweltschutz, der bei der Planung und Errichtung von Offshore-Windkraftanlagen zu beachten ist, ging, haben Sie eine Rede allein gegen die Kernenergie gehalten, obwohl es doch eigentlich Ihr Thema gewesen wäre, für Offshore-Windkraftanlagen zu sprechen, also darüber zu reden, wie wir schnellstmöglich herausfinden, welche Natur- und Umweltschutzaufgaben beachtet werden müssen. Es ist sehr deutlich, dass Sie auf das Thema Kernenergie fixiert sind, statt die **Energieerzeugung** in den gesamten **umweltpolitischen Kontext** zu stellen und - insgesamt gesehen - bei der Energiepolitik darauf zu achten, dass wir eine Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zum Beispiel durch Kernkraft, zum Beispiel durch Windkraft erreichen, wenn es denn umweltverträglich möglich ist.

Mir ist völlig unverständlich, warum Sie mit diesem Einwurf gegen die Rede von Graf Kerksenbrock noch einmal an das Rednerpult getreten sind. Mit Ihrem Beitrag wollten Sie wahrscheinlich nur überdecken, dass Ihre energiepolitischen Vorstellungen von Ordnungsrecht und Dirigismus geprägt sind und Sie sonst praktisch nichts im Kopf haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Auch die Rede des Ministers kann doch nicht verschleiern, dass die tatsächliche Funktionsweise von Zertifikatmodellen von Ihnen nicht erkannt und auch nicht begriffen wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Angesichts der Erfahrungen in den USA, die man durchaus einmal beherzigen sollte, würde ich mir wünschen, dass Sie sich mit dem Thema etwas besser auseinander setzen, sodass wir hier auch im Landtag kompetente Gesprächspartner haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Konrad Nabel das Wort.

**Konrad Nabel [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann es schon bald nicht mehr ertragen, wie, ausgehend von einer selbst gesetzten Definition von „modern“, der Kollege Kerksenbrock hier von veralteten **Technologien** spricht. Es ist unglaublich: Ihre Definition von Modernität ist wahrscheinlich aus dem vorletzten Jahrhundert und ähnlich leer wie das, worauf Sie gestoßen sind, als Sie vorhin in sich etwas zu finden versucht haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber er hat eben die modernere Jacke an! - Heiterkeit)

- Ein wirklich wegweisender Beitrag des Kollegen Kubicki!

Die Definitionsmacht hinsichtlich dessen, was denn nun modern oder nicht modern ist, ist auf jeden Fall nicht aus der von Ihnen vertretenen Energiepolitik herleitbar, Graf Kerksenbrock.

(Beifall beim SSW)

Es kann doch nur darum gehen, dass wir heute Technologien entwickeln und fördern, mit denen unsere Enkel, unsere Urenkel und weitere Generationen vernünftig und nachhaltig leben können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)



(Konrad Nabel)

Das ist für mich und - wie ich denke - auch für einen großen Teil der SPD-Fraktion das, was wir heute als modern zu bezeichnen haben. Wenn Sie die Brennstoffzellentechnik, die beispielsweise in einem Blockheizkraftwerk in Bargtheide eingesetzt worden ist, um Strom und Wärme zu erzeugen, als veraltet darstellen, weiß ich nicht, woher Sie Ihre Informationen nehmen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir treten dann in die Abstimmung ein. Habe ich es richtig verstanden, dass Ausschussüberweisung beantragt wird?

(Konrad Nabel [SPD]: Nein! - Weitere Zurufe von der SPD: In der Sache abstimmen!)

- Es ist keine Ausschussüberweisung, sondern Abstimmung in der Sache beantragt. Wer dem Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/806 (neu), seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! -

(Zuruf von der SPD: Gegen die Zukunft!)

Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag, Drucksache 15/806 (neu), mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen. Damit ist der Tagesordnungspunkt 16 erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Förderung des Ehrenamtes**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/778

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. - Dann eröffne ich die Aussprache.

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Rainer Wiegard das Wort.

Ich weise darauf hin, dass der Positionswechsel hier in den Landtagsreihen etwas ruhiger vonstatten gehen soll, damit die Plenardebatte geordnet weitergehen kann.

**Rainer Wiegard [CDU]:**

Herr Präsident! Meine liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht haben Sie sich noch ein bisschen Energie bewahrt, damit wir bei der nun anstehenden Frage die Kräfte koppeln und ein bisschen Wärme für das Ehrenamt entwickeln können.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Unruhe)

Wenn wir über die Förderung des Ehrenamtes und ehrenamtliche Mitarbeit reden - -

(Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Thomas Stritzl:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns im Internationalen Jahr des Ehrenamtes. Ich bitte daher um etwas mehr Aufmerksamkeit.

**Rainer Wiegard [CDU]:**

Danke, Herr Präsident! - Ich wollte gerade mein Bedauern darüber ausdrücken, dass der zuständige Minister der Freiwilligen leider nicht da ist. Ich werde die Gelegenheit nutzen, mit ihm diesen Sachverhalt außerhalb des Plenums zu erörtern.

Wenn wir über die Förderung ehrenamtlicher Mitarbeit reden, steht das, was wir auf der Tagesordnung haben, sicherlich nicht im Mittelpunkt der Beratung. Deshalb möchte ich drei Bemerkungen vorweg machen.

Wir sind uns erstens, glaube ich, einig darin, dass wir mehr Menschen bewegen wollen und bewegen müssen, sich selbst, ihre Fähigkeiten und insbesondere das Wichtigste und Kostbarste, was sie haben, nämlich ihre Zeit, in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Das steht am Anfang. Ich glaube, dass manche Entwicklung seit den 80er-Jahren, immer mehr **ehrenamtliche Aufgaben in hauptamtliche Tätigkeiten** umzuwandeln, von vielen inzwischen als ein falscher Weg erkannt worden ist.

Zweiter Punkt. Wir sind uns auch einig darin, dass **ehrenamtliche Tätigkeit** zunächst **unentgeltlich** ist - Aufwandsentschädigungen sind etwas anderes - und dass das Entgelt für nebenberufliche Tätigkeiten als Betreuer oder Ausbilder in Sportvereinen, karikativen Organisationen im Wesentlichen, wenn es denn dafür überhaupt ein Entgelt gibt, deutlich unterhalb des professionellen Niveaus liegen sollte.

Wir sind uns drittens einig, dass wir gewaltig daran arbeiten müssen, dem Ehrenamt wieder zu dem zu verhelfen, was in dem Namen steckt, nämlich zu einem bisschen mehr Ehre,

(Beifall im ganzen Haus)

dass es nämlich für jene, die ein **Ehrenamt** ausüben, wirklich eine **Ehre** bedeutet und dass die anderen, für die diese Arbeit geleistet wird, stolz darauf sein können und dürfen, dass dies geschieht. Das sage ich im Hinblick auf so manche verkorkste Debatte über den

**(Rainer Wiegard)**

Patriotismus, die im Augenblick in unserem Land stattfindet.

Ich komme nun zu dem Nebensächlichen. Wir wissen aus dem täglichen Leben, dass viele Nebensächlichkeiten häufig Stolpersteine auf dem Weg sind, die Hauptsache zu befördern. Das ist in diesem Fall auch so. Das **deutsche Steuerrecht** gehört zu den kompliziertesten Steuerrechten, die wir in den Staaten dieser Welt haben. Wir haben es nun mit dem kuriosen Zustand zu tun, dass zwar - um ein Beispiel herauszugreifen - eine geringfügige Beschäftigung, die im eigenen Interesse wahrgenommen wird, bis zu 630 DM von der Lohnsteuer befreit ist, eine ehrenamtliche Tätigkeit allerdings, die im Interesse der Allgemeinheit wahrgenommen wird - beispielsweise als Gemeindevertreter oder Stadtverordneter - schon ab 175 DM im Monat mit Einkommensteuer belegt ist und nebenberufliche Tätigkeiten wie beispielsweise als Ausbilder oder als Übungsleiter ab 300 DM steuerpflichtig sind.

Das ist eine Ungerechtigkeit, die an diesem Beispiel deutlich wird. Die Krönung dieser **Ungerechtigkeit**, dieses Kuriosums ist: Wenn man beides tut - auch dafür gibt es eine Reihe von Beispielen -, wenn man nämlich erstens eine geringfügige Beschäftigung ausübt, die steuerfrei ist, und sich anschließend entscheidet, ein Ehrenamt wahrzunehmen, und die Aufwandsentschädigung für dieses Ehrenamt zur Steuerpflicht wird, dann wird - und das ist das besondere Vergnügen - die steuerfreie Erstbeschäftigung steuerpflichtig. Ich glaube, daraus können wir auch noch einen vergnügungssteuerpflichtigen Tatbestand entwickeln.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Wir sollten gemeinsam im Sinn unseres Antrages daran arbeiten, dass diese Ungerechtigkeit beseitigt wird und ehrenamtliche Tätigkeiten wie nebenberufliche Tätigkeiten, die dem Gemeinwohl dienen, bis zur Höhe von 630 DM steuerbefreit werden.

Ich weiß, dass das Steuerrecht in Deutschland - das habe ich eben bereits gesagt - ein kompliziertes Recht ist. Sollte es noch Beratungsbedarf geben, bin ich gern bereit, dies im Ausschuss zu beraten. Ich habe aber die herzliche Bitte an Sie, Herr Minister Möller, der Sie an dem Verfahren der Verhandlungen mit den anderen Bundesländern über beide sehr unterschiedliche Sachverhalte beteiligt sind: Wir sollten uns die Peinlichkeit ersparen, im Dezember hier noch einmal abschließend in diesem Jahr der Freiwilligen zusammenzukommen, um alle noch einmal zu betonen, wie wichtig das Ehrenamt für unseren Staat und diese Gesellschaft ist, und gleichzeitig festzustellen, dass es uns in 52 Wochen nicht gelungen ist, diese nebensächliche, aber

bedeutende Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen. Daher bitte ich Sie herzlich um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Fuß.

**Wolfgang Fuß [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich am Anfang für meine Fraktion feststellen, dass wir dem Kollegen Wiegard und seiner Fraktion für diese Initiative ausdrücklich danken.

(Beifall bei der CDU)

Er hat richtig festgestellt: Wenn wir uns gemeinsam über das Ehrenamt unterhalten, dann ist dies eine gemeinsame Aufgabe und sollte nicht der gegenseitigen parteipolitischen Profilierung dienen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Im Grundsatz heißt das, es kann nie falsch sein, wenn wir uns gemeinsam darüber Gedanken machen, wie die **Bedingungen ehrenamtlicher Tätigkeiten** verbessert werden können. Allerdings ist eine umfassende Diskussion notwendig, weil die Grundlagen ehrenamtlicher Arbeit höchst unterschiedlich sind.

Ich will nur einige Beispiele nennen. Wenn im sozialen Bereich ein dreiköpfiger Vorstand aus Ehrenamtlichen einen Haushalt von deutlich zweistelliger Millionengröße ehrenamtlich verwaltet und an diesem Haushalt etliche Arbeitsplätze hängen, dann ist dies ein Bereich ehrenamtlicher Tätigkeit, der sich von dem der Feuerwehr, des Sports oder der Kommunalpolitik bis hin zu Einzeltätigkeiten unterscheidet. Dies macht meines Erachtens eine umfassende Betrachtungsweise notwendig.

Wir sollten dabei jedoch nicht vergessen, dass wir als Allgemeinheit - der Staat - am Einsatz der Ehrenamtlichen sehr wohl auch sparen. Denn wenn Ehrenamtliche diese Aufgaben nicht übernehmen würden, wären insgesamt erhebliche andere finanzielle Leistungen des Staates erforderlich.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Es wäre also sehr wünschenswert, wenn wir Lösungen finden könnten. Denn es geht nicht an, wenn wir sonntags dazu aufrufen, **ehrenamtliches Engagement** auszuüben, und montags das gleiche Ehrenamt der **Steuer** unterwerfen. Das halten wir gemeinsam auf die Dauer nicht aus. Allerdings muss man dies im Einzelfall untersuchen und im Einzelnen prüfen.

**(Wolfgang Fuß)**

Was nach meinem Dafürhalten ebenfalls nicht angehen kann, ist, dass Menschen durch die Zusammenlegung ihrer Einkommen mit zusätzlichen ehrenamtlichen Aufwandsentschädigungen - ich denke beispielsweise an Bürgermeister kleiner Gemeinden - in die steuerliche Progression geraten, sodass am Ende eine Benachteiligung aus ehrenamtlicher Tätigkeit erfolgt. Darüber müssen wir nachdenken. Wir müssen allerdings auch darüber nachdenken, welche finanziellen Auswirkungen das, was wir als Zielsetzung haben, für die Allgemeinheit hat.

Wir dürfen nämlich nicht in eine Situation hineinkommen, in der wir ehrenamtliches Engagement steuerfrei stellen und nicht berücksichtigen, dass dies vielleicht für die Einrichtungen, für die diese Ehrenamtler tätig sind, zu Zuschusskürzungen führen könnte.

Ich will damit nicht sagen, Rainer Wiegard, dass wir nicht in die gleiche Richtung marschieren. Ich will sagen, dass wir dies sorgfältig prüfen sollten. Daher plädiere ich für Überweisung an den Finanzausschuss und sage für uns ausdrücklich zu, dass wir gemeinsam an einer Zielsetzung arbeiten.

Mir fällt ein Beispiel dazu ein: Wir könnten gemeinsam darüber nachdenken, ob für ehrenamtliche Tätigkeit eine **Pauschalbesteuerung** möglich ist, darüber, ob dies ein Weg ist, den man gehen könnte. Ich fordere uns alle auf, im Sinne der ehrenamtlich Tätigen in diesem Land konstruktiv und schnell an die Beratung zu gehen.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hildebrand.

**Günther Hildebrand [F.D.P.]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst eines vorweg: Wir unterstützen den CDU-Antrag ohne Vorbehalt

(Beifall des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

und das aus gutem Grund. Ehrenamtlich Tätige - das ist eben schon angeklungen - sind eine tragende Säule unserer Gesellschaft.

Bereits in den letzten Jahren warnten wir bei den Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern vor einem Kahlschlag, der durch die seinerzeit neue Regelung vorprogrammiert war. Es hat sich gezeigt, dass der seinerzeitige Kompromiss, einen Steuerfreibetrag von 3.600 DM einzuführen, letztlich ein fauler Kompromiss war. Der Betrag reicht häufig schlicht nicht aus.

Bei der jetzigen Regelung gibt es folgende gravierende Probleme.

Erstens den extrem hohen Verwaltungsaufwand. Die vielen An-, Ab- und Ummeldungen sind zum Beispiel von einem ehrenamtlichen Sportvereinsvorstand nicht mehr zu leisten - sowohl vom Aufwand wie auch von der erforderlichen fachlichen Qualifikation her nicht.

Zweitens. Die ehrenamtlich Tätigen, die ein normales Beschäftigungsverhältnis ausüben, werden am meisten bestraft, denn sie benötigen für den 300 DM im Monat überschreitenden Betrag eine zweite Lohnsteuerkarte mit der Lohnsteuerklasse VI, wie es üblich ist. Oder der Verein müsste zu den 10-prozentigen pauschalen Krankenkassenbeiträgen, den 12-prozentigen Rentenversicherungsbeiträgen auch noch zusätzlich 22 % pauschale Lohnsteuer aus seinem Beitragsaufkommen abführen. Das macht, wenn man die Beiträge zur Berufsgenossenschaft noch hinzu nimmt, eine Belastung von zirka 50 % auf die Beträge aus, die die Ehrenamtlichen für ihr Engagement erhalten. Ich bin der Meinung, das ist so nicht zu akzeptieren.

Was helfen da zum Beispiel die Reden unserer Frau Ministerpräsidentin im Rahmen ihrer Regierungserklärung, dass sie sich eine Gesellschaft wünsche, in der das Ehrenamt gestärkt werden müsse,

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

in der Bürgerinnen und Bürger nicht immer gleich für jeden Handstreich die Hand aufhielten?

Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler sind keine Raffkes. Im Gegenteil: Hielten sie für jeden Handstreich die Hand auf, käme man sicherlich in vielen Fällen mit 630 DM im Monat nicht aus.

(Holger Astrup [SPD]: Das stimmt!)

Insofern ist eine **steuerfreie Aufwandsentschädigung** für diese Menschen und ihre Familien angemessen und nur ein kleiner Dank vom Rest der Gesellschaft.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich will Ihnen anhand des TSV Ellerbek aus meiner Heimatgemeinde aufzeigen, was die jetzige Regelung für diesen Verein bedeutet. Der Verein hat zirka 2.000 Mitglieder. Für die in diesem Verein ehrenamtlich tätigen Übungsleiter muss der Verein nun 5.000 DM an Sozialversicherung abführen, zusätzlich pauschale Lohnsteuer. Da - wie ich es schon sagte - die Abwicklung dieser Zahlungen von den Ehrenamtlern im Verein nicht selbst geleistet werden kann, muss ein

**(Günther Hildebrand)**

Steuerberater beauftragt werden, der den Verein zusätzlich 8.000 bis 10.000 DM im Jahr kostet.

(Holger Astrup [SPD]: Was habt ihr für einen Steuerberater?)

Das bedeutet, dass pro Mitglied bis zu 10 DM Kosten entstehen. Rechne ich das auf knapp 900.000 organisierte Sportlerinnen und Sportler in Schleswig-Holstein hoch, ergibt sich ein Betrag von bis zu 10 Millionen DM, der den Sportvereinen in Schleswig-Holstein durch diese Regelung pro Jahr praktisch abhanden kommt.

(Holger Astrup [SPD]: Das sieht die Steuerkasse anders!)

Meine Damen und Herren der Koalition, sollte bei Ihnen wirklich der Wille zur Stärkung des Ehrenamts vorhanden sein, ist eine Änderung dieser Politik notwendig. Sie appellieren in Erklärungen und Sonntagsreden flammend, sich mehr für das Ehrenamt zu engagieren, obwohl genau das behindert wird.

Nun noch etwas: Sie tun häufig so, als wollten Sie sich bei der Bekämpfung rechtsradikaler Tendenzen vor allen Dingen im jugendlichen Bereich besonders hervortun. Auch in diesem Bereich leisten Vereine und Verbände durch ihr ehrenamtliches Engagement hervorragende Arbeit.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Streetworker und Bewährungshelfer sind im Übrigen um einiges teurer als Prävention - Entschuldigung -, Prävention durch ehrenamtlich Tätige.

(Holger Astrup [SPD]: Sag doch „Vorbeugung“!)

- Auch gut! Demnächst sage ich dann immer „Vorbeugung“. Vielen Dank für den Hinweis.

Zum zweiten Teil des CDU-Antrags kann ich nur Folgendes feststellen. Bei der Finanzausstattung, die die Landesregierung den Kommunen noch zubilligt, grenzt es ohnehin schon an Masochismus, sich in der Gemeinde oder Stadt kommunalpolitisch zu engagieren.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Insofern ist die Aufwandsentschädigung eher als Schmerzensgeld einzustufen und sollte ebenfalls - wie in dem Antrag vorgesehen - bis zu 630 DM im Monat steuerfrei sein.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Ich hoffe, dass wir uns, wenn es nun zur Ausschussberatung kommt, im Ausschuss auf ein vernünftiges Verfahren einigen und dass eine entsprechende Bundesratsinitiative der Landesregierung zustande kommt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Hildebrand, eines vorweg: Mich wundert es etwas, dass Sie das geltende Gesetz als Behinderung für das Ehrenamt bezeichnen, ist es doch von CDU und F.D.P. gemacht worden. So ist die Welt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch!)

- Natürlich! Die **Steuerfreibeträge** für das Ehrenamt hat die jetzige Koalition nicht verändert - abgesehen davon, dass sie die für die Übungsleiter hochgesetzt hat. Dagegen können Sie nichts haben.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Aber es ist wieder ein Antrag der CDU, Einkommen oder auch Aufwandsentschädigung steuerfrei zu stellen. Das kennen wir schon.

(Zurufe des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Die CDU ist für jedes Thema dankbar, das den Eindruck hinterlässt, sie kümmere sich um den Menschen auf der Straße, um den „kleinen Mann“ oder die „kleine Frau“.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das glaubt Ihnen doch keiner mehr!)

Dabei hat die CDU - wir haben über dieses Thema bereits heute Morgen debattiert - unter Kohl und Waigel den Menschen in die Taschen gegriffen, die Steuern erhöht, die Abgaben erhöht, die Benzinpreise erhöht und anderes.

(Lachen der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Der Grundsatz der grünen Steuerpolitik ist es - dies habe ich bei der Trinkgelddebatte schon gesagt -, Einkommen nach **Leistungsfähigkeit** zu besteuern.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Frau Abgeordnete Heinold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wiegand?

**Monika Heinold** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein. - Dabei ist nicht entscheidend, woher das Einkommen kommt, sondern für uns ist entscheidend, wie viel es insgesamt ist.

Die CDU fordert jetzt höhere Steuerfreibeträge. Sie fasst den ehrenamtlichen Begriff sehr weit. Sie sagt, er umfasse alle nebenberuflichen Tätigkeiten - auch für Ausbilder, Erzieher, Betreuer und andere. Ihnen geht es nicht um das klassische Ehrenamt, das ohne Entlohnung geleistet wird - das ist der eigentliche ehrenamtliche Ansatz -, sondern sie diskutieren über die Frage von **Aufwandsentschädigung** oder von Geld für ehrenamtliche Arbeit. Die entscheidende Frage ist, wie dies von der normalen Tätigkeit, für die es einen **Verdienst** gibt, abgegrenzt werden kann. Wie erklären Sie denn einer Putzfrau, dass diese ihre 15 DM für eine Stunde versteuern muss, während Sie dies für Sporttrainer oder andere, die für ihre Tätigkeit am Nachmittag vielleicht einen höheren Stundenlohn bekommen, steuerfrei stellen wollen?

Arbeit für die Gemeinschaft in Vereinen, in Verbänden, in Parteien und in Organisationen ist für unsere Gesellschaft sehr wichtig.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo ist der Kollege Fuß?)

Da gibt es Konsens. Es ist erfreulich, dass trotz all der widrigen Bedingungen, die Sie hier beklagen, eine Studie des Bundesfamilienministeriums herausgefunden hat,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Fuß hat etwas anderes gesagt!)

dass sich 37 % der Jugendlichen unter 24 Jahren ehrenamtlich betätigen - das halte ich für ein absolut klasse Ergebnis -, aber auch viele Erwachsene.

Am meisten Respekt habe ich vor denjenigen, die ohne Bezahlung anderen helfen, wie zum Beispiel die Helferinnen und Helfer bei der „Norderstedter Tafel“. Diesen Helfern geht es vor allem darum, die Kosten, die sie durch ihr ehrenamtliches Engagement haben, von der Steuer absetzen können.

(Beifall bei SPD und SSW)

Das geht jetzt immer nur über den komplizierten Weg der Spendenbescheinigung. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir hier über eine Änderung diskutieren würden.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr vernünftig!)

Im Jahr des Ehrenamtes wird natürlich auch in Berlin erneut überlegt, ob das Ehrenamt vom Staat weitere Unterstützung braucht. Die rot-grüne Bundesregierung

plant, die ehrenamtliche Tätigkeit mehr als bisher zu unterstützen. Zum Beispiel soll neben dem Freiwilligen Sozialen Jahr und dem Freiwilligen Ökologischen Jahr auch ein Freiwilliges Kulturelles Jahr eingerichtet werden. Neben den althergebrachten Formen des ehrenamtlichen Engagements sollen auch Freiwilligenagenturen, Selbsthilfegruppen und andere Initiativen unterstützt werden.

Der Bundestag hat deshalb eine Enquetekommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ eingerichtet, die bis Ende des Jahres Ergebnisse vorlegen soll. Diese Enquetekommission setzt sich mit den verschiedenen Fällen der Praxis auseinander und wird daraus eine Empfehlung ableiten, wie hoch ein steuerfreier Betrag angesetzt werden muss. Auch arbeitet sie eine schlüssige Begründung für die Höhe dieses Betrags aus.

Die Enquetekommission hat viele Fragen zu beantworten: Wie definieren wir heutzutage Ehrenamtlichkeit? Wie weit unter marktüblichen beziehungsweise tariflichen Bezahlungen muss eine Entschädigung liegen, damit man von Ehrenamt sprechen kann? Warum fällt zurzeit die Arbeit bei der Freiwilligen Feuerwehr unter die Steuerfreiheit, die ehrenamtliche Tätigkeit im Umweltbereich aber nicht? Diese Beispiele zeigen, wie schwierig eine gerechte Abgrenzung ist, wenn Einkommen nicht als solches gewertet werden soll.

Bis die Enquetekommission einen Lösungsvorschlag erarbeitet hat, gilt die neue **Einkommensteuerrichtlinie** der Bundesregierung. Hiernach werden 300 DM im Monat - das ist die Verbesserung, die es inzwischen gegeben hat - grundsätzlich steuerfrei gestellt, wenn die Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit aus öffentlichen Kassen kommt, wie es zum Beispiel bei der Feuerwehr oder bei der Kirche der Fall ist.

Für Übungsleiter im Sport gibt es ja eine neue Regelung: Deren Pauschale ist von 2.400 auf 3.600 DM im Jahr heraufgesetzt worden

Ich bin dafür, dass wir den Antrag an den Ausschuss überweisen, aber, Herr Kollege Wiegand - darin unterscheiden wir uns dann doch -, ich glaube, wir sollten der Enquetekommission des Bundestages nicht vorgehen. Ich glaube nicht, dass unser Finanzausschuss schneller, klüger und besser beraten kann als eine Enquetekommission in Berlin.

(Holger Astrup [SPD]: Da ich da Mitglied bin, sehe ich das natürlich ganz anders!)

Eines zum Schluss, Frau Präsidentin: Viele Menschen, die ehrenamtlich arbeiten, erwarten von Politik und Gesellschaft vor allem Wertschätzung und Anerken-

(Monika Heinold)

nung für ihre Arbeit. Ich sage hier trotz der kritischen Worte in meiner Rede zum Problem der Abgrenzung ganz deutlich: Meinen Respekt haben diese Menschen. Ich bedanke mich an dieser Stelle für die geleistete Arbeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich begrüße jetzt zunächst auf der Besuchertribüne die Besuchergruppe des Sozialverbandes Deutschland, Ortsgruppe Oeverse.

(Beifall)

Das Wort hat nunmehr Frau Abgeordnete Hinrichsen.

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Jahr des Ehrenamtes ist schon vieles zur herausragenden Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für die Gemeinschaft gesagt worden. Deshalb möchte ich diesen schönen Worten jetzt nicht viele weitere folgen lassen, sondern es bei dem Hinweis belassen, dass es den SSW und die Arbeit der dänischen und der friesischen Minderheiten ohne den unermüdlichen Einsatz ehrenamtlich Tätiger nicht geben würde.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Deshalb können wir uns selbstverständlich der Initiative der CDU für das Ehrenamt anschließen. Auch wir wollen, dass das Ehrenamt wieder attraktiv wird.

Auch wenn der Begriff Ehrenamt nun einmal bedeutet, dass Menschen für ihr Engagement alle Ehre gebührt und kein Geld, gehört heute trotzdem zur Attraktivitätssteigerung, zumindest den Aufwand finanziell entschädigt zu erhalten. Hierzu hat es mittlerweile auch einige Anläufe gegeben: 1999 wurde gefordert, dass die steuerfreie Pauschale für Einnahmen aus nebenberuflichen Tätigkeiten von 2.400 auf 4.800 DM angehoben werden sollte. Der Bund erfüllte diesen Wunsch zum Teil, indem er die **steuerfreie Pauschale** auf 3.600 DM jährlich erhöhte. Darüber hinaus steht es jedoch jedem ehrenamtlich Tätigen frei, einen höheren Aufwand geltend zu machen. Dieser kann aber nicht pauschal abgerechnet werden, sondern muss nachgewiesen werden. Aber es ist egal, ob ein pauschaler Aufwand steuerlich geltend gemacht wird oder ob Vereine durch die Auszahlung einer Pauschale den ehrenamtlichen Einsatz würdigen, denn durch beides wird den ehrenamtlichen Tätigen Anerkennung ausgesprochen, die sie verdient haben - sei es nun für Tätigkeiten in Sportvereinen oder in der Pflege. Das will die

CDU jetzt noch deutlicher machen; das wollen wir auch. Deshalb können wir den ersten Teil des Antrages grundsätzlich unterstützen.

Bei einigen Fragen besteht aber noch Klärungsbedarf: Wie soll man mit Personen umgehen, die sich nebenberuflich auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Funktionen ehrenamtlich engagieren? Dabei kann es sogar dazu kommen, dass diese **nebenberuflichen Tätigkeiten** eher einer hauptberuflichen Tätigkeit entsprechen und das Einkommen aus diesen nebenberuflichen Tätigkeiten zu einer Haupteinnahmequelle wird. Das bedeutet aber, dass es dann nicht besteuert wird.

Es darf darüber hinaus auch keine unverhältnismäßige Benachteiligung jener entstehen, die ehrenamtlich in einem Bereich tätig sind, in dem keine Entschädigungen gezahlt werden. Sie profitieren nämlich überhaupt nicht von einem Steuerfreibetrag, auch nicht von einem in Höhe von 630 DM,

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

und können allenfalls den tatsächlichen Aufwand absetzen, wenn sie denn über ein Einkommen verfügen.

Fragen tauchen auch in Verbindung mit dem zweiten Teil des Antrages auf. Auch hier ist die grundlegende Zielrichtung nicht falsch, aber es müssen nach unserer Ansicht noch andere Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

Zum einen haben die in der **Kommunalpolitik** ehrenamtlich Tätigen die Möglichkeit, einen eventuell entgangenen Arbeitsverdienst erstattet zu bekommen. Das erhalten die anderen nicht. Sie können zudem für Abwesenheit vom Haushalt, entgeltliche Kinderbetreuung, entgeltliche Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger ebenfalls noch eine Entschädigung erhalten. Das können Menschen in anderen Bereichen auch nicht.

Zum anderen gibt es im kommunalpolitischen Bereich ein differenziertes System der **steuerfreien Entschädigung**, bei dem der jeweilige Steuerfreibetrag von der Beschäftigung abhängt. Es gibt umfangreiche Listen - die kann sich jeder in der Einkommensteuervorteilskartei angucken -, wer je nach Größe der Gemeinde wie viel als steuerfreien Betrag ansetzen darf. Das differiert ordentlich. Manche erhalten nämlich über das Gesagte hinaus steuerfreie Entschädigungen und kommen damit auf steuerfreie Beträge in Höhe von 1.000 DM pro Monat. Das sollte man auch einmal berücksichtigen. Darüber hinaus tauchen in diesen Listen ebenfalls die Feuerwehren auf. Auch die für die Feuerwehr ehrenamtlich Tätigen können nach einem differenzierten System steuerfreie Beträge erhalten.

(Silke Hinrichsen)

Letzter Grund für eine Ausschussüberweisung ist ein weiteres Problem, das anscheinend noch keiner gesehen hat. Es geht darum, wer diese Steuererleichterungen eigentlich finanziert. Meiner Ansicht nach müssten wir doch dafür appellieren, wenn wir schon beim Bundesrat initiativ werden, dass das selbstverständlich vom Bund und nicht von den Ländern getragen wird.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sollten auch darüber im Ausschuss sprechen. Deshalb bitten wir um Ausschussüberweisung.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

In der Loge möchte ich jetzt den Vorsitzenden des DGB Nord, Peter Deutschland, begrüßen.

(Beifall)

Das Wort erteile ich Herrn Minister Möller.

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch ich finde es richtig, wenn wir über alle Aspekte im Ausschuss noch einmal ausführlich diskutieren. Beide Punkte sind ja sehr unterschiedlich zu bewerten.

(Holger Astrup [SPD]: Das stimmt!)

Ich denke, man muss alle ehrenamtlich Tätigen sehen: zum Beispiel Bürgermeister und Gemeindevertreter. Natürlich greift die Sache viel zu kurz, wenn man sie nur unter fiskalischen Gesichtspunkten sieht. Das ist wohl richtig. Immerhin hat es eine Anhebung gegeben.

Ich möchte noch eine weitere Zahl nennen, weil eben so ein bisschen durchklang, dass eigentlich alles steuerfrei sein müsste. Um alle ehrenamtlichen Tätigkeiten steuerfrei zu stellen, wären 26 Milliarden DM nötig. Man muss wissen, dass man hier an Grenzen kommt.

Ich möchte Ihnen aber vor der Ausschussberatung noch etwas Positives berichten. So hat mich der Abgeordnete Poppendiecker schon zweimal angeschrieben und gefragt, wie es mit der **Freibetragsregelung** für **Übungsleiter** und für **Feuerwehrleute** aussieht. Sie wissen, dass es eine Enquetekommission zum Ehrenamt unter dem Vorsitz von Herrn Bundestagsabgeordneten Bürsch gibt. In dieser ist im Gespräch, die Lohnsteuerrichtlinien für 2002 neu zu regeln. Es besteht jetzt Einvernehmen darüber - ich hoffe, dass es hier keinen Ländervorbehalt gibt; jedenfalls wird Schleswig-Holstein dem zustimmen -, dass losgelöst von der generellen Diskussion, immerhin die Freibeträge für Feuerwehrleute, die nur 50 DM betragen, auf 300 DM pro Monat angehoben werden. Das sollte heute wenigstens eine gute Botschaft sein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf.

**Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau**

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 15/793

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW

Drucksache 15/833

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/837

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Garg.

**Dr. Heiner Garg [F.D.P.]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich habe einmal den Text der Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen mitgebracht. Ich finde es ein bisschen schade, dass der Kollege Hentschel nicht da ist; denn ich möchte einmal klarmachen, worum es eigentlich geht. Ich zitiere aus der Koalitionsvereinbarung, Seite 7.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die kennt er auswendig!)

- Ja? Ist in Ordnung.

„Wir wollen die Modernisierung des Regionalflughafens Kiel-Holtenau.“

Und damit mir nicht vorgeworfen wird, ich würde zusammenhanglos zitieren, zitiere ich auch den nächsten Satz:

„Wir streben an, dass die Regionalflughäfen kostendeckend arbeiten. Die Subventionierung sicherheitstechnischer Maßnahmen ist auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen. Die bisherige Richtlinie bleibt bestehen.“

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, in der Diskussion um die Zukunft des Flughafens Holtenau geht es nicht

(Dr. Heiner Garg)

um die Verlängerung zweier Asphaltstreifen und um zusätzlichen Flugbetrieb.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das will ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen. Es geht um die Entwicklung der K.E.R.N.-Region und um den Standort Schleswig-Holstein insgesamt.

(Vereinzelter Beifall bei F.D.P., SPD und CDU)

So umstritten die **Potenzialanalyse** ist, so zeigt sie auf jeden Fall, dass wir mittel- und langfristig erhebliche Zuwächse bei der Nachfrage nach Luftverkehrsleistungen von und nach Holtenau erwarten dürfen. Ich sage bewusst „dürfen“, denn diese wachsende Nachfrage ist absolut nichts Negatives. Sie ist Ausdruck des wachsenden Bedürfnisses der Menschen nach Mobilität. Die Befriedigung dieser Nachfrage ist ebenfalls nichts Verwerfliches, ganz im Gegenteil: Hohe Mobilität zu Lande, zu Wasser und zu Luft ist ein wesentliches Merkmal einer modernen Gesellschaft und ein wichtiger Antrieb für die Steigerung unseres Wohlstandes.

Gleichzeitig zeigt die Analyse aber auch, dass der Flugplatz diese wachsende Nachfrage langfristig nicht befriedigen kann. Deshalb müssen wir uns mit der Frage nach einem angemessenen Ausbau Kiel-Holtenaus auseinander setzen. Dies gilt im Übrigen auch für die im Moment in der Diskussion stehenden Alternativen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Im Zeichen einer immer stärkeren Verflechtung der Märkte werden gut ausgebaute und funktionierende **Verkehrsverbindungen** immer wichtiger. Wer sich dieser Entwicklung verweigert, beraubt sich automatisch vieler Entwicklungschancen.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist der Grund, warum Kiel einen gut ausgebauten, leistungsfähigen Flughafen braucht. Ein modernes Oberzentrum ohne Flughafen ist heute undenkbar. In Zukunft wird dieses Kriterium noch wichtiger werden.

(Vereinzelter Beifall bei F.D.P., SPD und CDU)

Es ist ja nicht so, dass ein leistungsfähiger Flughafen ein außergewöhnliches Plus für eine Region darstellt. Nein, ein Flughafen ist für eine leistungsfähige Wirtschaftsregion heute eine Selbstverständlichkeit. Regionen ohne leistungsfähigen Flughafen sind heutzutage keine zukunftsträchtigen Wirtschaftsregionen mehr.

Die F.D.P. sieht es als die ureigene Aufgabe des Staates an, günstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung unseres Landes zu schaffen. Die Verkehrsinfrastruktur gehört eben zu diesen Rahmenbedingungen. Deshalb stehen wir für die Weiterentwicklung der Flugverkehre in Schleswig-Holstein. Insofern ist der Änderungsantrag der Union auch nur zu begrüßen, weil er sich des Problems insgesamt annimmt.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Ja, das weiß ich ja, Herr Neugebauer. Aber ich rede von einem Luftverkehrskonzept. Das schließt den Flughafen Kiel-Holtenau mit ein.

Der Ausbau des Angebotes des Flughafens Holtenau - jetzt bitte ich auch all diejenigen zuzuhören, die dem Ganzen kritisch gegenüberstehen - ist eine Möglichkeit, im Zweifel auch mit einer verlängerten Start- und Landebahn, wenn dies die sinnvollste Alternative sein sollte. Das und nicht mehr steht in dem F.D.P.-Antrag. Auch wenn ich manchmal den Eindruck habe, dass die Grünen das etwas anders sehen, so denke ich doch, dass wir in dieser Frage zumindest eine ordentliche Auseinandersetzung über die verschiedenen Alternativen bekommen. Herr Minister Rohwer, ich begrüße es daher ausdrücklich, dass Sie eine zügige Prüfung und Entscheidung in dieser Sache anstreben. Insofern ist der Änderungsantrag des SSW gewissermaßen ein Merkzettel für Sie. Denn nichts anderes ist Inhalt des SSW-Antrages von heute. Das geht also völlig in Ordnung.

Wir brauchen eine mittel- und langfristige Perspektive für einen leistungsfähigen Flugplatz in der Region Kiel.

(Vereinzelter Beifall bei F.D.P., SPD und CDU)

Dabei kann privatwirtschaftliche Rentabilität nicht das einzige Kriterium sein. Wenn sich der Ausbau privatwirtschaftlich rentiert, ist das umso besser - wenn nicht, so heißt das noch lange nicht, dass wir voll und ganz auf einen Ausbau verzichten sollten. Die öffentliche Hand steht gerade bei der **Verkehrsinfrastruktur** in der Pflicht, weil es häufig gar nicht möglich ist, diese Infrastruktur rein privatwirtschaftlich erfolgreich zu betreiben, obwohl die Gesellschaft diese Verkehrsinfrastruktur dringend benötigt.

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. - Bevor die Entscheidung fällt, müssen selbstverständlich die Alternativen - ich sage ausdrücklich: alle Alternativen! - geprüft werden. Insofern ist der Unionsantrag mit Sicherheit ein geeigneter Beitrag. Der Schutz der Bevölkerung im Umfeld von Flughäfen darf bei diesen



**(Dr. Heiner Garg)**

Überlegungen auf keinen Fall vernachlässigt werden. Auch das ist für die F.D.P. völlig klar. Unser umfassendes **Umweltrecht** setzt den zusätzlich entstehenden Belastungen im Übrigen ganz deutliche Grenzen.

Ich freue mich auf konstruktive Ausschussberatungen, in denen man sich das Hin und Her zwischen den Parteien vielleicht einmal sparen sollte, wenn es uns um die Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur in diesem Lande geht. Ich bitte Sie herzlich um Ausschussüberweisung.

(Beifall bei F.D.P., SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Schröder das Wort.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir haben einen Antrag gestellt, Frau Präsidentin!)

- Es gibt zwei Änderungsanträge, einen der CDU und einen des SSW. Normalerweise folgt nach dem Antragsteller - -

(Bernd Schröder [SPD]: Dann muss Herr Kayenburg antworten!)

- Wenn Sie sich so einigen, dann haben selbstverständlich Sie das Wort, Herr Oppositionsführer.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich komme auf unseren Ursprungsantrag zurück und stelle fest, dass seit kurzem ein Gutachten über den Flughafen Kiel-Holtenau für große öffentliche Aufmerksamkeit sorgt. Diese Potenzialanalyse ist von der Kieler Flughafengesellschaft in Auftrag gegeben worden. Anteilseigner der Gesellschaft sind mit 55 % das Land Schleswig-Holstein und mit 45 % die Stadt Kiel. Eine solche Potenzialanalyse für **einen** Flughafen ist notwendig für dessen Zukunftsperspektiven. Ein **Regionalflughafen** ist aber in das Gesamtgeflecht von Flughäfen eines Landes eingebunden. Es wäre schon lange Aufgabe der Landesregierung gewesen, ein Gesamtkonzept für die Flughäfen im Lande zu entwickeln. Spätestens, Herr Minister, nach Vorlage der Leitlinien der norddeutschen Luftverkehrspolitik und des norddeutschen Luftverkehrskonzeptes durch die norddeutschen Bundesländer im Jahre 1995, in denen schleswig-holsteinische Flughäfen nur mit wenigen Sätzen erwähnt wurden, hätte der Wirtschaftsminister reagieren müssen. Er hätte eigentlich merken müssen, dass Schleswig-Holstein im deutschen Luftverkehr fast nicht stattfindet. Und nun plötzlich dieser Aktionismus zu Kiel-Holtenau!

Gleichzeitig stockt aber der Ausbau von Lübeck-Blankensee durch Störmaßnahmen des Umweltmini-

sters, der erst im November die Grönauer Heide „einstweilig sichergestellt“ hat. Das heißt, die Umwandlung in ein Naturschutzgebiet ist vorgesehen. Außerdem verweigert das Land die Tieferlegung der B 207 aus Kostengründen und verhindert damit eine positive Entwicklung für Lübeck und die dortige Region.

Was hat das nun mit Kiel zu tun? - In Kiel müsste die B 503 tiefergelegt werden. Ich frage den Wirtschaftsminister, ob die Kosten für diese Tieferlegung vom Land übernommen werden oder ob man hiermit nicht wieder nur dem Umweltminister eine wohlfeile Möglichkeit bietet, auch diesen Ausbau zu torpedieren.

Diese und viele andere offenen Fragen zeigen die Konzeptionslosigkeit der Regierung zumindest in diesen Fragen. Neben Kiel-Holtenau und Lübeck-Blankensee gibt es in diesem Land nämlich noch andere Flughäfen - wie Westerland, Husum-Schwesing, Hohn, Jagel und weitere -, die zum Teil noch im Besitz der Bundeswehr sind. Bisher ist nicht erkennbar, welche Bedeutung diese Flugplätze in Zukunft für Schleswig-Holstein haben werden. Außerdem bietet jetzt Neumünster im Rahmen der Diskussion um den **Flughafen Kiel-Holtenau** an, Flächen für die Errichtung eines neuen Flugplatzes zur Verfügung zu stellen. Zudem sind in Kaltenkirchen die Flächen für den nie realisierten Großflughafen Kaltenkirchen noch immer im Besitz der Flughafengesellschaft Hamburg.

Fest steht jedenfalls eines, meine Damen und Herren: Spätestens 2010 sind die Entwicklungsmöglichkeiten in Fuhlsbüttel erschöpft. Daher ist es notwendig, in ein solches schleswig-holsteinisches Flughafenkonzept auch Hamburg-Fuhlsbüttel einzubeziehen und die notwendigen Ergänzungsfunktionen vorzubereiten.

Dazu ist es erforderlich, heute schon abzuschätzen, welche Verkehre Schleswig-Holstein bei Überlastung wo übernehmen könnte.

In der „Welt“ vom 1. März wird auf Vorstellungen von Verkehrsminister Bodewich hingewiesen, den **innerdeutschen Flugverkehr** einzuschränken und den Anschluss aller größeren Flughäfen an ICE-Verbindungen zu fördern, was - ich denke, das wird Herrn Hentschel freuen - auf Gegenliebe bei der Lufthansa gestoßen ist. Aber diese Festlegung wird sicherlich die Mitwirkung des Bundes beim Ausbau weiterer Flughäfen einschränken. Auch das ist bei einem Flughafenkonzept für Schleswig-Holstein zu berücksichtigen.

Wir erwarten von der Landesregierung eine Antwort auf alle von uns vorgelegten Fragen bis zur Juni-Tagung des Landtages.

(Günter Neugebauer [SPD]: Welche Position hat die CDU?)

(Martin Kayenburg)

- Warten Sie doch einmal ab, Herr Neugebauer. - Erst dann kann mit fundierten Kenntnissen eine endgültige Stellungnahme zu einem Ausbau von Kiel-Holtenau erfolgen.

(Holger Astrup [SPD]: Nachtigall, ich hör dir trapsen!)

Für uns als CDU steht die Weiterentwicklung des Flughafens als solcher nicht infrage. Der Flughafen muss als Regionalzubringer, als Hauptstadtflughafen erhalten bleiben

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie vereinzelt bei der SPD)

und er muss in seiner Leistungsfähigkeit ausgebaut werden.

(Beifall bei der CDU sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Potenzialanalyse lässt allerdings so viele Frage offen beziehungsweise lässt Zweifel an der Tragfähigkeit der Zahlen aufkommen, dass sie zurzeit nicht als eine hinreichende Grundlage für eine Ausbaubestimmung genommen werden kann.

(Beifall bei CDU und SPD)

Aus diesem Grunde erwarten wir, dass die Zahlen überprüft und die Gutachten vorgelegt werden und dass der Minister die Untersuchungen angehen wird, sodass wir dann im Ausschuss über das Konzept insgesamt noch einmal miteinander diskutieren können.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich möchte in der Loge einen weiteren Gast begrüßen: den Wirtschaftsdezernenten der Stadt Kiel, Herrn Rethage.

(Beifall)

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Schröder das Wort.

**Bernd Schröder [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion hatte nach intensiven Diskussionen mit der Flughafengesellschaft und anliegenden Gemeinden im Jahre 1999 die Landesregierung gebeten, die Potenzialanalyse für den **Regionalflughafen Kiel-Holtenau** der K.E.R.N.-Region in Auftrag zu geben. Das Ergebnis liegt nun im Entwurf vor. Wir wollten damit unsere Grundsatzposition deutlich machen, dass für die wirtschaftliche Zukunft der K.E.R.N.-Region und damit auch der Landes-

hauptstadt ein moderner Regionalflughafen unentbehrlich ist.

(Jürgen Weber [SPD]: Sehr gut!)

Der Entwurf der Potenzialanalyse macht deutlich, dass eine Reihe von Fragen noch gar nicht beantwortet ist. Sie bietet jedoch eine hervorragende Grundlage, um mit allen Beteiligten und Betroffenen unter Einbeziehung der Kreise und Gemeinden, der Stadt Kiel, der Wirtschaft und natürlich auch der Gewerkschaften und der Bürgerinnen und Bürger eine konsensgetragene Entscheidung für den Erhalt und die zukünftige Entwicklung des Regionalflughafens herbeiführen zu können.

Sie sehen also, Herr Garg - das kann ich Ihnen nicht ersparen -: Die F.D.P.-Initiative ist nicht unbedingt notwendig gewesen, um dieses Thema voranzutreiben.

Wenn der Entwurf der Potenzialanalyse zu dem Schluss kommt, dass aufgrund der seit 1998 in Kraft befindlichen EU-Richtlinie langfristig ein Erhalt des Flughafens in der K.E.R.N.-Region nur durch eine Verlängerung der Landebahn möglich ist, dann muss jedoch vor einer Entscheidung zum Ausbau eine Machbarkeitsstudie einschließlich der notwendigen **Umweltverträglichkeitsprüfung** erstellt werden. Dabei sind auch alle möglichen Standorte für einen Regionalflughafen in der K.E.R.N.-Region abzuwägen und detaillierte Aussagen zu möglichen Umwelt- und Lärmbelastungen sowie selbstverständlich auch zur Frage der Finanzierung zu treffen. Erst dann kann - darüber sind wir uns wohl einig - eine Entscheidung im Interesse der K.E.R.N.-Region getroffen werden.

Der Regionalflughafen Kiel-Holtenau hat sich mit seinen 145.000 Passagieren jährlich in den vergangenen Jahren zu einem unverzichtbaren Wirtschaftsfaktor für die gesamte 700.000 Einwohner starke K.E.R.N.-Region entwickelt. Neue Arbeitsplätze sind darüber hinaus entstanden. Lassen Sie mich deshalb auch noch einmal an zwei Grundlagen für eine mögliche Modernisierung des Regionalflughafens erinnern.

Erstens. Im **Flughafenkonzept** der Bundesregierung aus dem Jahr 2000 ist der Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau in der Perspektivplanung enthalten. Im Koalitionsvertrag ist, wie schon zitiert, die Modernisierung ebenfalls vereinbart. Wir wollen sichergestellt wissen, dass das Wirtschaftszentrum K.E.R.N.-Region auch zukünftig im Linienverkehr gut erreichbar ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Wir wollen den nicht geschäftsbedingten Flugverkehr nach wie vor in Hamburg-Fuhlsbüttel belassen. Kiel-Holtenau ist eine regionale Ergänzung,

**(Bernd Schröder)**

keine Alternative zu Hamburg-Fuhlsbüttel, auch wenn die CDU vor Ort versucht, damit zu polemisieren.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Zudem streben wir auch eine schnelle Anbindung des Hamburg Airport an die Schiene nach Norden an.

Der Landtag hat sich mit dieser Frage mehrfach beschäftigt. Es gibt entsprechende Beschlüsse. Die Landesregierung hatte dies 1992 auf Initiative der SPD hin beschlossen. Aber die Zuständigkeit hierfür liegt bekanntermaßen auf Hamburger Gebiet. Ich denke, auch hier sind wir inzwischen durch die Gespräche mit Hamburg ein Stück weitergekommen.

Wenn die CDU-Fraktion jetzt ein Luftverkehrskonzept für Schleswig-Holstein fordert, dann darf ich darauf hinweisen, dass es bereits ein norddeutsches Luftverkehrskonzept gibt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch kein Konzept!)

Ob es darüber hinaus erforderlich ist, für Schleswig-Holstein ein eigenes Luftverkehrskonzept vorzulegen, löst die heute zu diskutierende Problematik aufgrund des F.D.P.-Antrages nicht.

Meine Damen und Herren, bei einer solchen Entscheidung müssen die möglichen Bedenken der betroffenen Bürgerinnen und Bürger ausreichend berücksichtigt werden. Daher sind mehr Untersuchungen erforderlich, ehe man entscheiden kann. So weit sind wir allerdings noch nicht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nichts anderes haben wir gefordert!)

- Herr Kayenburg, wenn wir einmal übereinstimmen, darf ich dies sicherlich für die SPD-Fraktion auch formulieren.

(Beifall des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Wir nehmen die Befürchtungen sehr ernst. Allerdings muss eine solche Debatte rational und darf nicht emotional geführt werden.

(Klaus Schlie [CDU]: Richtig!)

Wir sollten daher die vorliegenden Anträge im Ausschuss diskutieren und dabei auch die Ergebnisse der **Machbarkeitsstudie** besprechen, sobald diese vorliegen. Die Regierung wird diese Untersuchung voraussichtlich im Sommer vorlegen.

Wir sind also für eine genaue Prüfung, aber nicht dafür, irgendetwas vorschnell über das Knie zu brechen. Ich glaube, es bringt auch nichts, wenn wir uns gegen-

seitig vorwerfen, welche Leute sich wann gegen den Ausbau ausgesprochen haben, ganz gleich, ob die Dringlichkeit der Warnungen von Herrn Kalinka oder der CDU Heikendorf oder von Herrn Hopp gemeint sind. Es gibt ja die merkwürdigsten Konstellationen. Hopp und Hentschel warnen davor. Auch eine neue Position, die es gibt. Ich denke, die angesprochenen Anträge sollten wir im zuständigen Ausschuss behandeln. Ich bitte um Überweisung.

(Beifall bei SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Hopp, natürlich bedanke ich mich dafür, dass ich von der Ecke ganz hinten rechts auch einmal unterstützt werde.

(Heiterkeit)

Aber mir geht es hier nicht, um es deutlich zu sagen, um die Lokalpolitik von Heikendorf, sondern es geht um die Zukunft der Region Kiel

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Richtig!)

und um die Notwendigkeiten, die sich daraus ergeben. Ich sage auch ganz deutlich und es steht nicht umsonst im Koalitionsvertrag, dass wir uns dafür entschieden haben, dass der Flughafen Kiel für die geschäftliche Entwicklung, für die Entwicklung der regionalen Wirtschaft in Schleswig-Holstein und in der K.E.R.N.-Region, notwendig ist

(Beifall bei SPD und CDU - Thomas Stritzl [CDU]: Oh!)

und dass wir die Modernisierung des Flughafens auch deswegen im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben. Das muss deutlich sein. Ich bin aber entsetzt über ein Potenzialanalyse,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was für eine Verlogenheit!)

die 125.000 DM gekostet hat und uns nun vorgelegt wird. Wenn diese Potenzialanalyse innerhalb von zwei Wochen so viele Fehler aufweist, dass ihre beiden zentralen Aussagen vom Flughafenchef widerrufen werden und es der Gutachter selbst nötig hat, bereits nach zwei Wochen 25 Seiten Korrektur zu liefern,

(Karl-Martin Hentschel)

sollte man vielleicht Geld von dem Mann zurückfordern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei SPD und CDU)

- Ich bedanke mich für den fraktionsübergreifenden Beifall der Abgeordneten aus Kiel und Plön.

(Heiterkeit)

Tatsache ist, dass es auch in Zukunft Flugzeuge geben wird, die in Kiel starten und landen können. Alle führenden Flugzeughersteller bieten Modelle gerade für den Sektor des Linienfluges kleiner Maschinen zwischen 50 und 80 Passagieren an, den es übrigens nicht nur in Deutschland, sondern auch in Nordamerika gibt.

Es gibt moderne Düsenflugzeuge von Fairchild Dornier wie auch moderne Propellermaschinen, die auf Lande- beziehungsweise Startbahnen mit weniger als 1200 m landen und starten können. Sie haben außerdem den Vorteil, dass sie leiser sind, weniger Sprit verbrauchen und damit die Umwelt weniger belasten.

Bei Flugzeiten von weniger als zwei Stunden spielt die um 200 km/h geringere Geschwindigkeit einer Propellermaschine keine Rolle. Das macht gerade einmal 20 Minuten aus und dürfte auf den Strecken von Kiel ins Ruhrgebiet oder ins Rheinland und auf der Strecke Kiel-München für den Geschäftsverkehr keine Bedeutung haben. Damit ist die zentrale Aussage des Gutachtens widerlegt, dass moderne Jets die Landebahn in Kiel nicht benutzen könnten.

Ich komme zum eigentlichen Zweck des Ausbaus. Das Gutachten schlägt einen **Ausbau** auf 2.700 m vor, um den Start von Düsenjets wie der Boeing 737 und dem Airbus 319/320 zu ermöglichen, das heißt, den Einstieg in den Charterflugverkehr zu ermöglichen. Wenn man bedenkt, dass der Ausbau 170 Millionen DM kosten soll und dass diese vom Land aufzubringende Summe verzinst werden muss, dann kommt man zu dem Schluss, dass sich das Defizit des Flughafens, das heute bei zwei Millionen DM jährlich liegt, wovon das Land aber die Hälfte trägt, innerhalb von zehn Jahren mindestens auf das Fünffache steigern wird. Ich sehe nicht ein, dass das Land jährlich einen Defizitausgleich von zehn Millionen DM jährlich leisten soll, damit sich der Flughafenchef in Kiel den Einstieg in den Charterflugverkehr leisten kann. Das kann nicht Sinn der Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein sein.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bundesverkehrsminister Bodewig will das **Passagieraufkommen** des innerdeutschen Flugverkehrs weitgehend auf die **Schiene** verlagern. Ziel ist, dass keine Regionalflüge mehr auf den großen Flughäfen landen,

sondern dass stattdessen ICE-Anbindungen geschaffen werden, die den Regionalverkehr absichern. Fahrten sollen in Zukunft mit der Bahn durchgeführt werden, wenn die entsprechenden Ziele in einer Zeit von unter vier Stunden zu erreichen sind, zum Beispiel wie bei der Strecke Kiel-Berlin.

(Zuruf von der CDU: Das habt ihr doch verhindert!)

Ich bin sicher: Wenn die ICE-Verbindung nach Berlin steht und man nach Berlin in drei Stunden fahren kann, dann stellt die Bahn eine wesentlich größere Gefahr für die Flugstrecke Kiel-Berlin dar als die Tatsache, dass bestimmte Flugzeuge in Kiel nicht landen können, wie es im Gutachten beschrieben wird.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die großen Flughäfen sollen mit dem ICE angebunden werden. Ich bin der Auffassung: Das wirksamste Mittel, um Schleswig-Holstein vernünftig an den Flugverkehr anzuschließen, ist eine Bahnanbindung nach **Fuhlsbüttel**, sodass man von Kiel aus in einer Dreiviertelstunde Fuhlsbüttel erreichen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wäre eine Alternative, die dem Geschäftsverkehr wirklich nützt. Meine eigene Erfahrung mit dem Geschäftsverkehr ist nämlich die Folgende: Wer will schon pünktlich um 7 Uhr losfliegen und abends um die gleiche Zeit zurückkommen?

(Holger Astrup [SPD]: Ich!)

Das ist doch nicht der Wunsch der Geschäftsleute. Die Geschäftsleute wollen vielmehr zu einem bestimmten Termin ihr Ziel erreichen. Von Fuhlsbüttel aus werden die wichtigsten innerdeutschen Ziele jede Stunde angefliegen. Das heißt, wenn ich beispielsweise in Stuttgart einen Termin habe, dann möchte ich genau zu diesem Zeitpunkt in Stuttgart sein und nicht dann, wenn gerade dieses Ziel angefliegen wird.

Wir würden der Wirtschaft in Schleswig-Holstein wesentlich mehr Gutes tun, wenn wir eine bessere Anbindung nach Fuhlsbüttel schaffen und nicht die Landebahn in Kiel verlängern würden.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abgeordneter.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss.

**(Karl-Martin Hentschel)**

Alles, was ich über die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Kiel weiß, spricht dafür, den Geschäftsverkehr zu sichern, und spricht dagegen, die Landebahn auf 2.700 m auszubauen. Ich begrüße deshalb, dass der Wirtschaftsminister eine ergebnisoffene Prüfung des Gutachtens zugesagt hat. Ich begrüße weiterhin, dass die CDU-Fraktion dies unterstützt und das Gutachten abwarten will, um zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich lehne ab, was die F.D.P. sagt, nämlich dass sie jetzt schon wissen will, was bei der Prüfung herauskommt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordnete Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um es vorweg zu sagen: Wirtschaftliche Entwicklung tut not. Eine Grundvoraussetzung ist eine vernünftige verkehrliche Anbindung unseres Landes.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Dazu gehört auch ein guter **Regionalflyghafen** in Schleswig-Holstein. Vor dieser Tatsache sollte keiner die Augen verschließen. Die von den Grünen vorgeschlagene bessere Bahnverbindung nach Fuhlsbüttel mag ja wünschenswert sein, sie kann aber einen Regionalflyghafen für die K.E.R.N.-Region nicht ersetzen.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der F.D.P.)

Der SSW sieht eindeutig die Notwendigkeit für einen Regionalflyghafen. Sowohl die F.D.P. als auch die CDU gehen davon aus, dass der Flughafen ausbau in Kiel-Holtenau unabdingbar ist. Wir haben da allerdings eine andere Sicht der Dinge. Bevor man sich für einen solch umstrittenen Ausbau entscheidet, muss erst einmal abgewogen werden, ob es noch Alternativen hierzu gibt. Gegebenenfalls muss man erst noch die Alternativen suchen.

Man muss ferner die finanziellen Folgen genau betrachten. In Holtenau ist es eventuell nicht nur mit dem eigentlichen Ausbau getan, dessen Kosten auf 170 Millionen bis 200 Millionen DM geschätzt werden. Drei Schulen liegen in der Nähe des Flughafens und werden möglicherweise so stark beeinträchtigt, dass

hier für neue Lösungen gesorgt werden muss. Die Grundstücke, die jetzt noch eher wenig beeinträchtigt sind und die in Zukunft mitten in der Ein- und Ausflugschneise liegen werden, werden erheblich an Wert verlieren. Wer kommt für die Wertminderung auf? Das sind nur einige Fragen, die vorher beantwortet werden müssen. Es gibt eine regionale Stadtfraktion, die schon 76 Fragen formuliert hat.

Im Gespräch sind neben Kiel-Holtenau nun auch **Neumünster** mit einem Flughafenneubau und **Hohn** mit einer gemeinsamen zivilen und militärischen Nutzung. Beide Alternativen müssen genauso umfassend geprüft werden wie Kiel-Holtenau. Herr Kollege Hay wird mit den folgenden Worten in den „Kieler Nachrichten“ zitiert: „Bis zum Herbst müsse eine Entscheidung über den Ausbau in Holtenau fallen; anderenfalls müsse das Land Alternativen wie Neumünster oder Hohn prüfen.“ - Nein, nicht „anderenfalls“, lieber Kollege Hay, sondern gleichzeitig müssen Alternativen geprüft werden.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der CDU)

So haben sich auch die Kollegen Fischer, Weber und Müller in einer Pressemitteilung geäußert.

Neumünster liegt mit Sicherheit geografisch zentraler und verfügt über wesentlich bessere Möglichkeiten, den zukünftigen Regionalflyghafen an die Straße und das Schienennetz anzubinden. Für Hohn spricht, dass möglicherweise nicht so hohe Investitionen nötig wären und dass man beispielsweise auf Erfahrungen mit der gemeinsamen zivilen und militärischen Nutzung von Flughäfen in Mecklenburg-Vorpommern zurückgreifen kann. Zumindest müssen diese beiden Alternativen geprüft werden.

Die Landesregierung hat zugesagt, den Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau ergebnisoffen zu prüfen. Zu einer ergebnisoffenen Prüfung gehört auch, dass Alternativen zum derzeitige Standort ebenfalls einer Prüfung unterzogen werden. Auch hieran werden wir die Landesregierung messen. Die Bevölkerung und auch die Befürworter anderer Flughafenstandorte müssen in den nächsten Monaten Gelegenheit bekommen, ihre Sicht der Dinge darzustellen. Aus Sicht des SSW muss deshalb eine vergleichende Machbarkeitsstudie für die drei möglichen Flughafenstandorte erstellt werden. Herr Minister Rohwer scheint auf unseren Weg einzuschwenken.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] - Lachen bei der CDU)

Zurzeit sieht die Lage allerdings noch so aus: Die F.D.P. sagt ungeprüft Ja zu Kiel-Holtenau, obwohl sich schon bei der Antragstellung das Gutachten, auf

(Lars Harms)

das sie in ihrem Antrag Bezug nimmt, in wesentlichen Punkt als falsch erwiesen hat. Die CDU versucht mit einem wenig konsequenten „Ja, aber“ die Situation zu retten. Die SPD möchte zwar Bürgerbeteiligung für ihr Projekt Kiel-Holtenau, aber der Bürger sollte - bitte schön - am besten das denken, was schon vorge-dacht wurde. Die Grünen sind wieder einmal strikt gegen die verkehrliche Weiterentwicklung unseres Landes. Allein der SSW

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

macht in seinem Antrag deutlich, dass er ohne ideolo-gische Scheuklappen die Verbesserung der Ver-kehrsinfrastruktur unseres Landes angehen will.

(Beifall beim SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe am letzten Samstag - ich empfehle Ähnliches allen Parlamentariern dieses Hauses - an einer Veran-staltung der Bürgerinitiative gegen den Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau in Altenholz teilgenommen. Ich muss Ihnen sagen: Bei aller emotionalen Betrof-fenheit war die Diskussion dort von einer größeren Sachlichkeit geprägt als die Beiträge, die ich heute hier gehört habe.

Es handelt sich nämlich nicht überwiegend um Men-schen, die die verkehrliche Anbindung Kiels über den Flughafen Kiel-Holtenau grundsätzlich in Frage stel-len, sondern um Menschen, die sich sehr berechtigt die Frage stellen, ob das vorgesehene Ausbauprogramm aufgrund seiner finanziellen Dimension nicht geradezu dazu zwingt, Verkehre, die nicht unbedingt notwendig wären, aus der K.E.R.N.-Region heraus an Kiel-Holtenau zu binden. Das ist ein Gedanke, über den man sehr intensiv diskutieren muss.

Ich war mit dem ehemaligen Wirtschaftsminister Steinbrück einer Meinung, dass ein **Ausbau** - so er notwendig wäre - vorgenommen werden soll, um Ver-kehre aus der Region abfließen zu lassen. Dass wir aber eine **Investitionsgrößenordnung** erreichen, die uns dazu zwingt, dass wir Verkehre attrahieren müs-sen, damit sich die Sache überhaupt rechnet, ist ein neues Argument, das einer tieferen Beleuchtung be-darf. In der Tat muss man für diese Form des Verkehrs fragen, ob es nicht alternativ bessere Standorte gibt als Kiel-Holtenau.

Herr Kollege Hentschel, ich habe mich aufgrund Ihres Beitrags gemeldet. Ich will die Verlogenheit, mit der sich gerade Ihre Partei in dieser Frage zu Wort meldet, nicht durchgehen lassen. Das gilt für alle Ebenen. Ich habe Herrn Oschmann, Mitarbeiter Ihrer Fraktion und gleichzeitig Vorsitzender der Ratsfraktion in Kiel erlebt, der sich mit sehr emotionalen Worten zu einem vehementen Gegner des Ausbaus erklärt hat und der der dortigen Initiative beigetreten ist. Dagegen habe ich an sich nichts.

Dass Sie sich aber jetzt hier hinstellen und sagen, wir müssten eine ergebnisoffene Prüfung unternehmen, aber gleichzeitig alle Argumente auflisten, die eine Prüfung vollkommen überflüssig machen, weil sie darauf hindeuten, dass wir den Standort gar nicht aus-bauen dürfen, das schlägt dem Fass den Boden aus. Dass Sie gleichzeitig Hamburg-Fuhlsbüttel - übrigens auch ein Flughafen, der aufgrund seiner Stadtlage problembehaftet ist - als das Nonplusultra für eine Verkehrsanbindung Schleswig-Holsteins bezeichnen, finde ich für einen Grünen, der sich ansonsten immer herstellt und sagt, wir müssten den Flugverkehr ein-dämmen oder abbauen, bemerkenswert.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN]: Was denn nun?)

- Frau Birk, ich erwarte von Ihnen, dass Sie hier sa-gen, was Sie als Regierungspartei eigentlich wollen. Sie sind Regierungspartei. Das Land Schleswig-Holstein ist Mehrheitsgesellschaft. Herr Hentschel, wenn Sie sagen, das solle nicht stattfinden, dann findet das nicht statt. Diesen Mut haben Sie aber nicht. Statt-dessen machen Sie eine „Wischwaschi-Politik“ und glauben, Sie kämen damit durch.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Diese Verlogenheit, mit der Sie den Leuten vor Ort etwas anderes erzählen, als Sie es hier machen, wer-den Ihnen die Wählerinnen und Wähler demnächst heimzahlen. Das ist übrigens auch das, was zur Poli-tikverdrossenheit beiträgt. Frau Birk, kommen Sie doch hierher und sagen Sie, was Sie wollen und was Sie als Regierungspartei durchsetzen werden. Dann können Sie ernst genommen werden. Versuchen Sie nicht, sich hier vom Acker zu schleichen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich nun Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Damit das ganz klar ist, Herr Kubicki: Dinge, die notwendig sind, um den Geschäftsverkehr von Kiel abzuwickeln, tragen wir mit. Das habe ich hier und in allen Statements, die ich auf allen Ebenen gemacht habe, immer wieder deutlich gesagt. Wenn es sich herausstellt, dass es aufgrund der neuen EU-Vorschriften notwendig wird, die Landebahn um 200 m zu verlängern, dann werden wir gemeinsam - auch mit der SPD und allen anderen Fraktionen - darüber nachdenken, wie wir diese 200 m unterbringen - entweder durch eine Verlagerung der Straße oder durch eine entsprechende Rampe auf der anderen Seite. Da gibt es sicherlich Möglichkeiten. Ich habe aber auch deutlich gemacht, dass ich Ausgaben in Höhe von 170 Millionen DM für **Investitionen**, um Charterverkehr nach Kiel zu ziehen, für eine falsche Alternative halte. Ich halte die Aussagen des Gutachtens für so fehlerhaft, dass ich fordere, den Gutachter in Regress zu nehmen, denn das, was mit dem Gutachten passiert ist, halte ich für geradewegs absurd.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Minister Dr. Rohwer das Wort.

**Dr. Bernd Rohwer**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kubicki, ich habe die Debatte nicht so widersprüchlich empfunden, wie Sie sie hier dargestellt haben. Ich habe in diesem hohen Hause einen bemerkenswerten Konsens darüber festgestellt, dass Kiel und die K.E.R.N.-Region als attraktive Wirtschaftsstandorte attraktive Verkehrsverbindungen - auch aus der Luft - brauchen. Es gab und gibt diese Einigung, für die ich sehr dankbar bin. Das gilt für die ganze K.E.R.N.-Region und das mittlere und nördliche Schleswig-Holstein. Mit Kiel-Holtenau haben wir einen **Regionalflughafen**, der zurzeit direkte Verbindungen nach Berlin, Frankfurt, Köln/Bonn und in wenigen Tagen auch nach München gewährleistet. Es gilt diese Verbindungen langfristig zu sichern. Wir wollen weitere Anbindungen an die großen Wirtschaftszentren, vor allem an Kopenhagen/Malmö und den Rhein-Neckar-Raum. Wir müssen rechtzeitig die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir in dieser Region auch in fünf, zehn oder 15 Jahren einen solchen leistungsfähigen und marktgerechten Flughafen haben.

Nun sagen die Fluggesellschaften und Gutachter, dass der Regionalverkehr in den nächsten Jahren von Turbo-Prop-Maschinen auf Jets umgestellt wird. Diese

**Jets** können schneller, leiser und - im Gesamtumlauf - auch wirtschaftlicher fliegen. Sie benötigen allerdings längere Start- und Landebahnen, als sie in Holtenau zurzeit vorhanden sind. Ob das 2.700 m sein müssen, bedarf noch einer Prüfung.

Wenn diese Einschätzung der Gutachter, die noch geprüft werden muss, richtig ist, besteht die Gefahr, dass die **Linienverbindungen** von und nach Kiel in den nächsten Jahren zurückgeführt und irgendwann ganz gekappt werden. Dies wäre nicht akzeptabel. Es gilt aber auch: Regionaler Luftverkehr muss jetzt und künftig so menschen- und umweltschonend wie möglich sein. Daher sage ich in Richtung F.D.P.: Man trifft eine Entscheidung in Richtung Flughafenausbau nicht auf Knopfdruck, sondern nach sorgfältiger Prüfung. Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass eine Entscheidung alle relevanten Aspekte berücksichtigt. Wir müssen und werden klären, ob die Einschätzung der Fachleute richtig ist, dass die schon eingeleitete Umstellung auf Jets weitergehen wird. Wir werden klären, ob für die neuen Flugzeuge und den künftigen wirtschaftlichen Betrieb der erforderlichen Linienverbindungen eine Bahnverlängerung in dem vom Gutachter empfohlenen Ausmaß erforderlich ist. Wir werden auch die Auswirkungen auf Umwelt und Lärm prüfen und die finanzielle Machbarkeit aufzeigen. Wären die Ausbaukosten reduzierbar? Wie sähen die Fördermöglichkeiten aus? Können private Finanzierungspartner eingebunden werden?

Natürlich prüfen wir auch, ob es realistische Alternativen zu einem Ausbau in Holtenau gibt. Vielen Dank an den SSW für die interessante Anregung.

(Heiterkeit)

Allerdings weisen die denkbaren Alternativen - Hohn und Neumünster - auch Probleme auf. Bei **Hohn** ist es vor allem die ungünstige verkehrliche Erreichbarkeit. In **Neumünster** besteht das Problem der Planung und Finanzierung eines völlig neuen Flughafens. Wer sieht, wie so etwas anderswo funktioniert, weiß, dass das keine leichte Aufgabe ist. Eine schnelle **Bahnanbindung an Fuhlsbüttel** muss kommen, aber nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zu einem leistungsfähigen Regionalflughafen.

(Beifall bei SPD, CDU, F.D.P. und SSW)

Wir prüfen dies - wie zugesagt - sorgfältig und ergebnisoffen. Ich sage aber auch: Nach der Prüfung müssen wir zügig entscheiden. Für Planung und Realisierung von Ausbau- oder Neubaumaßnahmen braucht man bis zu fünf Jahren. Deshalb ist mein Ziel, dass wir im Herbst dieses Jahres zu einer Entscheidung kommen. Die dazu erforderlichen ergänzenden Untersuchungen

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

sollen im Juli vorliegen. Dann werden sie ausgewertet und dann wird entschieden.

Zum Antrag der F.D.P.! Ich glaube nicht, dass Ihr Antrag unserem gemeinsamen Ziel dient, weil er über die notwendigen Vorklärungen hinweg geht. Wir sollten Ihren Antrag für den Herbst auf Wiedervorlage nehmen, wenn alle notwendigen Fakten auf dem Tisch liegen.

Zum Antrag der CDU sage ich Folgendes. Wir beantworten Ihnen gern alle Fragen - im Ausschuss oder wo auch immer. Für die in diesem Jahr zu entscheidende Frage brauchen wir aber kein neues **Luftverkehrskonzept**. Es gibt klare Festlegungen: **Fuhlsbüttel** ist und bleibt der Großflughafen für Hamburg und für Schleswig-Holstein. Kiel ist der Regionalflughafen für die K.E.R.N.-Region. Wie wir diese Funktion sichern, ist das Thema der nächsten Monate.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Dazu brauchen wir kein neues Konzept.

Herr Kayenburg, **Lübeck** hat für seinen Flughafen bereits einen maßvollen Ausbau beschlossen. Vielleicht sollten Sie sich einmal darüber informieren, wie dort die Lage ist. Dort wird es keine Probleme geben. Der Antrag wird nicht an Umweltschutzaspekten und auch nicht an der B 207 scheitern. Das habe ich öffentlich erklärt. Lieber Herr Geißler, dabei wird es auch bleiben. Es nützt auch nichts, wenn man in den „Lübecker Nachrichten“ immer wieder neue Überschriften produziert.

(Klaus Schlie [CDU]: Wir?)

Gerade weil wir alle ein Ziel haben, nämlich einen attraktiven Linienflugverkehr für die K.E.R.N.-Region zu sichern, bitte ich Sie alle: Tragen Sie dazu bei, dass die Diskussion in den nächsten Monaten ruhig und sachlich geführt wird, auch wenn es bei einem solchen Projekt schwer sein wird, mit allen Betroffenen einen Konsens zu erreichen. Die Diskussionen müssen fair und offen geführt werden. Bitte helfen Sie dabei mit.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, die Anträge an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

### **Verfassungsklage auf Beteiligung der Länder am UMTS-Auktionserlös**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 15/795

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Herr Abgeordneter Dr. Klug hat das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei der **Versteigerung der UMTS-Mobilfunklizenzen** hat der Bund den großen Reibach gemacht. Rund 100 Milliarden DM hat der Bundesfinanzminister als zusätzlichen **Geldsegen** verbuchen können. Wie dies im Bund-Länder-Finanzgeflecht verfassungsrechtlich zu bewerten ist, darüber gibt es geteilte Ansichten. Der Leipziger Rechtswissenschaftler Christoph Degenhart erklärte in einem Interview mit „FAZ.NET“ am 30. Januar auf die Frage, ob nicht eine Aufteilung der Erlöse zwischen dem Bund und den Ländern als eine legitime Kompensation für die mit der UMTS-Lizenzvergabe verbundenen Nachteile für die Länderfinanzen anzusehen sei - ich zitiere -:

„Wohl ja. Man muss sehen, dass es am Ende zu Steuerausfällen im Bereich der Körperschaftsteuer kommen wird. Das betrifft den Bund und die Länder. Die Einnahmen hingegen betreffen nach derzeitiger Handhabe nur den Bund. Die Einnahmen betragen immerhin rund 20 % des Bundeshaushaltes, sodass sich hier die Frage stellt, ob sich der Bund zuleisten der Länder saniert.“

Diese Frage stellt sich im Übrigen, wie hinzugefügt werden muss, in besonderer Weise für jene Länder, in denen Unternehmen, die UMTS-Lizenzen ersteigert haben, ihren Sitz haben, also auch für Schleswig-Holstein.

Es ist deshalb schlicht unverständlich, dass sich die schleswig-holsteinische Landesregierung bislang damit zufrieden gibt, aus den ersparten Zinsen, die der Bund im Zusammenhang mit dem UMTS-Reibach verbuchen kann, ein paar Berliner Hilfgelder zu erbetteln. Das wären im Übrigen nur Einmalzahlungen, aber keine dauerhaften Entlastungen. Könnte das Land an den UMTS-Erlösen einen Anteil von schätzungsweise 1,7 Milliarden DM erhalten, so brächte dies über einen entsprechenden Schuldenabbau eine dauerhafte Entlastung der künftige Haushalte, und zwar über die Zinsersparnisse, die wir dann erzielen könnten. Das ist ein hoher, fast dreistelliger Millionenbetrag. Wir könnten dann Aufgaben in Bildung und Wissenschaft



**(Dr. Ekkehard Klug)**

in einem Umfang finanzieren, wie wir es uns angesichts der Finanzlage des Landes in den letzten Jahren bislang gar nicht träumen lassen konnten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Diese Chance dürfen wir uns nicht durch die Finger schlüpfen lassen.

Warum die Landesregierung diese Chance nicht wahrnehmen will, bleibt aus unserer Sicht schleierhaft. Die Landesregierung und speziell die Ministerpräsidentin sind für starke Worte bekannt, auch gegenüber der Bundesregierung. Gut so! Sobald es aber darum geht, starken Worten auch entsprechende Taten folgen zu lassen, tritt in der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein plötzlich totale Funkstille ein. Wenn es darauf ankommt, dann wackelt der rot-grüne Kieler Schwanz mit dem rot-grünen Berliner Hund. Natürlich wäre es ein Politikum allererster Güte, wenn die rot-grüne Kieler Landesregierung neben den schwarzgelben beziehungsweise schwarzen Südländern gegen den Bund in dieser Sache Verfassungsklage erheben würde. Eine solche Entscheidung läge im wohlverstandenen Interesse des Landes.

Falls sich das Land für eine Klage entscheidet, könnte es den Karlsruher Richtern auch eigene Argumente zu einer Aufteilung, zur Art der Aufteilung eines eventuellen **Länderanteils an den UMTS-Auktionserlösen** vortragen. Ginge es nach den Vorstellungen der Bayerischen Staatsregierung, welche sie bereits in Karlsruhe vorgetragen hat, dann müsste die Aufteilung orientiert am Steueraufkommen der Länder erfolgen. Die besonderen Belastungen, die auf jene Länder zukommen, in denen Inhaber von UMTS-Lizenzen ihren Sitz haben, die also auch auf uns zukommen, blieben dabei unberücksichtigt. Das heißt, wir würden wieder einmal in die Röhre gucken.

Schleswig-Holstein könnte und sollte, wie wir meinen, für den Eventualfall, dass Karlsruhe einen Länderanspruch bejahen sollte, seine speziellen Belange, was die Frage der Aufteilung angeht, im Verfahren gleich geltend machen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Im Übrigen meinen wir, es könne doch nicht so sein, dass sich unser Land in Berlin auf Dauer mit der Rolle eines Bettlers abfindet, zumal ein Bettler oft feststellen muss, dass ihm die ganze Bettelei am Ende nicht einmal einen Hosenknopf einträgt. Andere Bundesländer haben uns - etwa bei der Steuerreformgesetzgebung oder nun auch in Sachen UMTS-Klage - vorgeführt, wie man entschlossen für die eigenen Interessen kämpft. Eine Landesregierung, die das nicht zu tun vermag, ist ganz einfach schlapp.

(Beifall bei der F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Kähler.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Uschi, rede keinen Quatsch!)

**Ursula Kähler [SPD]:**

Wolfgang, ich werde mir Mühe geben. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bereits vor dem Auktionsabschluss hatten Koalitionsfraktionen und Bundesregierung klare **Prioritäten** für die **Verwendung der Versteigerungserlöse** aus der Auktion der UMTS-Lizenzen gesetzt. Diese Sondereinnahmen sollen und werden vollständig zur Rückführung der Staatsschulden eingesetzt werden. Damit, sehr geehrter Herr Dr. Klug, sollen haushaltspolitische Fehlentwicklungen der 90er-Jahre korrigiert werden und der finanzpolitische Spielraum für zukunftsweisende Investitionen wieder hergestellt werden.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Wollen Sie das noch 20 Jahre lang erzählen?)

- Herr Wadephul, wenn es denn nötig ist, ja.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Wenn es denn richtig wäre!)

- Die Perspektive, Herr Kollege Kayenburg, die Erlöse Bund und Ländern zu gleichen Teilen zuzusprechen, ist sehr verlockend, zumal - das möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich machen - der Versteigerungserlös, bevor er überhaupt eingenommen wurde, von den unterschiedlichsten Gruppen, Gruppierungen, Parteien und Fraktionen schon mindestens dreimal verbraten worden ist. Das erinnert mich, mit Verlaub, an die damalige Diskussion über die Möglichkeiten beziehungsweise nicht vorhandenen Möglichkeiten zur Finanzierung des Jägers 90.

Man sollte nun die Kirche im Dorf lassen und erkennen, dass der **Abbau der hohen Staatsschulden** unabweisbar ist. Wenn die Bundesrepublik politisch handlungsfähig sein will, gibt es zu der erklärten Absicht keine vernünftige Alternative.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Die vorgesehene Verwendung ist außerdem volkswirtschaftlich gesehen völlig in Ordnung. Ich habe hin und wieder durchaus sehr viel Sympathie für solche Äußerungen, wie sie in der „Landeszeitung“ gestanden

(Ursula Kähler)

haben, dass ein wenig politische Renitenz nicht schaden könne.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] )

Eine solche Renitenz wäre in diesem Falle aber völlig kontraproduktiv.

Die Entscheidung zur Tilgung der Altschulden hat nun zur Folge, dass jährlich 5 Milliarden DM weniger Zinsen gezahlt werden müssen. Es kommt ausschließlich den Bundesländern zugute, dass diese Zinsersparnis für die Umsetzung eines Zukunftsinvestitionsprogramms eingesetzt wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hauptsächlich den südlichen Bundesländern!)

Wenn Sie, Herr Kollege Klug, sagen, dass es allenfalls einen Hosenknopf einbringe, müssen Sie verdammt teure Hosen haben.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Ist denn schon etwas zugesagt?)

- Das ist festgelegt. Das kann man auch nachlesen. Fragen Sie einmal Ihren Kollegen Koppelin; er weiß das.

Nun kann man sich darüber streiten, ob es ausreicht, dass für diese Einsparung lediglich drei Jahre festgelegt wurden, oder ob nicht eventuell eine Nachbesserung vorgenommen werden sollte, Herr Minister, ob also nicht an eine Verlängerung der Laufzeit für das Zukunftsinvestitionsprogramm gedacht werden sollte. Ich will auch gar nicht verhehlen, dass der Verkauf der Lizenzen vorübergehend zu Steuerausfällen führt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Gesellschaften, die diese Lizenzen erworben haben, werden diese doch aber wohl kaum nur in die Schublade oder in den Tresor legen, sondern sie werden sie nutzen und kräftig investieren. Das wiederum bringt dann auch Geld in die Kassen der entsprechenden Länder.

Ich will Ihnen hier auch Folgendes noch einmal deutlich in Erinnerung rufen: Wie orientierungslos bisher seitens der CDU und, wie ich leider sagen muss, in Teilbereichen auch seitens der F.D.P. über die erzielten Erlöse diskutiert wurde, weist zum einen der CDU-Parteitag in Essen vom April vergangenen Jahres aus. Während Frau Merkel und Herr Merz verkündeten, dass sogar die Zinsersparnisse zum Schuldenabbau eingesetzt werden sollten, wurde auf dem Bundesparteitag der CDU in Essen im vergangenen Jahr der Antrag E 35 angenommen, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, die betreffenden **Verkaufserlöse** nicht in der Bundeskasse versickern zu lassen, sondern zweckgebunden für den zügigen **Ausbau der Infrastruktur** strukturschwacher Regionen einzuset-

zen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war im April 2000.

Was im April 2000 geschah, hinderte den CDU-Bundesvorstand auf seiner Klausurtagung am 7. September 2000 in Hildesheim überhaupt nicht daran, übereinstimmend zu erklären, die Erlöse insgesamt sollten ausschließlich zum Schuldenabbau verwandt werden. Auch Hermann Otto Solms von der F.D.P. forderte im September 2000 noch - ich zitiere -, „auch die Zinsersparnisse zum Schuldenabbau zu nutzen“.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hat das Land keine Schulden, Frau Kollegin?)

In diesem Zusammenhang verweise ich außerdem auf die Herren Brüderle und Rexrodt. Ich werde alle diese Forderungen keinesfalls kommentieren. Ich ziehe für meine Fraktion jedoch folgende Schlussfolgerung. Wir werden dem Antrag der F.D.P. auf Beteiligung des Landes an der **Verfassungsklage zur Länderbeteiligung an den UMTS-Erlösen** nicht zustimmen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dafür lieber beim Transrapid!)

- Uns allen, Herr Kayenburg, müsste sehr viel mehr daran gelegen sein, interfraktionell für klare Maßstäbe zur Neuordnung des Finanzsystems einzutreten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Insbesondere hier im Lande, jawohl!)

Dann würden nämlich solche absurden Auseinandersetzungen endlich der Vergangenheit angehören. Im Übrigen, Herr Kollege Kubicki, habe ich in der einschlägigen Fachliteratur und auch in der jeweiligen Kommentierung dazu keinen Hinweis darauf gefunden, dass bei der Verteilung einmaliger Einnahmen ein Anspruch der Länder auf eine Verteilung im Verhältnis von 50 : 50 zwischen Bund und Ländern bestünde.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] )

- Ja, ich weiß, es war nicht die „Bild“-Zeitung.

(Heiterkeit)

In der Finanzverfassung steht zu Versteigerungserlösen sowieso nichts. Deshalb beantrage ich für meine Fraktion Abstimmung in der Sache und Ablehnung des Antrages.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Wadehul das Wort.

**Dr. Johann Wadephul** [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Kähler! Zunächst einmal begrüße ich es sehr, dass Sie die Parteitagsbeschlüsse der CDU aufmerksam lesen. Daraus können Sie nur lernen und kommen voran.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist heute schon das zweite Mal!)

Nur, in der Sache hat der durchaus verhaltene Beifall Ihrer eigenen Fraktion gezeigt, dass Sie die Zeichen der Zeit an dieser Stelle nicht erkannt haben. UMTS - das Zauberkürzel für unerwartete Mehreinnahmen zur Tilgung von Staatsschulden für Hans im Glück - ist eben ein neuer Fall auch für die juristische Literatur. Darüber müssen wir neu nachdenken.

Wenn Sie nun sagen, da würden gerade auf **Bundesebene Schulden** getilgt, dann sagen wir dazu: Das ist im Grundsatz richtig, das unterstützen wir, das ist eine richtige Maßnahme. Aber ich darf Sie freundlich darauf hinweisen - wenn ich richtig informiert bin, sind Sie an der Erarbeitung und Verabschiedung unserer Haushaltspläne hier in Schleswig-Holstein innerhalb Ihrer Fraktion nicht unwesentlich beteiligt -: Auch **Land** und **Kommunen** in Schleswig-Holstein haben reichlich Schulden. Fast 32 Milliarden DM Schulden haben wir in Schleswig-Holstein. Auch hier gibt es einen großen Bedarf, diese zu tilgen, und, wenn es Veräußerungserlöse gibt, sie an dieser Stelle einzusetzen, um Zukunftssicherung für das Land zu betreiben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wie ist nun die Situation? Der Bund kassiert die UMTS-Erlöse. Den Schaden haben die Länder und Kommunen. Sie müssen sich auf erhebliche Steuermindereinnahmen durch die Abschreibung der Lizenzkosten bei den Ersteigern einstellen.

Die dem Bund aus der Versteigerung zugeflossenen Erlöse belasten das Geschäftsergebnis der betreffenden Unternehmen. Die Lizenzen sind mindestens auf die Laufzeit von 20 Jahren abzuschreiben. Dadurch vermindert sich der Gewinn der betroffenen Unternehmen mit der Folge erheblicher **Steuermindereinnahmen**. Zwar ist hiervon auch der Bund - das räume ich ein - mit seinem Anteil an der Körperschaftsteuer betroffen. Bei den Einnahmen in dreistelliger Milliardenhöhe ist das jedoch erheblich leichter zu verkraften, während zugleich Länder und Kommunen daraus resultierende Steuermindereinnahmen von 27 Milliarden DM in den nächsten Jahren schultern müssen.

In Schleswig-Holstein - ein Land, in dem mit der Firma MobilCom in Büdelsdorf einer der UMTS-Lizenznehmer ansässig ist - sind die Steuerausfälle erheblich. Auf eine Kleine Anfrage unseres Kollegen Werner Kalinka hat der Finanzminister mitgeteilt, dass allein im Jahre 2000 mit Steuerausfällen für Land und Kommunen von zusammen 18 Millionen DM gerechnet werden müsse, ab 2001 - so, Herr Minister, haben Sie berichtet - sogar mit 43 Millionen DM jährlich.

Ich habe aus der Antwort auf meine Kleine Anfrage erfahren, dass die Gemeinde Büdelsdorf im Jahre 2001 sogar erhebliche Beträge aus der allgemeinen Rücklage wird entnehmen müssen, um den Haushalt überhaupt noch ausgleichen zu können, und 2002 wird sie, Herr Minister Möller - Sie sollten das dem Herrn Innenminister berichten - am Tropf der Gemeindefinanzierungsleistungen hängen. Das sind Beträge, für die es sich für Schleswig-Holstein, für das Land und die Kommunen, in Berlin zu kämpfen lohnt.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr gut!)

Die CDU- beziehungsweise CSU-regierten Länder Baden-Württemberg - das wird im Übrigen in Zukunft auch so bleiben, das werden Sie am Sonntag erleben -, Hessen und Bayern haben diesen Kampf aufgenommen; denn es ist nicht einzusehen, dass der Bund hohe Einnahmen erzielt, bei den Ländern und Gemeinden aber nur die Steuerausfälle bleiben.

Und was unternimmt die Ministerpräsidentin Frau Simonis? - Nichts, überhaupt nichts für unser Land und unsere Kommunen! Erst die massiven Kürzungspläne der Landesregierung gegenüber den Kommunen beim kommunalen Finanzausgleich, dann diese Steuerausfälle durch die UMTS-Lizenzen ohne politische Gegenwehr der rot-grünen Landesregierung! Finanzpolitik, Frau Simonis, ist in Schleswig-Holstein eben nicht mehr Chefsache.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war noch nie Chefsache!)

- Auf dem Weg in eine höhere Verschuldung war es Chefsache, Herr Kollege Kubicki.

Als Trostpflaster hat der Bundesfinanzminister den Ländern angeboten, die Zinsersparnisse des Bundes, die aus der Senkung der Verschuldung entstehen, für zusätzliche Maßnahmen in den Ländern in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Forschung sowie Umweltschutz einzusetzen. Aber da sind die süddeutschen Länder wieder einmal schneller. Sie ziehen einfach fertige Programme aus der Schublade. So erhalten die beruflichen Schulen des Landes Baden-Württemberg,

(Dr. Johann Wadephul)

Frau Erdsiek-Rave, allein 35 Millionen DM für die Ausstattung mit modernen Technologien und Medien. Schleswig-Holstein steht auch wieder mit leeren Händen da. Nichts in der Schublade! Aber Sozialdemokraten nutzen Schubladen bekanntlich für andere Zwecke.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die einseitige Verbuchung der **UMTS-Erlöse** zugunsten des Bundes verstößt, Frau Kollegin Kähler, klar gegen die im Grundgesetz verankerte föderale Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern. Zu diesem Ergebnis kommt ein von Bayern in Auftrag gegebenes verfassungsrechtliche Gutachten. Aus diesem Gutachten ergibt sich, dass die Länder wegen der **gemeinschaftlichen Ertragshoheit** von Bund und Ländern einen Anspruch auf die hälftige Teilhabe an den Erlösen haben. Zumindest sind aber die Länder und Gemeinden mittelbar im Wege der Neuverteilung der Umsatzsteuer an den Erlösen zu beteiligen, da das Grundgesetz vorschreibt, dass die Umsatzsteuer neu festzulegen ist, wenn sich das Verhältnis zwischen den Einnahmen und den Ausgaben des Bundes und der Länder wesentlich anders entwickelt. Und das kann man an dieser Stelle feststellen.

Deswegen, Frau Ministerpräsidentin: Wenn Sie denn bei der Neuordnung des **Länderfinanzausgleichs** so tun, als würden Sie die Interessen des Landes Schleswig-Holstein nachhaltig gegenüber dem Bund vertreten, dann fordere ich Sie auf, auch in diesem Fall nicht sofort, wie Sie es in den „Lübecker Nachrichten“ getan haben, und von vornherein zu sagen, die Sache sei rechtlich klar, das Geld stehe dem Bund zu. Welches Verständnis ist das überhaupt von einem föderalen Staatswesen?

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Treten Sie für das Land ein!

Bayern, Baden-Württemberg und Hessen haben diese verfassungsrechtlich abgesicherte Auffassung hartnäckig gegenüber dem Bundesfinanzminister vertreten. Nachdem sich der Bundesfinanzminister geweigert hat, die Länder zu beteiligen, haben diese Länder konsequenterweise Klage beim Bundesverfassungsgericht wegen Nichtbeteiligung der Länder an den UMTS-Erlösen erhoben.

Sie sind damit zum Wohl Ihres Landes und damit aus Fürsorge für Ihre Kommunen tätig geworden.

Machen Sie, Frau Ministerpräsidentin, in dieser Sache Finanzpolitik wieder zur Chefsache. Vertreten Sie die Interessen unseres Landes auch gegen eine rot-grüne Bundesregierung.

(Beifall des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU])

Springen Sie über Ihren eigenen Schatten und schließen Sie sich den Ländern Bayern, Baden-Württemberg und Hessen im finanzpolitischen Verteilungskampf gegenüber dem Bund an.

Wir stimmen dem Antrag der F.D.P.-Fraktion ausdrücklich zu und erwarten von der Landesregierung, dass Sie die Finanzinteressen des Landes und der Kommunen in Schleswig-Holstein hartnäckig vertritt.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

**Monika Heinold** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dass die CDU diesem Antrag zustimmt, überrascht mich nicht.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Macht Sie aber traurig!)

Ich erinnere an die Debatte von eben, an Ihren Antrag zum Ehrenamt. Die Durchsetzung der in Ihrem Antrag erhobenen Forderungen hätte - der Finanzminister hat es gesagt - 26 Milliarden DM im Jahr gekostet. Das heißt, Sie bräuchten die UMTS-Mittel - -

(Heinz Maurus [CDU]: Der Finanzminister schüttelt den Kopf! - Klaus Schlie [CDU]: Das hat er nicht gesagt!)

- Das hat er nicht gesagt? - Doch!

(Minister Claus Möller: Ehrenamtliche insgesamt steuerfrei gestellt! - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Einen Moment, Frau Abgeordnete! Bei allem Verständnis bitte ich, Meinungsäußerungen von der Regierungsbank aus zu unterlassen.

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das fordern wir schon seit Jahren, Frau Präsidentin!)

Sie haben das Wort, Frau Abgeordnete.

**Monika Heinold** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Auf jeden Fall sind die Anträge, die Sie hier stellen - ich betone das immer wieder gern -, so teuer, dass Sie das alles sowieso nicht werden bezahlen können.

Jetzt sagen Sie, UMTS soll nicht voll in die **Entschuldung des Bundes** gehen. Darüber kann man fachlich

(Monika Heinold)

streiten. Das haben wir hier im Landtag schon getan. Das ist ein halbes Jahr oder ein Dreivierteljahr her. Ich habe Ihnen damals gesagt, was ich heute gern wiederholen möchte: Wir sind mit dem vorgeschlagenen Weg der Bundesregierung einverstanden, die 99 Milliarden DM für die Entschuldung des Bundes zu nehmen. Diese Entschuldung ist dringend notwendig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß, dass wir auch in Schleswig-Holstein gern Geld hätten, um die Neuverschuldung zu reduzieren. Deshalb reise ich mit meinem Kollegen Hentschel immer wieder sehr gern und regelmäßig nach Berlin. Wir kämpfen dort ganz stark - -

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: So, so! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was machen Sie da? - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das verursacht bloß Reisekosten!)

Sie haben solche Probleme nicht, weil Sie nicht regieren. Deshalb können Sie sich hier locker hinsetzen, lachen und immer die Fahne der Forderung hochschwenken.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was haben Sie aus Berlin schon mitgebracht?)

Herr Hentschel und ich haben ganz andere Probleme.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was haben Sie bisher mitgebracht?)

Wir regieren in Berlin und wir regieren in Schleswig-Holstein. Es soll alles so bleiben, dass wir als Fraktion die Regierung stützen und mittragen. Deswegen reisen wir regelmäßig nach Berlin

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

und werben bei unseren eigenen Leuten dafür - -

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich bitte um etwas mehr Ruhe. - Bitte!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir würden gern wissen, was die in Berlin machen!)

- Sehr geehrter Herr Abgeordneter Kubicki, dies alles können Sie nach der Sitzung in Ruhe klären. Ich bitte, jetzt Frau Abgeordnete Heinold reden zu lassen.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich habe viel Zeit. Das Thema ist nicht neu. Sie kennen unsere Position. Insofern habe ich viel Zeit. Ich trete die letzten sieben Minuten gern mit Ihnen in Kommunikation.

(Zuruf von der CDU: So lange noch?)

Ich versuche noch einmal, meinen Satz zu beenden. Wir werben sehr ernsthaft dafür, dass der Bund seine zukünftigen Reformen überwiegend selbst bezahlt und die Länder nicht weiter belastet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Steuerreform war teuer genug. Die CDU hatte eine Steuerreform vorgeschlagen - die F.D.P. auch -, die uns sehr viel mehr gekostet hätte. Wir haben Wohngeld, Heizkosten, Gefangenenentlohnung, sehr viele Dinge mitgetragen. Jetzt steht die Debatte um die Rentenreform, aber auch um BSE aus. Das Interesse muss sein, dass den Ländern nur noch so viel an Belastungen aufgedrückt wird, wie sie schultern können. Das ist nicht mehr viel.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann stimmen Sie doch dem F.D.P.-Antrag zu!)

Ihr Antrag wird uns heute nicht von der Linie abbringen zu sagen: Es war richtig, dieses Geld für die Entschuldung in Berlin zu nehmen. Es war richtig, die Zinsersparnisse für **Zukunftsinvestitionen** zu nehmen.

Da Sie es nicht wissen - das machen zumindest Ihre Redebeiträge deutlich -, sage ich Ihnen noch einmal, wo diese Mittel in Schleswig-Holstein ankommen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Das Bahnnetz, besonders die Strecke Rendsburg-Flensburg und die Langsamfahrstellen, zum Beispiel Hochbrücke Hochdonn, werden generalüberholt. Die Kürzungen für den Straßenbau werden zurückgenommen und einige Umgehungsstraßen in Schleswig-Holstein werden gebaut. Schließlich gibt es eine Förderung der Heizkosten senkenden Altbausanierung zur CO<sub>2</sub>-Minderung und eine Forschungsförderung bei der Entwicklung der Brennstoffzellentechnologie sowie ein Investitionsprogramm für Hochschulen und Berufsschulen.

Ich finde dies ausgesprochen gut. Ich wünsche mir von der Opposition, dass sie, wenn sie künftig Vorschläge für Reformen macht, die Finanzierung mitliefert

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Machen wir regelmäßig!)

oder zumindest erwähnt. Ich werde gemeinsam mit Herrn Hentschel weiter nach Berlin fahren,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Solange Sie noch können!)

um meiner Bundestagsfraktion intensiv zu sagen, dass wir als Land Schleswig-Holstein genug an Belastung

(Monika Heinold)

getragen haben und Entlastung erwarten - auch von der Steuerreform.

Sie haben immer gemeinsam gesagt - das sage ich an die Damen und Herren auf der rechten Seite gerichtet; das war Ihre Theorie -: Wenn wir eine Steuerreform machen, bei der wir Steuersätze heruntersetzen, springt die Konjunktur an und wir haben letztlich mehr Einnahmen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Sie haben vergessen, den Mittelstand zu entlasten! Das sind die Leute, die Arbeitsplätze schaffen!)

Ich hoffe, dass dies jetzt aufgeht und wir auch in Schleswig-Holstein davon profitieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Unruhe)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Spoorendonk. - Ich bitte diejenigen, die sich unterhalten, dies nicht lauter zu tun, als die Rednerin redet.

(Heiterkeit)

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Ich kann sehr laut reden, wenn es sein muss.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn es seitens der Bundesregierung eine andere Alternative gegeben hätte, als eine Auktion zur Versteigerung der UMTS-Lizenzen abzuhalten, kann man die rund 100 Milliarden DM Einnahme, die Bundesfinanzminister Eichel daraus erhalten hat, durchaus mit einem Gewinn im Lotto vergleichen, nämlich mit einem großen Lottogewinn, der einem minderbemittelten Zeitgenossen mit einer armen und verschuldeten Familie zufällt.

Natürlich könnte in so einer Familie schnell die verständliche Forderung aufkommen, dieser Lottogewinner möge doch zumindest einen Teil seines Gewinns an seine engsten Familienmitglieder verteilen. Das wäre eine moralisch sicherlich nicht unberechtigte Forderung dieser Familienmitglieder, denn geteilte Freude ist doppelte Freude.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Na, dann mal los!)

Wenn dieser Lottogewinner nun - entgegen jeder Erwartung - seine Familie mit der Begründung, er wolle erst einmal seine eigenen Schulden begleichen, nur an einem sehr geringen Teil seines Gewinns teilhaben lassen wollte: Was würde dann passieren?

(Martin Kayenburg [CDU]: Familienkrach!)

Sicherlich käme keiner in dieser Familie auf die merkwürdige Idee, gegen diese Entscheidung gerichtlich vorzugehen.

Genau diese Situation ist jetzt in Verbindung mit den UMTS-Auktionserlösen des Bundes entstanden. Die Bundesländer Bayern, Hessen und Baden-Württemberg haben vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine Klage gegen die Bundesregierung angestrengt, um zu erreichen, dass der UMTS-Auktionserlös zur Hälfte den Ländern zufließt.

Auf den ersten Blick mag das eine nachvollziehbare Entscheidung sein; denn bei allem Respekt für den Beschluss der Bundesregierung, die Verkaufssumme für die UMTS-Lizenzen in Höhe von 99 Milliarden DM in voller Höhe zur Sanierung des Bundeshaushalts zu verwenden, hätte es natürlich auch der SSW gern gesehen, dass die Länder und Kommunen einen angemessenen Anteil aus den Einnahmen bekommen hätten.

Es ist richtig, dass sich die **Steuerausfälle** in Verbindung mit dem Verkauf der Lizenzen für Land und Kommunen allein in Schleswig-Holstein pro Jahr auf zweistellige Millionenhöhe belaufen werden, da die Lizenzerwerber die Kosten von der Steuer absetzen können.

In der Beantwortung einer Kleinen Anfrage nennt die Landesregierung mögliche Steuerausfälle für die Länder und Kommunen in Höhe von zirka 1,8 Milliarden DM auf Bundesebene und knapp über 40 Millionen DM in Schleswig-Holstein nur für das Jahr 2001. Dazu kommt, dass die Länder natürlich die Einnahmen aus den Erlösen ebenfalls zur Tilgung ihrer Schulden hätten benutzen können.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Man kann also sehr wohl kritisieren, dass der Bund nur die durch den vorgesehenen Schuldenabbau jährlich anfallenden **Zinersparnisse** in Höhe von rund 5 Milliarden DM in den nächsten drei Jahren für **Strukturinvestitionen** in den Ländern bereitstellen will, und zwar in Bereichen, nämlich Schienen- und Straßenprojekte, Bildung/Forschung und Altbausanierung, für deren Finanzierung er sowieso die Verantwortung trägt. Von daher war es eine berechtigte Forderung - die hat auch der SSW unterstützt -, dass ein Teil der UMTS-Erlöse den **Ländern** und **Kommunen** zur Sanierung ihrer Haushalte zur Verfügung gestellt werden muss.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der CDU)

(Anke Spoorendonk)

Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, dies war eine politische Forderung, die man auf politischem Wege durchsetzen muss. Wenn man derzeit aber nicht über die nötigen Mehrheiten verfügt - sei es im Bundestag oder im Bundesrat -, sollte man das als gute Demokraten auch so hinnehmen. Das gehört sozusagen zum politischen Geschäft; und die nächsten Wahlen kommen ja bestimmt.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

In der Bundesrepublik gibt es aber - leider, sage ich - eine ausgeprägte Kultur, bei demokratischen Abstimmungsniederlagen das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Um es klar zu sagen: Wir haben grundsätzliche Probleme damit, dass die politische Auseinandersetzung um die richtigen Entscheidungen für unser Gemeinwesen zunehmend vor dem **Bundesverfassungsgericht** ausgetragen werden.

(Beifall beim SSW)

Natürlich gibt es grundsätzliche und übergeordnete Themen, die vom Bundesverfassungsgericht entschieden werden müssen und auch entschieden werden sollten. Aber viel zu oft wird das Bundesverfassungsgericht als Instrument im politischen Kampf missbraucht.

(Beifall bei SSW und SPD)

Das gilt unserer Meinung nach auch in diesem Fall.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber die Klage gegen das Transrapidgesetz habt ihr unterstützt! Das ist komisch!)

Lieber Kollege Kubicki, darüber können wir uns gern nachher unterhalten, aber ich möchte jetzt erst einmal mit meiner Argumentation fortfahren.

Die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen beziehen sich in ihrer Klage auf ein Verfassungsgutachten des Finanzverfassungsrechtlers Professor Stefan Koriath. Ich habe das Gutachten selbst nicht lesen können, aber nach Angaben der bayrischen Staatsregierung vertritt der Professor in seinem Gutachten die Auffassung, dass die **UMTS-Erlöse** bei der Verteilung der Umsatzsteuer zwischen Bund und Land berücksichtigt werden müssen, da sie in die so genannte **Deckungsquote** eingestellt werden müssen. Nach der Deckungsquote wird gemäß Art. 106 Abs. 3 und Abs. 4 des Grundgesetzes der Anteil von Bund und Ländern an der Umsatzsteuer bestimmt. Danach haben Bund und Länder im Rahmen der laufenden Einnahmen gleichmäßig Anspruch auf Deckung ihrer notwendigen Ausgaben. Der Gutachter kommt laut der bayrischen Staatsregierung zu der Auffassung, dass es sich bei den vereinnahmten Lizenzlizenzen gerade um

so genannte Einnahmen im Sinne von Art. 106 Abs. 3 Nr. 1 des Grundgesetzes handelt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Einen Moment, bitte, Frau Abgeordnete. Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Es bestehe also ein Anspruch der Länder auf Neufestsetzung der **Umsatzsteueranteile**, weil die UMTS-Erlöse eine wesentliche Veränderung im Bund-Länder-Verhältnis bewirkten. Soweit der Gutachter.

Die Frage ist aber, ob eine **Verfassungsklage** auf der Grundlage dieses Gutachtens politisch angemessen ist. Wir meinen, nein. Zum einen sind wir skeptisch, inwieweit einmalige Einnahmen wie die UMTS-Erlöse eine Neufestsetzung der Umsatzsteueranteile begründen können, zum anderen ist gerade die Frage der allgemeinen Maßstäbe für die Verteilung des Umsatzsteueraufkommens ein wichtiger Bestandteil der aktuellen Diskussion über die Reform des Föderalismus. In dieser Debatte sollten wir mit aller Macht dafür eintreten, dass die zukünftige Verteilung der Einnahmen und Ausgaben zwischen Bund, Land und Kommunen in einem vernünftigen Verhältnis zur Aufgabenverantwortung steht. Hier und nicht vor dem Bundesverfassungsgericht muss der politische Kampf zwischen Bundesregierung und Bundesrat geführt werden.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Wir können also der Forderung der F.D.P., dass sich die Landesregierung der Verfassungsklage anschließen soll, nicht zustimmen.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Minister Möller das Wort.

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Frau Präsidentin, ich bedanke mich außerordentlich, dass die Regierung jetzt das Wort nehmen darf.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort bekommen Sie jederzeit erteilt, Herr Minister.

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat sich bereits in der Antwort auf die Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Arp zu einer möglichen Beteiligung an der Verfassungsklage der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen geäußert und gesagt, wir gedenken uns dieser Klage nicht anzuschließen. Dafür gibt es im Wesentlichen drei Gründe:

Erstens. **Verfassungsklagen** der Länder Hessen, Baden-Württemberg und Bayern prüfen wir immer besonders sorgfältig. Wir haben noch die Verfassungsklage dieser Länder zum Länderfinanzausgleich in unangenehmer Erinnerung, wo man uns Hunderte von Millionen beim jährlichen Finanzausgleich streitig machen wollte.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Aber erfolgreich!)

Zweitens. Diese Skepsis hat dazu geführt, dass eine Prüfung bei uns zu der Auffassung gekommen ist, dass das ausgehandelte Vorgehen sehr wohl verfassungskonform ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann haben Sie aus der ersten Klage nicht gelernt!)

Der **Bund** ist für die **Telekommunikation** zuständig. Insofern stehen ihm auch Einnahmen aus diesem Bereich zu, genauso wie natürlich einmalige Einnahmen durch Veräußerungserlöse in unserem Bereich nur uns zugute kommen und nicht anderen. Die Freude über die einmalige Einnahme, die zu einer Absenkung der Neuverschuldung geführt hat, ist beim Bund dadurch etwas getrübt, dass der Kurs der Telekom-Aktie nun nicht gerade euphorisch auf das hohe Engagement der Telekom bei UMTS reagiert hat. So kommen die Einnahmen dem Bund auch nicht netto in voller Höhe zu.

Frau Kollegin Spoorendonk hat es gerade schon gesagt: Ehe man einen Rechtsanspruch ableiten kann, müssen erst einmal die **Deckungsquoten** bei der Umsatzsteuer berechnet werden. Auch wir haben uns die diesbezüglichen Regelungen angesehen. Dort heißt es aber: wenn sich die Einnahmen und Ausgaben auf Dauer verschieben. Hier handelt es sich aber um eine einmalige Einnahme. Selbst wenn das so wäre, denke ich, dass es auch hier das Gebot der Stunde ist, das nicht vor Gericht auszutragen, sondern auszuhandeln.

Die Deckungsquote ist natürlich ein wesentlicher Bestandteil bei der Auseinandersetzung zwischen Bund und Ländern im Rahmen des **Länderfinanzausgleichs**.

**ches.** Ich will nun die Verhandlungsposition der Länder nicht schwächen, aber die Meinungen gehen hier sehr auseinander. Der Bund macht die Rechnung auf, dass sich die Deckungsquoten zu seinen Lasten in Höhe eines dreistelligen Millionenbetrages entwickelt haben, während wir Länder bestenfalls von einem Patt reden oder von kleinen Verschiebungen zu unseren Lasten. So goldig ist die Verhandlungsposition der Länder in dieser Frage nicht.

Es ist aber auch nicht zu leugnen - das ist hier auch in der Antwort auf eine Kleine Anfrage gesagt worden -, dass es in den Sitzländern der Unternehmen zu **Steuerausfällen** kommt. Die Zahlen, die wir Ihnen genannt haben, sind richtig. Das Worst-case-Szenario besteht, wenn die Ausgaben in der kürzesten Zeit abgeschrieben werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es trifft uns vergleichsweise härter!)

Aber die Investitionen und die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen in den Sitzländern werden dem nicht gegengerechnet. So wurden zwar in Büdelsdorf zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, dennoch bleibt es dabei: Die Einnahmeausfälle sind höher als etwa die zusätzlichen Einnahmen bei der Einkommensteuer durch zusätzliche Arbeitsplätze in Büdelsdorf, denn es wohnen dort nicht alle. Das ist nicht zu leugnen.

Jetzt komme ich zu dem dritten Punkt - das Thema haben wir ja heute Morgen schon leicht andiskutiert -, die pro-Kopf-Verschuldung - lassen wir die Finanzsituation in Büdelsdorf einmal beiseite -, die sicherlich dem einen oder anderen bekannt ist. Es ist ja nicht zu leugnen, dass unser finanzpolitisches Strukturproblem die hohe Zinslast durch die hohen Schulden ist. Aber das gilt - ich sage das ohne Wertung, obwohl man dies auch bewerten könnte - allemal für den Bund.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Es muss doch seine Gründe gehabt haben, dass die Schulden in der glorreichen Ära Gelb-Schwarz von 350 Milliarden DM auf 1,5 Billionen DM angestiegen sind. Die Zinslast des Bundes ist anteilmäßig sogar noch höher als unsere. Unter den gegebenen Umständen - Maastricht-Kriterien und dergleichen - ist die Tatsache, dass die Mittel ausschließlich zur **Schuldensenkung** verwendet werden, schon ein gutes Verhandlungsergebnis. Wie wir es gesagt haben, ist dies allerdings konditioniert insofern, als die sich ergebende **Zinersparnis** in wichtige **Investitionen** in den Bereichen Bildung, Forschung und Infrastruktur geleitet werden soll. Ich will die Zahlen noch einmal nennen: Sie belaufen sich jährlich auf 600 Millionen DM für Bildung und Forschung, 2 Milliarden DM für Infrastrukturmaßnahmen der Bahn, 900 Millionen DM



**(Minister Claus Möller)**

für den Straßenbau, 400 Millionen DM für die Gebäudesanierung und 100 Millionen DM für die Energieforschung. Zusammen ergibt dies über drei Jahre 12 Milliarden DM.

Jetzt will ich die Zahlen für **Schleswig-Holstein** nennen. Herr Abgeordneter Wadephul, es ist nicht so, wie Sie meinen, dass Schleswig-Holstein nichts abbekommen hat. Für **berufliche Schulen** kommen für die Jahre 2001 und 2002 in einer genau festgelegten Quote 8 Millionen DM in Schleswig-Holstein an. Die Ausschreibung dafür läuft bereits.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Von wie viel Millionen?)

8 Millionen DM für berufliche Schulen in Schleswig-Holstein! Das ist anteilmäßig gemäß der Bevölkerung gerechnet und macht in Baden Württemberg natürlich entsprechend mehr aus.

(Unruhe)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um etwas mehr Ruhe.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

In Schleswig-Holstein kommen für die Jahre 2001 bis 2003 für den Straßenbau mehr als 110 Millionen, für Gebäudesanierung und CO<sub>2</sub>-Minimierung - wenn diese Programme ausgeschöpft werden - 117 Millionen DM an.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hinzu kommen Mittel für die Grundlagenforschung, Offshore und Ähnliches. Die wichtigsten Projekte im Bereich der Schienenwege sind genannt worden; für Hamburg und Schleswig-Holstein zusammen - ich denke, auch wir müssen ein Interesse an dem Schienennetz in Hamburg haben - kommen 240 Millionen DM an. Hinzu kommen die Mittel durch die Aufstokkung im Rahmen des Städtebauförderungsgesetzes.

Es ist also nicht so, dass in diesen Jahren in Schleswig-Holstein nichts für wichtige Infrastrukturmaßnahmen ankommt. Ich gebe Ihnen Recht: Es handelt sich um ein Dreijahresprogramm. Wir werden die Deckungsquote mit dem Bund zu verhandeln haben, insbesondere auch im Zusammenhang mit dem Län-

derfinanzausgleich. An Streitpunkten in den Verhandlungen mit dem Bund, was die Länderbeteiligung angeht, haben wir genug in der Pipeline: Ich denke an BSE, ich nenne die Rentenversicherung und den Länderfinanzausgleich.

Zudem müssen wir uns die Frage stellen, wie es mit den Mitteln aus der Zinsentlastung nach den drei Jahren weitergeht. Sie können sicher sein, dass wir unsere Interessen dort deutlich vertreten werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist wie bei der Bundeswehr, wie bei Scharping!)

- Sie können das ja dann an den Ergebnissen im Rahmen des Länderfinanzausgleiches messen.

Ich sage noch einmal: Wir wollen uns an der Verfassungsklage nicht beteiligen, weil unsere Rechtsprüfung ergeben hat, dass diese Klage vermutlich nicht von Erfolg ist. Aber, Herr Kubicki: Vor Gericht und auf hoher See ist man bekanntlich in Gottes Hand. Wenn dieser Rechtsstreit positiv für die Länder ausgeht, gilt das natürlich in allen Bundesländern, auch in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Ich lasse über den Antrag der Fraktion der F.D.P. abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist abgelehnt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P.

Aufgrund der Tatsache, dass wir mit diesem Tagesordnungspunkt sehr schnell durchgekommen sind, wage ich die Frage, ob wir noch die Punkte behandeln wollen, zu denen eine Aussprache nicht vorgesehen ist.

(Zurufe: Nein!)

Nein. Dann wünsche ich Ihnen einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 18:05 Uhr**